

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

DES INTERNATIONALEN INSTITUTES FÜR LIBERALE POLITIK WIEN

Vorwort des Herausgebers	2
Manfried Welan Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen	3
Lothar Höbelt Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich	9
Walter M. Iber, Erich Reiter Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945	15
Alfred Gerstl Der verspätete Liberalismus in Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen	23
Walter M. Iber Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?	38
Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa	46
Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen	59
Die Autoren dieses Heftes	62
Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen	63



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Vorwort des Herausgebers

Dieses Heft ist eine Begleitung der vom Internationale Institut für Liberale Politik Wien (ILP) organisierten Ausstellung „Liberale Politik in Österreich“. Hier werden Zusatzinformationen geboten: Die Begrifflichkeit des Liberalismus; Entwicklung des Liberalismus in Europa und speziell in Österreich; Abrisse aus „liberalen Phasen“; liberale Parteien beziehungsweise liberale Inhalte in den Parteiprogrammen.

Die Beliebtheit des Adjektivs „liberal“ (mit oder ohne Vorsilben) war in Österreich stets großen Schwankungen ausgesetzt. Gängig ist dabei freilich das Verdikt, liberale Politik hätte es in Österreich ohnehin nie gege-

ben. Die Ausstellung will versuchen, dieses Vorurteil etwas zurecht zu rücken. Liberale Politik hat Österreich in der Zeit, als Verfassung und politische „Lager“ entstanden sind, entscheidend geprägt – auch wenn diese Errungenschaften im 20. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Sozialismen (im Plural!), vielfach überdeckt worden sind. Doch vielleicht lassen gerade die Debatten um „Fundamentalismus“ und „Neo-Liberalismus“: einerseits, die Rückkehr in ein multi-nationales Reich (diesmal: Europa) andererseits die in Erfahrungen und Herausforderungen der liberalen Gründergeneration unerwartet aktuell erscheinen.

Erich Reiter

Impressum

Eigentümer und Verleger:
Internationales Institut für liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Alle:
1010 Wien, Fleischmarkt 18/15
Wien, August 2006

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich.

Die sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt. Sie wird nun vom Internationalen Institut für liberale Politik Wien weitergeführt.

UNWISSENHEIT ALS GRUND VON FREIHEIT UND TOLERANZ

**Drei Weise aus dem alten Österreich:
Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen**

1. Der Mensch weiß wenig und Sicherheit ist nirgends

Der Mensch weiß wenig. Er ist auch in der Google-Gesellschaft informationsarm. Deshalb neigt er zum Irrtum und zu Fehlern, vor allem in Beziehung auf die Zukunft. Die Unwissenheit in Bezug auf die Zukunft ist unser aller Problem, macht aber vielleicht unser Leben erst schön.

„Ich weiß, dass ich nichts weiß“. Das angebliche Wort des Sokrates blieb im Gedächtnis der Welt. Als ich diesen Satz im Gymnasium hörte, merkte ich ihn mir sofort und bis heute. Als Alter weiß ich, dass die Erkenntnis unserer Unwissenheit ein Anfang der Weisheit sein kann. Für unser Verständnis der Gesellschaft hat dieser Satz große Bedeutung.¹ Die erste Voraussetzung für dieses Verständnis ist, dass wir uns der notwendigen Unkenntnis des Menschen von vielem, das ihm seine Ziele zu erreichen hilft, bewusst werden. So sagt Friedrich August von Hayek, dass die Zivilisation beginnt, „wenn der Einzelne in seiner Verfolgung seiner Ziele mehr Wissen verwerten kann, als er selbst erworben hat und wenn er die Grenzen seines Wissens überschreiten kann, indem er aus Wissen Nutzen zieht, das er nicht selbst besitzt.“²

Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass es die Sicherheit nicht gibt, die wir gerne hätten. Der Dichter Arthur Schnitzler lässt seinen Paracelsus sagen: „Sicherheit ist nirgends.“ Seit dem 11. September 2001 ist das evident. Trotzdem oder gerade deswegen hat sich die Wissenschaft der Unsicherheit systematisch angenommen. Aber „Garantien für eine überraschungsfreie und gesicherte Zukunft gibt es letztlich keine.“³ Erziehung und

Selbsterziehung zu Ungewissheit und Unsicherheit sind daher für unser Leben wichtig geworden.

Unser Verstand ist ein Ergebnis der Kultur, in der wir aufgewachsen sind. Von der Erfahrung, die ihn geformt hat, weiß er zum großen Teil nichts. Diese Erfahrung ist in Gewohnheiten, Gebräuchen, Spielregeln verschiedener Art und in der Sprache verkörpert. Das Wissen, das wir bewusst verwenden, ist nur ein kleiner Teil dessen, was zum Erfolg unserer Handlungen beiträgt. Hayek erkannte, dass das Wissen anderer immer mehr eine wesentliche Vorbedingung für die Verfolgung unserer eigenen individuellen Ziele wird. Das Ausmaß unseres Unwissens und unserer Unkenntnis der Umstände, von denen die Ergebnisse unseres Handelns abhängen, ist überwältigend.

Wissen nach Hayek umfasst alle Anpassungen des Menschen an die Umgebung, die auf vergangener Erfahrung beruhen. Wissen und Wissenschaft hängen zusammen, aber auch wenn die Wissenschaften und die Wissenschaftler insgesamt mehr denn je sind, so erschöpft sich darin keineswegs das Wissen, von dem wir Gebrauch machen. Kulturwissenschaften als Sammlung dieser Erfahrungen sind umso wichtiger geworden, je mehr wir Geschichte vergessen und „geschichtslos“ werden, eine Entwicklung, die wir seit einigen Jahrzehnten erleben. Man erkennt immer mehr, wie viel mehr unser aller Wissen ist als das bewusste Wissen oder gar die Wissenschaft. Der Bereich der zugestandenen Unkenntnis wird mit dem Fortschritt der Wissenschaft nicht kleiner, sondern größer. Dieser Prozess erhöht notwendigerweise die Unkenntnis des Einzelnen vom größten Teil dieses Wissens. Je größer das

¹ Friedrich August von Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971, S. 30.

² Hayek, a.a.O.

³ Adalbert Evers, Helga Nowotny: *Über den Umgang mit Unsicherheit*, Frankfurt/Main 1987, S. 324.

Wissen insgesamt, desto geringer wird der Anteil des Einzelnen daran. Deshalb sind Tradition und Kommunikation so wichtig. Deshalb nennt Sir Karl Raimund Popper die Tradition die wichtigste Quelle unseres Wissens. Sie muss freilich immer wieder kritisch untersucht werden, ob sie noch hält, was sie einmal als Problemlösung versprochen hat. Aber ohne Tradition ist Erkenntnis kaum möglich.

Leben ist Problemlösen und Leben ist Lernen. Das müssen alle. Popper hat alle Menschen als Philosophen verstanden. Ebenso hat Hayek alle Menschen und nicht nur Wissenschaftler als „Wissende“ angesehen. Er hat der Wissenschaft nur einen bescheidenen Anteil an Gesamtwissen zugestanden.

Beide erkannten, dass jede Lösung eines Problems neue ungelöste Probleme schafft. Diese neuen Probleme sind umso interessanter, je schwieriger das ursprüngliche Problem war.

Unser Wissen kann nur begrenzt sein. Unsere Unwissenheit dagegen ist grenzenlos. Popper hat diese Unermesslichkeit mit der Unermesslichkeit des Sternenhimmels anschaulich umschrieben. Je mehr wir über die Welt erfahren, desto klarer wird unser Wissen über das, was wir nicht wissen. Ich wiederhole: Wir wissen wenig. Niemand weiß genau, was anderen oder vielen oder gar allen im Einzelnen gut tut. Kein Mensch, keine Institution, und (noch) kein Instrument kann die Information über die Lebenssituationen aller Individuen besitzen und verarbeiten. Hayeks Argument für die Freiheit beruht auf dieser Erkenntnis unserer Unkenntnis. Aufgrund der allgemeinen und besonderen Unwissenheit ist niemand legitimiert, fremde Lebensräume und andere Lebensführungen inhaltlich zu gestalten. Weil wir wenig wissen und auch nicht wissen, wer etwas am Besten weiß, brauchen wir politische Freiheit. Wir brauchen Freiheitsrechte und wir brauchen politische Rechte. Hayek definiert Freiheit vor allem aus dem Fehlen von Zwang und Willkür, also formal und negativ, als „Freiheit vom“, insbesondere als „Freiheit vom Staat“. Aber auch die Freiheit zum Staat und im Staat, das Wahlrecht und andere Rechte der Mitwirkung an der politischen Willensbildung ergeben sich als Folge der Unwissenheit.

2. Grundlagen der Freiheit

Welches Argument gäbe es für die Freiheit, wenn wir nicht nur alles wissen könnten, wovon die Erfüllung unserer gegenwärtigen Wünsche abhängt, sondern auch wüssten, was unsere zukünftigen Wünsche sind und wie sie erfüllt werden?

Artikel 1 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 bestimmt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Aus großen Evidenzen wird hier die politische Freiheit der Menschen abgeleitet. Die Menschenwürde gilt als Grundlage der Freiheit. Sie liegt in der Einzigartigkeit und Einmaligkeit jedes Menschen. Daraus folgt sein Recht, Mensch zu sein. Sein aufrechter Gang, seine Sprachbegabung und seine verantwortliche Freiheit, seine Geschichts- und seine Zukunftsbezogenheit unterscheiden ihn von der übrigen Natur. Aus dieser anthropologischen Sicht wird der Menschheit als Ganzes und jedem Einzelnen das Recht zugestanden, Mensch zu sein und Recht zu haben.

Humanistisch wird die Menschenwürde im vernünftigen, sittlich autonomen und deshalb freien Subjekt begründet. Nach der reinen Vernunft haben alle Menschen gleiche angeborene Rechte und eine gleiche rechtliche Freiheit, neue Rechte zu erwerben. Dementsprechend bestimmt § 16 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches 1811:

„Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte und ist daher als eine Person zu betrachten. Sklaverei oder Leibeigenschaft und die Ausübung einer sich darauf beziehenden Macht werden in diesen Ländern nicht gestattet.“

Die christliche Lehre vertritt die Freiheit und Gleichheit aller Menschen, weil alle Menschen Kinder Gottes und seine Ebenbilder sind.

Hayek ist bescheidener. Für ihn ist die Unwissenheit die wichtigste Grundlage der individuellen politischen Freiheit. Unsere notwendige Unkenntnis von vielen Dingen bedeutet, dass wir es weitgehend mit Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten und nicht mit Wahrheiten und Wirklichkeiten zu tun haben.

Freiheit ist wesentlich, um Raum für das Unvorhergesehene und Unvoraussagbare zu lassen. Es geht bei der

Ordnung der Gesellschaft um die größtmögliche Gelegenheit für den Eintritt von Zufälligkeiten. „So demütigend es für unseren Stolz sein mag, wir müssen anerkennen, dass der Fortschritt und selbst die Erhaltung unserer Zivilisation von der größtmöglichen Gelegenheit für den Eintritt von Zufälligkeiten abhängt. ... Es ist natürlich richtig, dass im gesellschaftlichen ebenso wie im persönlichen Leben Zufälle gewöhnlich nicht einfach geschehen. Wir müssen sie vorbereiten. Aber sie bleiben immer noch Möglichkeiten und werden keine Gewissheiten. Sie bedeuten bewusst eingegangene Risiken, mögliches Missgeschick von einzelnen Gruppen, die ebenso verdienstvoll sind wie andere, die Erfolg haben, sie bedeuten die Möglichkeit ernstes Fehlschlages oder eines Rückschlages sogar für die Mehrheit, und nur eine hohe Wahrscheinlichkeit eines Nettogewinns im Ganzen. Alles, was wir tun können, ist, die Wahrscheinlichkeit zu vergrößern, dass ein besonderes Zusammentreffen von persönlicher Begabung und Umständen zur Schaffung eines neuen Werkzeuges oder zur Verbesserung eines alten führen wird, und die Aussichten zu verbessern, das solche Neuerungen schnell allen jenen bekannt werden, die Verwendung dafür haben.“⁴ Dazu dient vor allem der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren.

3. Einrichtungen der Freiheit sind Anpassungen an Ungewissheit und Unwissen

Hayek wiederholt immer wieder, dass alle Einrichtungen der Freiheit, auch wenn wir uns dessen nicht bewusst sind, Anpassungen an die grundlegende Tatsache unseres Unwissens sind. Sie sind Anpassungen daran, dass wir es in menschlichen Angelegenheiten nicht mit Gewissheiten zu tun haben. „Gewissheit können wir in menschlichen Angelegenheiten nicht erreichen und das ist der Grund, dass wir, um von unserem geringen Wissen den besten Gebrauch zu machen, uns an Regeln halten müssen, die sich in der Erfahrung am zweckdienlichsten erwiesen haben, auch wenn wir nicht wissen, was die Folgen ihrer Einhaltung im einzelnen Fall sein werden.“⁵ Das gilt für die Grund- und Freiheitsrechte, für die Gewaltenteilung, für das Wahlrecht und den Parlamentarismus, für die Bindung an

Verfassung und Gesetz, für Kontrollen, kurz für den demokratischen Rechtsstaat.

Wir wissen auch nicht, wie die Freiheit gebraucht werden wird. Wenn wir das wüssten, „würde sie in weitem Maße ihre Rechtfertigung verlieren.“⁶ Wenn der Freiheit durch Gesetze Schranken gezogen werden, weil sie missbraucht wird, dann wird sie in der Folge immer mehr beschränkt und schließlich kommt es dazu, dass auch Schranken gegen die Schranken der Freiheit gezogen werden müssen. Jedenfalls sollte es erlaubt bleiben, auf eigene Kosten Dummheiten zu machen.

„Freiheit bedeutet notwendig, dass vieles getan werden wird, das uns nicht gefällt. Unser Vertrauen auf die Freiheit beruht nicht auf den voraussehbaren Ergebnissen in bestimmten Umständen, sondern auf dem Glauben, dass sie im Ganzen mehr Kräfte zum Guten als zum Schlechten auslösen wird.“⁷

Wir wissen wenig und das nur bis auf weiteres. Wir können aber lernen. Wir lernen vor allem durch die Enttäuschung von Erwartungen. Aber wir sollen auf eine direkte Lenkung der individuellen Lebensführung verzichten. Eine solche Gesellschaft freier Menschen kann von viel mehr Kenntnissen Gebrauch machen als wir es verstehen. Die Gesellschaft ist für uns weder durchschaubar noch vorhersehbar. Keine menschliche Entscheidung und auch nicht politische Entscheidungen lassen sich in ihren Konsequenzen voll angeben. Die Gesellschaft lässt sich nicht planen. Nur die Planer wissen das nicht. Denn die Gesellschaft ist das Ergebnis von Verhaltensweisen und nicht das Resultat eines human design. Unsere Verhaltensweisen und die von ihnen gestalteten Institutionen sind nicht Konstrukte des Intellekts, sondern das Ergebnis von Geschichte und Erfahrung, a work of art and time.

4. Ordnung der Freiheit – Hayek und Popper

Man hat Hayek vorgeworfen, dass er zu einem veralteten Laissez-faire-Standpunkt zurückgekehrt sei. In der Hoffnung, dass alles gut gehen werde, wolle er den Dingen ihren Lauf lassen. Sicher ist nach Hayek der Wettbewerb nicht zuletzt dadurch gerechtfertigt, dass

⁴ Hayek a.a.O. S. 39.

⁵ Hayek a.a.O. S. 40.

⁶ Hayek a.a.O. S. 40.

⁷ Hayek a.a.O. S. 40.

man nicht weiß, was dabei herauskommt. Jeder Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren und eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbreitung von Wissen. Er führt gewöhnlich den Wert des Wissens jenen, die es nicht besitzen, vor Augen. Dabei kann die Verbreitung und Verwertung des Wissens durch bewusste Bemühungen gesteigert werden. Deshalb soll Gelegenheiten und Zufällen zu ihrem Recht verholfen werden. Hayek will die Dinge nicht einfach laufen lassen. Es geht ihm um eine Ordnung für die Freiheit, um die Verfassung der Freiheit. Sie ist Grund, Weg und Mittel. Es geht um ein dezentrales, ungeplantes Entstehen von Regeln, nicht um zentrale Pläne und Befehle einer Autorität. Es geht um freie Gesellschaftsentwicklung, nicht um einen Sozialplan. Es geht um gesellschaftliche Regeln, die in einem großen unpersönlichen Prozess wirken. Dieser Weg ist das Ziel der Verfassung der Freiheit.

Nicht was der Einzelne in seinem Freiheitsraum tut, ist wichtig, sondern die Abgrenzung der vielen individuellen Bereiche der Freiheit durch allgemeine und abstrakte Regeln. Freiheit kann nur als Freiheit unter dem Gesetz und als Gleichheit vor dem Gesetz bestehen. „Es ist eines der Merkmale einer freien Gesellschaft, dass die Ziele der Menschen offen sind, das heißt, dass neue Ziele für die bewussten Bemühungen auftauchen können, zunächst bei ein paar Einzelnen, um mit der Zeit Ziel der meisten zu werden.“⁸

Hier trifft sich Friedrich August von Hayek mit Popper: „Aber wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg in die offene Gesellschaft. Wir müssen ins Unbekannte, ins Ungewisse, ins Unsichere weiter schreiten und die Vernunft, die uns gegeben ist, verwenden, um, so gut wir es eben können, für beides zu planen: nicht nur für Sicherheit, sondern zugleich auch für Freiheit.“⁹

5. Popper: Ich weiß, dass ich nichts weiß, und kaum das.

Sokrates folgend sagte Popper gern: „Ich weiß, dass ich nichts weiß, und kaum das.“¹⁰ Er war aber nicht ein Sophist, sondern ständig auf der Suche nach der Wahr-

heit. Die Idee der Wahrheit war für ihn das grundlegende regulative Prinzip. Dabei hat er die Welt der Freiheit, die Welt des demokratischen Rechtsstaates, zwar nicht als die beste aller denkbaren oder logisch möglichen politischen Welten bezeichnet, aber doch als die beste aller politischen Welten, von deren historischer Existenz wir Kenntnis haben. „In dieser Hinsicht bin ich also ein wilder Optimist.“¹¹

Der Weg zur Wahrheit war für ihn vor allem durch Diskussion gegeben. Wir wissen nichts endgültig, Wissen ist revidierbar und wir können und sollen voneinander lernen. Der Wahrheitsbezug war für ihn auch eine Frage der Sprache und der Verständlichkeit, der Überprüfbarkeit durch andere und der Nachvollziehbarkeit durch andere. Wissen durch Diskussion war für ihn wesentlich.

Drei Prinzipien gab er an, die erkenntnistheoretische und gleichzeitig ethische Prinzipien sind: 1. das Prinzip der Fehlbarkeit, das bedeutet: Vielleicht habe ich Unrecht, und vielleicht hast Du Recht. Aber wir können auch beide Unrecht haben. 2. das Prinzip der vernünftigen Diskussion: Wir wollen versuchen, möglichst unpersönlich unsere Gründe für und wider eine bestimmte kritisierbare Theorie abzuwägen. Und 3. das Prinzip der Annäherung an die Wahrheit. Durch eine sachliche Diskussion kommen wir fast immer der Wahrheit näher und wir kommen zu einem besseren Verständnis; auch dann, wenn wir nicht zu einer Einigung kommen.¹²

Ethische Prinzipien sind diese drei deshalb, weil sie Toleranz implizieren. Hier trifft sich Popper wieder mit Hayek. Denn die klassische Begründung der Toleranz, wie sie von Erasmus, Montaigne, John Milton, John Locke, Voltaire und von Lessing formuliert und von John Stewart Mill und Walter Bagehot neu formuliert wurde, beruht auf der Erkenntnis unserer Unwissenheit.¹³

Wenn man voneinander lernen kann und will, dann muss man in Augenhöhe miteinander reden und sich gegenseitig gleichberechtigt anerkennen. „Die potentielle Einheit und Gleichberechtigung aller Menschen

⁸ Hayek a.a.O. S. 45.

⁹ Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 1. Bd., Der Zauber Platons, Frankfurt a.M., 1964, S. 268.

¹⁰ Die Verantwortung der Intellektuellen, in: Karl R. Popper, Alle Menschen sind Philosophen, Suhrkamp, München-Zürich 2002, S. 202.

¹¹ Popper, Freiheit als Aufgabe, a.a.O. S. 241.

¹² Popper, a.a.O. S. 202.

¹³ Hayek, a.a.O. S. 39.

sind eine Voraussetzung unserer Bereitschaft, rational zu diskutieren.“¹⁴

Popper hat die alte Frage „Wer soll regieren?“ durch eine neue ersetzt: „Wie kann man eine Regierung einigermaßen unter Druck halten, dass sie nicht allzu schlimme Dinge tut?“ Seine Antwort dazu: „Indem man sie absetzen kann!“ Es geht ihm vor allem um politische Einrichtungen, in und unter denen schlechte und böse Menschen möglichst wenig Schaden stiften können. Dafür ist die rechtsstaatliche Demokratie, der demokratische Rechtsstaat, die bisher zweckmäßigste Lösung. Ein Staat ist nach Popper politisch frei, wenn seine politischen Institutionen es seinen Bürgern praktisch möglich machen, ohne Blutvergießen, einen Regierungswechsel herbeizuführen, falls die Mehrheit einen solchen Regierungswechsel wünscht. „Wir sind frei, wenn wir unsere Herrscher ohne Blutvergießen loswerden können.“¹⁵

Wie Hayek klärt uns Popper darüber auf, dass wir über die Zukunft wenig, ja nichts wissen. Der Lauf der Welt ist weder vorherbestimmt noch zielgerichtet. Es ist auch nicht alles schon da gewesen. Die politische Weltgeschichte hat keinen verborgenen und auffindbaren Sinn und es gibt in ihr auch keine verborgenen und auffindbaren Entwicklungstendenzen.¹⁶ Damit steht Popper nicht nur zu den Fortschrittstheorien des 19. Jahrhunderts – zum Beispiel zu den Theorien von Comte, Hegel und Marx – im Gegensatz, sondern auch zur Untergangstheorie von Oswald Spengler und zu den zyklischen Theorien von Plato, Vico und anderen. Popper warnt uns. Wir sollten uns davor hüten, unsere höchst pluralistische Geschichte als eine Schwarz-Weiß-Zeichnung oder als ein in nur wenigen Kontrastfarben koloriertes Gemälde anzusehen. „Und wir müssen uns noch mehr davor hüten, in sie Entwicklungsgesetze hineinzulesen, die zu Fortschrittsprognosen, zyklischen Prognosen, Untergangsprognosen oder zu irgend welchen ähnlichen historischen Voraussagen verwendet werden können.“¹⁷

Was die Zukunft bringen wird, wissen wir nicht.

¹⁴ Popper, a.a.O. S. 203.

¹⁵ Popper a.a.O.

¹⁶ Popper, Vom Sinn der Geschichte a.a.O. 248.

¹⁷ Popper, a.a.O. S. 252.

¹⁸ Popper a.a.O. S. 254.

Aber wissen wir viel oder gar alles von der Geschichte? Der Kantianer Theodor Lessing hat die Geschichte als die „Sinnggebung des Sinnlosen“ bezeichnet. Das versteht Popper folgendermaßen: „Wir können es versuchen, einen Sinn in die an sich unsinnige Geschichte hineinzulesen, zum Beispiel, indem wir an das Studium der Geschichte mit der Frage herantreten, wie es denn unseren Ideen und besonders unseren ethischen Ideen – wie der Idee der Freiheit und der Idee der Selbstbefreiung durch Wissen – im Laufe der Geschichte ergangen ist.“¹⁸ So können wir der Geschichte einen Sinn geben, ohne den Sinn zu finden.

Als Aufklärungsphilosoph hat Popper die Grundüberzeugung, dass es so etwas wie eine absolute Wahrheit gibt. Durch Versuch und Irrtum können wir uns dem Wahrheitsbezug nähern, indem wir unsere Vorstellungen immer wieder kritisch überprüfen und der Diskussion und Widerlegung freigeben. Nicht Antworten und Lösungen, sondern Fragen und immer wieder Fragen sind das Wichtigste, auch in der Politik. Wie Hayek erinnert er uns, dass wir aus unseren Enttäuschungen und vor allem aus unseren Irrtümern lernen können. Um zu lernen, Fehler möglichst zu vermeiden, müssen wir aus unseren Fehlern lernen. Der Politologe Karl Deutsch sagte einmal: Wer Macht hat, braucht nicht zu lernen. Aber wie lange besteht diese Macht?

Eine Autorität, die keinen Irrtum begehen kann und nicht mehr zu lernen braucht, gibt es nicht. Wir werden aber nur dann aus unseren Enttäuschungen, Irrtümern und Fehlern lernen, wenn wir solches auch bei anderen als Schritte zur Wahrheit sehen. Wir sollen uns von unseren eigenen Ideen distanzieren können, statt uns mit unseren Ideen zu identifizieren. Dieses Lernen ist vielleicht der wichtigste Sinn der Verfassung der Freiheit.

6. Kelsen: Absolute Gerechtigkeit ist eine Illusion.

Für viele liegt der Sinn der individuellen Freiheit in der Steigerung der sozialen Gerechtigkeit. Hayek warnte uns vor allen, die das Wort soziale Gerechtigkeit in den Mund nehmen, ohne genau zu sagen, was sie darunter verstehen. Die Frage der Gerechtigkeit führt mich zu

Hans Kelsen, dem dritten der drei Weisen. Er erlebte das Habsburger Imperium noch länger als Hayek und Popper. Sein ganzes Leben setzte er sich mit der Frage auseinander: Was ist Gerechtigkeit?

Er durchwanderte die geistige Erfahrung der Vergangenheit und stellte fest: Wenn wir daraus etwas lernen können, so das: Auf rationalem Wege kann eine absolut gültige Norm gerechten Verhaltens nicht gefunden werden. Absolute Gerechtigkeit ist ein irrationales Ideal, eine Illusion.¹⁹ „Vom Standpunkt rationaler Erkenntnis gibt es nur menschliche Interessen und daher Interessenkonflikte. Für deren Lösung stehen nur zwei Wege zur Verfügung: Entweder das eine Interesse auf Kosten des anderen zu befriedigen, oder einen Kompromiss zwischen beiden herbeizuführen. Es ist nicht möglich zu beweisen, dass nur die eine, nicht aber die andere Lösung gerecht ist. Wenn sozialer Friede als höchster Wert vorausgesetzt wird, mag die Kompromisslösung als gerecht erscheinen. Aber auch die Gerechtigkeit des Friedens ist nur eine relative, keine absolute Gerechtigkeit.“

Kelsen meint aber, dass wir doch etwas aus dem geistigen Erfahrungsschatz der Vergangenheit lernen können. Nämlich, dass menschliche Vernunft beschränkt ist und daher nur relative Werte begreifen kann. Er vertritt eine relativistische Gerechtigkeitsphilosophie. Sie sei weder amoralisch noch gar unmoralisch. Das moralische Prinzip, das einer relativistischen Wertlehre zugrunde liegt oder aus ihr gefolgert werden kann, ist das Prinzip der Toleranz. Das ist die Forderung, „die religiöse oder politische Anschauung anderer wohlwollend zu verstehen, auch wenn man sie nicht teilt, ja gerade weil man sie nicht teilt, und daher ihre friedlichen Äußerungen nicht zu verhindern.“²⁰

Wie Hayek und Popper kommt also auch Kelsen aufgrund unserer Unwissenheit zur Toleranz. Unsere Unwissenheit ist auch sein Argument für die politische

Freiheit und die Demokratie. Demokratie ist ihrer innersten Natur nach Freiheit. Freiheit aber bedeutet Toleranz. Das moralische Prinzip seiner Lehre ist das Prinzip der Toleranz.

Aus Kelsens relativistischer Weltanschauung kann sich kein Recht auf absolute Toleranz ergeben. So ist es das Recht jeder Demokratie, Versuche, sie mit Gewalt zu beseitigen, mit Gewalt zu unterdrücken und durch geeignete Mittel zu verhindern. Grenzziehungen schließen Gefahren in sich. „Aber es ist das Wesen und die Ehre der Demokratie, diese Gefahr auf sich zu nehmen; und wenn Demokratie die Gefahr nicht bestehen kann, dann ist sie nicht wert, verteidigt zu werden.“²¹

Das Buch des Agnostikers Hans Kelsen „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ endet mit dem Prozess Jesu, der in diese Welt gekommen ist, „um Zeugnis zu geben für die Wahrheit“, worauf Pilatus fragt: „Was ist Wahrheit?“ und „das Volk“ entscheiden lässt. Das Ergebnis ist bekannt.

Die über drei Jahrzehnte später erschienene Schrift „Was ist Gerechtigkeit“ beginnt mit dem Prozess Jesu: Er war – wie Kelsen formuliert – geboren, „Zeugnis zu geben für die Gerechtigkeit, jene Gerechtigkeit, die er im Königreich Gottes verwirklichen wollte. Und für diese Gerechtigkeit ist er auf dem Kreuze gestorben.“²²

So erhebe sich, hinter der Frage des Pilatus „Was ist Wahrheit?“ aus dem Blute des Gekreuzigten eine andere, eine noch viel gewaltigere Frage, die ewige Frage der Menschheit: „Was ist Gerechtigkeit?“

Und Kelsen, seinen Streifzug durch die geistige Erfahrung der Vergangenheit vorwegnehmend, stellt fest: „Und doch ist diese Frage heute so unbeantwortet wie je. Vielleicht, weil es eine jener Fragen ist, für die die resignierte Weisheit gilt, dass der Mensch nie eine endgültige Antwort finden, sondern nur suchen kann, besser zu fragen.“²³

¹⁹ Hans Kelsen, Was ist Gerechtigkeit? Stuttgart 2000, S. 50.

²⁰ Kelsen, a.a.O. S. 50.

²¹ Hans Kelsen, a.a.O. S. 51.

²² Hans Kelsen, Was ist Gerechtigkeit, a.a.O. S. 9.

²³ Kelsen, a.a.O. S. 9.

Lothar Höbelt

DAS SCHICKSAL DES POLITISCHEN LIBERALISMUS IN ÖSTERREICH

Das Vokabel „liberal“ ist auf der Beliebtheitsskala starken Schwankungen ausgesetzt. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wollte lange Zeit keine Partei mit dem suspekten Adjektiv identifiziert werden, in der zweiten Hälfte war es lange Zeit „in“, alle wollten zumindest auch „liberal“ sein. Inzwischen ist der „Diskurs“ komplexer, vielleicht auch schizophrener geworden: Die Bezeichnung „liberal“ wird in der Regel – mit Zögern – weiterhin in Anspruch genommen, doch nur noch selektiv, indem alles, was nicht passt, mit abwehrenden Vorsilben belegt wird. Eine hübsche Ironie stellt in diesem Zusammenhang übrigens dar, dass, was heute als „neoliberal“ bezeichnet wird, gestern noch als „paläoliberal“ galt – vielleicht sind die Letzten von gestern eben doch die Ersten von morgen? Setzt man hinzu, dass der Sprachgebrauch diesseits und jenseits des Atlantiks sich fundamental unterscheidet (in den USA steht liberal einfach als Kürzel für links, in Europa sind Liberale bei allen Bocksprüngen der Semantik doch irgendwo Mitte-rechts einzuordnen), ist die Konfusion fertig – die es jedem erlaubt, seine ganz persönliche Definition von „liberal“ zu (er)finden, während andere wieder – bei Freund und Feind – gerade diese Beliebtheit zum eigentlichen Markenzeichen des Liberalismus erheben wollen.

Das Janusgesicht der Aufklärung

Der Historiker kann sich die Sache da schon einfacher machen, solange er ein konkretes Objekt zu beschreiben hat: Es gab eine Bewegung, die sich Liberalismus nannte und auch von anderen so bezeichnet wurde – diesem Liberalismus war es, insofern trägt der Wort-sinn nicht, zweifelsohne um Freiheit zu tun, um den Schutz des Individuums vor allen möglichen Zwängen und Gewalt(en) – und um den Schutz des Eigentums, das mit Freiheit unauflöslich verbunden ist. (Thomas Jefferson hat dieser Verbindung in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung mit der Trias: „Life, Liberty and the Pursuit of Happiness“ eine beinahe schon poe-

tische Form verliehen.) Freiheit des Individuums – da stellt sich gleich die Frage, wer oder was denn die Gegner dieser Freiheit seien. Das Gegenteil von Freiheit sind Zwang und Gewalt – das Monopol legitimer Gewaltausübung, so Max Webers berühmte Formel, liegt beim Staat. Der Staat bietet sich daher geradezu als erster Verdächtiger an – und zwar auch der demokratisch legitimierte, umso mehr der autoritäre.

Freilich: Liberale waren auch wiederum Anhänger des Staates, solange er um dieses Gewaltmonopol kämpfte, gegen alle „intermediären“ Gewalten wie adelige Herrschaftsbesitzer oder die Kirche, die ihre eigene Rechtsprechung beanspruchte. Daraus ergab sich ein Dilemma: Die Aufklärung hatte ein Janusgesicht: Sie brachte die Loslösung von konfessionell geprägten Weltbildern mit sich und schuf damit bis zu einem gewissen Grad die Voraussetzungen für die Entwicklung des Liberalismus. Ihre Ideen waren deshalb aber nicht notwendigerweise in allen Aspekten liberal, sondern umfassten durchaus auch Gesellschaftsentwürfe mit nahezu totalitären Perspektiven. Der aufgeklärte Absolutismus war eben zuallererst auch viel absolutistischer als seine „höfischen“ Vorgänger. Gewaltenteilung und konstitutionelle „checks and balances“ waren da schon eher von seinen ständischen Gegenspielern zu erwarten, die Montesquieu lasen und sich der Omnipotenz des Staates zu erwehren versuchten.

Doch das aufsteigende Bürgertum, das Bildungsbürgertum zumal, setzte in Opposition zu den feudalen Gewalten zunächst einmal auf den Staatsapparat, der zudem Aufstiegschancen versprach. Diese „josephinische“ Bürokratie erwarb sich durchaus ihre Verdienste um die Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse (das ABGB von 1811 ist ein Produkt ihrer Bemühungen), aber sie hielt doch auch – schon aus Eigeninteresse – am Vorrang staatlicher Institutionen vor der „Zivilgesellschaft“ fest. Daraus ergaben sich einige sehr modern anmutende Probleme: Die Verrechtlichung aller

Lebensbereiche mochte theoretisch der Sicherheit des Bürgers und seines Eigentums dienen, war aber in der Praxis naturgemäß auch mit Bürokratie, Gebühren und Schikanen verbunden. Diese Beamten waren Liberale, aber sie waren doch wiederum „Control Freaks“, die zum Beispiel im Presse- und Vereinsrecht auf staatliche Kontrolle nicht so gern verzichten wollten und Meinungsfreiheit nur für „Verfassungstreue“ gelten lassen wollten.

Katholische Rechtsliberale und protestantische Linksliberale

Die Privilegien der „feudalen“ Obrigkeiten wurden zwischen 1781 und 1848 relativ leicht hinweggefegt. Krönender Abschluss dieser Entwicklung war dann 1848 die so genannte „Bauernbefreiung“ nach dem Antrag des jungen Hans Kudlich, von seinem liberal-konservativen Kollegen Lasser wohlweislich mit einer Entschädigungsklausel versehen. Widerspenstiger erwies sich da schon die Kirche – das war es, was österreichische Liberale unterschied vom gerne als Vorbild betrachteten englischen Muster, aber es verband mit den Liberalen in allen anderen (mehrheitlich) katholischen Ländern. Denn gegen die Kirche nahm man die Hilfe des Staates im so genannten „Kulturkampf“ gerne in Anspruch, mehr vielleicht, als es den eigenen Vorgaben entsprochen hätte: Es war liberal, die Schule auf eine überkonfessionelle Basis zu stellen, allenfalls auch die Ehe vom Sakrament zum bürgerlichen Vertrag zu degradieren. Doch war es liberal, einen Bischof zu arretieren wegen politisch inkorrektur Meinungsäußerung – oder begehrliche Augen auf das Kirchenvermögen zu werfen, weil es der „toten Hand“ gehörte und angeblich nicht volkswirtschaftlich sinnvoll genutzt wurde? War im philosophischen Sinne das materialistische Dogma wirklich „vernünftiger“ als der religiöse Glaube? Oder lenkte der Kulturkampf von den eigentlichen Problemen bloß ab? Eine Karikatur ließ den Innenminister Bach, der das umstrittene Konkordat abgeschlossen hatte, zu den Liberalen sagen, sie müssten ihm eigentlich dankbar sein, denn: „Ich gebe Ihnen Gelegenheit, ihren Liberalismus zu beweisen.“

Dieser „Kulturkampf“ war ein „Elitensport“, insbesondere ein Hobby der Bildungsschichten; er entfremdete den Liberalen dafür das Gros der ländlichen Bevölke-

rung, der Bauern, die sie mit Kudlich und der Aufhebung der Feudallasten für sich gewonnen zu haben glaubten. Insbesondere die kleinbäuerlichen Massen standen bald ganz überwiegend in den Reihen der „Klerikalen“ oder „Ultramontanen“, wie man sie nannte, weil sie ihre Inspiration von jenseits der Berge, aus Rom, bezogen. Die Liberalen wurden damit zu einer Partei der Städter und einer relativ dünnen Schicht ländlicher Honoratioren. Nur in großbäuerlich dominierten Regionen, wie zum Beispiel in Kärnten, vor allem aber in Böhmen (und zwar im tschechischen wie im deutschen Teil!) waren sie auch in ländlichen Wahlkreisen mehrheitsfähig. Nicht zuletzt deshalb war das „Sudetenland“ – sprich: die deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens – die Hochburg der österreichischen Liberalen: Dort waren die Bauern nicht „klerikal“; außerdem gab es eine dichte, wirtschaftlich prosperierende Städtelandschaft!

Dieser Bruch mit der Bauernschaft hatte weitreichende Folgen, die sich auch noch bemerkbar machten, als der Agraranteil längst dramatisch geschrumpft war und die Bauern nicht mehr die „schweigende Mehrheit“ des Volkes darstellten. Denn eine Ausweitung des Wahlrechts im demokratischen Sinne war für Liberale nicht mehr ganz so attraktiv, wenn die neuen Wähler rückschrittlich erschienen. Massenparteien wirkten als bedrohliches Phänomen: „Demokrat ist ein jeder, der monatlich 10 Kreuzer bezahlt und zu allem, was der Vorsitzende beantragt, Ja sagt,“ polemisierte eine satirische Zeitschrift.¹

Da blieb man dann schon lieber beim Elektorat von Besitz und Bildung. In Österreich umfasste das im neunzehnten Jahrhundert rund ein Viertel der erwachsenen Männer.

In den protestantischen Ländern – in England, aber auch in Preußen – war die Situation anders: Da stießen die „fortschrittlichen“ Liberalen auf eine fest gefügte konservative Partei als Phalanx der alten Eliten, gegen die sie breitere Volksschichten zu mobilisieren versuchten. Dort ging die Entwicklung in eine linksliberale Richtung, bis hin zu dem Versuch, auch noch die frühe Arbeiterbewegung zu integrieren. In Österreich (oder in Italien) hatten der Gegner, die „Klerikalen“, kaum Rückhalt in den oberen Rängen der Gesellschaft, selbst im Adel nur mit Einschränkungen. Im Vorder-

¹ Figaro, 29.2.1868.

grund stand dagegen die Abwehr gegen alle Massenbewegungen. Hier entwickelten sich die „Freisinnigen“ zu rechtsliberalen Parteien, die von den Katholiken sozialpolitisch links überholt wurden.

Der Liberalismus als regierende Partei

Es gehört zu den weit verbreiteten Vorurteilen, den Mangel einer „wirklichen“ Revolution in Österreich zu beklagen. Dieses Lamento ist nicht allzu ernst zu nehmen. Die Erfahrung lehrt vielmehr, dass Revolutionen selten in liberale Systeme münden, je weniger, umso blutiger der Umsturz ausgefallen ist. Autokratische Regime gehen in der Regel viel mehr – und viel leichter – an ihrer Misswirtschaft zugrunde, eine Misswirtschaft, die eben beinahe systemimmanent ist, solange dem Staatsapparat kein Kontrollorgan gegenübersteht, das seiner Ausgabenfreudigkeit Zügel anlegt. Die Entwicklung in Österreich ist ein gutes Beispiel dafür: Der erste Anlauf zu einer liberalen Verfassung, die Revolution von 1848, scheiterte – wie in ganz Europa, aber in Österreich sogar noch ein wenig früher. Dennoch kam es ein Dutzend Jahre später zu einer Verfassung, mit den Liberalen als Regierungspartei. Die Liberalen kamen 1861 und 1867 letztendlich deshalb ans Ruder, weil der Staat vor dem Bankrott stand. (Selbst 1848 hatte dieser Faktor übrigens bereits eine große Rolle gespielt.)² Die Finanzmärkte machten Druck für eine verfassungsmäßige Entwicklung, sobald sie neue Kredite von konstitutionellen Kontrollen abhängig machten – eine Entwicklung, die in unseren Tagen durchaus eine Parallele findet, damals wie heute von den Betroffenen nicht zufällig als „Souveränitätsverlust“ und „Kapitulaton der Politik“ beweint wird. Ein Parlament als berufene Vertretung der Steuerzahler, die dafür schließlich die Haftung zu tragen hatten, sollte die Kreditwürdigkeit des Staates festigen oder überhaupt erst wiederherstellen.

Ein konsequent liberales Programm beinhaltete (schon damals) nicht bloß einen „Kassasturz“, sondern eine „Sanierungskoalition“, sprich: Einsparungen im Staatshaushalt. An den beiden großen Brocken, die zwei Drittel der Ausgaben ausmachten, Militäraufwand und Schuldendienst, bissen sich die Liberalen al-

lerdings die Zähne aus. Beamte (auch solche in Uniform) verteidigten ihre Stellung äußerst zäh; außerdem duldete der Kaiser beim Prestige als Großmacht keine Abstriche. Doch vielleicht konnte man bei der Staatsschuld sparen? Auch da stand man vor einem Dilemma: Sollten sich die Liberalen mit den Schulden ihrer autoritären Vorgänger belasten – aber konnte man deshalb das Eigentum der Gläubiger antasten? Nach langen Debatten, bei denen der Brünner Abgeordnete Skene (englisch Skien ausgesprochen, weshalb seine Anhänger scherzhaft als Schinesen bezeichnet wurden) für den Staatsbankrott plädierte, entschied man sich für einen Mittelweg: Inländischen Gläubigern wurde durch einen Vorläufer unserer heutigen KEST ein Viertel ihrer Zinsen abgezwickelt.

„Manchester-Liberalismus“: Legende und Realität

Apropos Wirtschaft. In der Wirtschaftspolitik blieb den Liberalen ansonsten gar nicht mehr so viel zu tun übrig. Sie konnten hier in vielen Bereichen eine weitgehende liberale Ordnung übernehmen. Selbst mit der Privatisierung der Eisenbahnen hatte schon der „Neoabsolutismus“ einen Anfang gemacht. Jetzt wurde bloß der Rest der „ärarischen Güter“ abverkauft. Doch gerade die Eisenbahnen entwickelten sich zu einem Problem, das keine einfachen Patentlösungen zuließ. Eisenbahnen waren der Leitsektor, der Fortschritt verkörperte, durch seine Rückkoppelungseffekte das Wachstum beschleunigte – und außerdem noch strategische Bedeutung hatte. Deshalb wollte man ihren Ausbau nicht dem Markt überlassen. Verstaatlichung war in dem Fall auch plausibel zu machen, weil Bahnen ihren Kunden ja als Monopolisten gegenübertraten. Der Mittelweg, für den man sich hier entschied, lautete, Zinsgarantien an bevorzugte Gesellschaften zu verteilen. Diese Art von „Public-Private-Partnership“ zog Vorwürfe von Korruption und Günstlingswirtschaft nach sich, vielfach mit Recht. Die Liberalen wurden als „Verwaltungsratspartei“ bekannt, der Innenminister Giskra berüchtigt für seine nonchalante Bemerkung, ob er die Eisenbahnkonzessionen vielleicht in den Klingelbeutel hätte werfen sollen statt Provisionen einzustecken? Die libe-

² Ich verweise für alle Differenzierungen und Quellenangaben auf meine ausführlicheren Darstellungen: 1848. Österreich und die Deutsche Revolution (Wien 1998); Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918 (Wien 1993) und: „Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat“ im 7. Band der Geschichte der Habsburgermonarchie 1848-1918 (Wien 2000) 895-1006.

rale Paradezeitung „Neue Freie Presse“ wiederum hatte enge Verbindungen zum Hauptangeklagten in einem Korruptionsprozess.

Der Börsenkrach von 1873 diskreditierte einen Teil der Liberalen Partei – aber nicht das liberale System. Im Gegenteil: Was man den Liberalen vorwarf, war nicht ihr „laissez faire“, sondern im Gegenteil die immer noch viel zu engen Verbindungen zwischen Politik und Geschäft. Nicht „shareholder value“ war schlecht, sondern im Gegenteil, dass viele Aktionäre von betrügerischen Firmengründern, die einflussreiche Politiker oder Medien auf ihrer Seite hatten, um ihre Ersparnisse betrogen worden waren. (Der junge Schönerer war nur einer von vielen, die an diesen Zuständen laute Kritik übten – und dann leider pauschal die Juden dafür verantwortlich machte.) Der Liberalismus litt unter dem Krach von 1873 weniger als oft angenommen. Im Gegenteil: Im Herbst 1873 errangen die Liberalen ihren größten Wahlsieg.

Freilich: Die Gegner des Liberalismus beschwerten sich – einst und jetzt –, dass es den Liberalen doch nur ums Geld gehe. Ein Publizist verlieh dem Vorurteil klassischen Ausdruck, als er schrieb: „Kann eine Partei eine Zukunft haben, deren Enthusiasmus der Silberling ist? Wie hoch stehen Ultramontane, Sozialdemokraten, Antisemiten über einer solchen Partei?“³ Dieser Vorwurf entbehrte nicht einer ironischen Komponente, gipfelte er doch stets in der Forderung, der Staat müsse sich der eben noch so verachteten Ökonomie eben stärker annehmen. Er verriet auch die etatistischen Prämissen, die alles Wesentliche vom Staat geregelt wissen wollten. Die liberale Theorie lautete dagegen: Werte und Überzeugungen, zumal religiöse, sind etwas Persönliches, von Individuen nach ihren Vorlieben und Präferenzen zu entscheiden; Institutionen, juristische Personen, anonyme Apparate, letztlich auch der Staat können derlei affektive Regungen nicht in Anspruch nehmen und haben daher neutral zu agieren. Sie können nur funktional materielle Aufgaben wahrnehmen, sind dabei aber einer strengen Kontrolle zu unterwerfen.

Es stimmt: Sobald die Liberalen an der Macht waren, machte ihre Politik vielfach den Eindruck kleinlicher Pfennigfuchselerei, eines Klimas des Misstrauens. Nach dem Pathos der Freiheits- und Verfassungskämpfe

schien das ein Abstieg in die Niederungen des Alltags. Und doch bestand ein Zusammenhang: Die beste Verfassung war nichts wert, wenn die Kontrolle, die sie ermöglichte, nicht auch in der Praxis gewährleistet wurde. Wo Geld umverteilt wird, melden sich zwangsläufig Interessenten, mehr oder weniger würdige. Großzügigkeit mit „other people's money“ ist eben gerade keine liberale Tugend. Das Beharren auf dem sorgsamem Umgang mit öffentlichen Mitteln stellt ein Gebot der Fairness dar: Steuern sollten nach klaren und transparenten Regeln, nicht nach willkürlichen Meinungen, auch nicht aufgrund politisch mehrheitsfähiger Klientelbeziehungen ausgegeben werden.

Der Vorwurf, dass sich auch unter den Liberalen viele Lobbyisten befanden, die diesen hohen Ansprüchen zuwiderhandelten, ist nur allzu berechtigt – und hat zu scharfen internen Auseinandersetzungen geführt. Die Lehre, die sich daraus ziehen lässt, lautet nicht zuletzt, dass es wohl in den seltensten Fällen die oft zitierten unterprivilegierten Armen sind, die so gut organisiert sind, dass sie über schlagkräftige Lobbies verfügen, um die Staatsausgaben auch tatsächlich in ihre Richtung zu lenken. Die Polemik gegen den so genannten „Manchester-Liberalismus“ in Österreich ist ein gutes Beispiel dafür: Sie ging nicht von Arbeitern oder dem sprichwörtlichen „kleinen Mann“ aus, die gerne billig ausländische Fabrikate einkaufen wollten, sondern von den Fabrikanten, die sich mit Schutzzöllen gegen die englische Konkurrenz wehren wollten. Gerade die Bauern aber durchlebten zwischen 1848 und den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts das goldene Zeitalter der europäischen Landwirtschaft.

Das Ende der liberalen Ära

Jede liberale Verfassung steht vor dem Zielkonflikt, entweder der Volkssouveränität den Vorrang einzuräumen oder der Gewaltenteilung. In Österreich lag die Sache noch einmal komplizierter, weil es nicht bloß ein Volk gab, sondern viele Völker. Die österreichische Verfassung des Jahres 1867 entwickelte sich zu einem komplexen System von „checks and balances“ zwischen Kaiser und Parlament, aber auch zwischen den verschiedenen Nationen. Das war gut für das Prinzip der Gewaltenteilung, aber schlecht für den Machtanspruch der Parlamentsmehrheit.

³ Zit. Anneliese Thimme, Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche (Düsseldorf 1955) 31.

Es war deshalb auch nicht der Börsenkrach, der die liberale Ära beendigte. Es war die große internationale Politik, die zu einer Neuauflage des Verfassungskonflikts führte, der mit einem Namen verbunden ist: Eduard Herbst, der umstrittene Führer der Liberalen, ein Prager Universitätsprofessor, von den Karikaturisten meist als eine Art Struwwelpeter dargestellt, warf 1878 dem Kaiser den Fehdehandschuh hin, weil er mit der Okkupation Bosniens nicht einverstanden war, die enorme Kosten verursachte und das Budgetrecht des Parlaments untergrub. Parlamentarische Öffentlichkeit und hintergründige Kabinettpolitik waren nicht bloß damals schwer unter einen Hut zu bringen. Ohne ihn und die Liberalen könne man Österreich nicht regieren, glaubte Herbst.

Franz Joseph bewies ihm das Gegenteil. Nicht populärer Unmut, sondern der Verlust der Unterstützung „von oben“, die in vielen gemischtsprachigen Wahlkreisen entscheidend war, kostete die Liberalen bei den Wahlen 1879, dem „Königgrätz der Verfassungspartei“, wie es die „Neue Freie Presse“ nannte, die Mehrheit im Reichsrat. Die übernationale Exekutive verstand die Antagonismen der verfeindeten deutschen und slawischen nationalliberalen Bewegungen geschickt zu manipulieren. Das Ergebnis war ein raffiniertes Dreiecksverhältnis von liberalen Eliten, die nicht mehr an der Macht waren, antiliberalen Massenbewegungen, die noch nicht an der Macht waren, und der Krone, die beide bei Bedarf gegeneinander ausspielte.

Das Leben nach dem Tode

Wie immer man „Liberalismus“ definiert, keine Partei – bei all der soziologischen Eigendynamik, die Organisationen prägt – besteht aus „lupenreinen“ Liberalen. Die Kehrseite der Medaille ist: Ebenso wenig verschwand der Liberalismus als politisches System, nur weil die deutschliberale „Verfassungspartei“ zwischen 1878 und 1881 aus der Regierung verdrängt wurde und nach einem gescheiterten Comeback schließlich 1895 zerfiel. Man kann es sogar als Kompliment betrachten, dass das System, das die Liberalen maßgeblich mit geschaffen hatten, auch ohne Überzeugungstäter funktionierte. Die entscheidende Zäsur, den Bruch mit der „Welt von gestern“, die liberal war, auch wenn sie darauf gar keinen gesteigerten Wert mehr legte, stellte erst der Weltkrieg dar. Der „Kriegssozialismus“, auch wenn er nicht von gläubigen Marxisten, sondern von

konservativen Beamten praktiziert wurde, ließ etatistische Regelungen in Fleisch und Blut übergehen. In der Habsburgermonarchie waren die Nationalisten immer Staatsскеptiker – und damit beinahe schon Liberale wider Willen – gewesen; in den Nachfolgestaaten entfalteten Nationalismus und Staatsgewalt, endlich vereint, ein gefährliches totalitäres Potential.

Nach dem Zerfall der Liberalen fungierte im letzten Vierteljahrhundert der Habsburgermonarchie als Nachlassverwalterin die Fortschrittspartei mit ihren Hochburgen zwischen Brünn und Aussig; in Wien überlebten nur Splittergruppen. Als Parteiformationen machten diese Liberalen nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts weniger als zehn Prozent der Wähler aus – und wurden nach dem Weltkrieg aufgesogen. Die Liberalen hatten vor 1918 zum Teil auch die Sozialdemokraten als Freiheitliche betrachtet, als Bündnispartner gegen die Klerikalen (z.B. bei den Wahlen in Wien 1911). Jetzt war der Kulturkampf durch eine andere Frontstellung abgelöst worden. Seitdem die Diktatur des Proletariats keine phantasievolle Phrase mehr war, sondern Realität – in Russland, kurzfristig auch in Ungarn – erschien die bürgerlich-liberale Eigentumsordnung existenziell bedroht. Jetzt galt es, zusammen mit den Christlichsozialen den Marxismus abzuwehren. Es gehört zu den Ironien der Geschichte, dass es mit Ignaz Seipel ein katholischer Prälat war, der sich nach 1918 in (Deutsch-)Österreich um die Restauration einer liberalen Wirtschaftsordnung bemühte (und ehemalige Liberale als Minister rekrutierte). Von den kleinen freiheitlichen Parteien war im bäuerlichen Landbund das liberale Erbe vielleicht am meisten lebendig; die Großdeutschen verkörperten die bildungsbürgerliche Tradition, obrigkeitstaatliche Instinkte lagen ihr jedoch nicht fern – und die Regierungskrisen, die sie als Juniorpartner der Christlichsozialen auslösten, drehten sich im Kern immer um die Beamtengehälter. In Wien existierte als Unikum auch eine Bürgerlich-Demokratische Partei, die den Grafen Czernin in die Nationalversammlung entsandte. Schließlich erwies sich nach der Weltwirtschaftskrise die Versuchung als übermächtig, den roten und schwarzen Massenbewegungen mit einer dritten faschistischen Massenbewegung zu begegnen, die das liberale Erbe offen verwarf und die proklamierte nationale Solidarität der „Volksgemeinschaft“ mit antimarxistischen, aber dabei nicht weniger sozialistischen Inhalten auffüllte.

Nach 1945 blieben die Strukturen der alten weltanschaulich geprägten politischen Lager erhalten, auch wenn das ideologische Element immer mehr verblasste. Historische Prägungen wirkten nach, auch wenn das auslösende Moment (wie z.B. der Kulturkampf) an Aktualität längst verloren hatte. Als Abgrenzungskriterium zwischen ÖVP und FPÖ gewann eine Zeitlang die Definition der nationalen Identität (deutsch – österreichisch) an Bedeutung, doch auch da verliefen die Fronten nicht immer so scharf. Die Gesellschaftsordnung der Zweiten Republik näherte sich durchaus konsensual einer wohlfahrtsstaatlichen Praxis an, die sozialdemokratischen Vorstellungen mehr Rechnung trug als anderswo im freien Europa.⁴ Auch die oppositionelle FPÖ entwarf dazu bei mancher Kritik im Detail kein Al-

ternativkonzept. Ein FPÖ-Politiker (dem sein Parteichef nicht zufällig einmal „manchesterliberale“ Allüren vorwarf⁵) sprach einmal kokett davon, es gebe im Parlament zweieinhalb sozialistische Parteien. Die Chiffren „liberal“ und „national“ wurden als gebräuchliches parteiinternes Unterscheidungsmerkmal strapaziert; inhaltlich waren beide Etiketten nicht überzeugend. Wenn sich kaum ein Spitzenpolitiker eindeutig einer von beiden Orientierungen zuordnen ließ, mochte das für eine gelungene Synthese sprechen, in Zeiten innerparteilicher Konflikte – und das schließt Abspaltungen mit ein – war jedoch der Eindruck vorherrschend, dass es nicht so sehr Liberale und Nationale gab, sondern in erster Linie Antiliberale und Antinationale. Aber damit nähern wir uns bereits der Gegenwartspolemik...

⁴ Lothar Höbelt, Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999).

⁵ Friedrich Peter über Tassilo v. Broesigke, Brief vom 8. Juli 1965.

Walter M. Iber, Erich Reiter

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS AUSDRUCK WIRTSCHAFTSLIBERALEN DENKENS

Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

Einleitung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die österreichische Wirtschaftspolitik zunächst durch besonders starke staatliche Eingriffe gekennzeichnet. Die Verstaatlichungsgesetze der Jahre 1946 und 1947 waren einerseits eine politische Folge der wirtschaftlichen Gegebenheiten der Nachkriegszeit,¹ andererseits aber auch Ausdruck der ideologischen Positionierung der bestimmenden Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ. Sowohl SPÖ als auch KPÖ² traten in ihren Programmen für eine Verstaatlichung ein. Auch die ÖVP akzeptierte gemeinwirtschaftliche Bestrebungen, jedoch nur „innerhalb wohlüberlegter, sozial und wirtschaftlich tragbarer Grenzen.“³ Erst gegen Ende der Vierziger- und zu Be-

ginn der Fünfzigerjahre machten sich in den Programmen österreichischer Parteien stärkere Tendenzen in Richtung wirtschaftsliberaler Vorstellungen bemerkbar. Zunehmend kristallisierte sich ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft⁴ heraus, die sich in der Wirtschaftspolitik in der Gestalt des „Raab-Kamitz-Kurses“⁵ manifestierte. Die Soziale Marktwirtschaft sollte in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung jedoch ins Hintertreffen geraten, denn die Partei Kreiskys richtete das wirtschaftspolitische Hauptaugenmerk auf die verstaatlichte Industrie, die Minister Karl Waldbrunner seit 1949 zu einem festen Bestandteil der SPÖ-„Reichshälfte“ ausgebaut hatte.⁶ Seit den Achtzigerjahren bot die Soziale Marktwirtschaft jedoch der großen Koalition und den Kabinetten Schüssel I und II die Grundlage

¹ Zum einen schien aufgrund der chronischen Kapitalarmut der österreichischen Unternehmer ein rascher Wiederaufbau unter staatlicher Beteiligung eher durchführbar, zum anderen gedachte man, durch die Austrifizierung das „Deutsche Eigentum“ den Besitzrechtsansprüchen der Besatzungsmächte zu entziehen. Roman Sandgruber, Die Wirtschaft in der Nachkriegszeit, in: Stefan Karner – Gottfried Stangler (Hg.), „Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg. Horn – Wien 2005, S. 173–181, hier S. 176f.

² Aufgrund des Fehlens wirtschaftsliberaler Momente in ihren Parteiprogrammen wird die KPÖ im Folgenden nicht behandelt.

³ Programmatische Leitsätze der Österreichischen Volkspartei, abgedruckt in: Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–966. Wien 1967, Dok. 57, S. 376–379, hier S. 378; Robert Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen. Die Programmdiskussionen und die Programme von ÖVP und SPÖ 1945–1986. Österreichisches Jahrbuch für Politik, Sonderband 3. Wien – München 1990, S. 676–681, hier S. 679.

⁴ Der Sinn der wirtschaftsliberal, ordo-liberal und christlichsozial geprägten Sozialen Marktwirtschaft bestand nach ihrem Begründer, Alfred Müller-Armack, darin, „das Prinzip der Freiheit auf den Märkten mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“, zit. bei: Andreas Steidl, Der klassische Wirtschaftsliberalismus, die Soziale Marktwirtschaft und Grundformen des Neoliberalismus. Eine ideengeschichtliche Studie zur Gesellschaftstheorie der jüngeren Sozialökonomik. DA Graz 2004, S. 24; Vgl. dazu auch Hans Seidel, Österreichische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien 2005, S. 654f. und den Beitrag von Walter M. Iber in diesem Band.

⁵ Zum Raab-Kamitz-Kurs siehe den Beitrag von Walter M. Iber in diesem Band.

⁶ Vgl.: Karl Ausch, Erlebte Wirtschaftsgeschichte. Österreichs Wirtschaft seit 1945. Wien u. a. 1963, S. 83–85; Sandgruber, Die Wirtschaft in der Nachkriegszeit, S. 179; Peter Pelinka, Eine kurze Geschichte der SPÖ. Ereignisse – Persönlichkeiten – Jahreszahlen. Wien 2005, S. 61.

für die Privatisierungspolitik.⁷ Im folgenden Beitrag soll der Stellenwert der wirtschaftsliberal geprägten Komponente und seine Entwicklung in den Programmen der aktuell im Parlament vertretenen Parteien sowie des Liberalen Forums skizziert werden.⁸

ÖVP

Das Ende der Vierziger- und der Beginn der Fünfzigerjahre brachten eine Neupositionierung der ÖVP mit sich: Der Wirtschaftsflügel um Julius Raab und Reinhard Kamitz gewann die Oberhand, und die Partei rückte innerhalb des politischen Spektrums nach rechts, wodurch neoliberale Elemente eine stärkere Betonung fanden. Hinter dieser inhaltlichen Schwerpunktänderung verbarg sich nicht bloß eine politische Strategieänderung im Hinblick auf das österreichische „Wirtschaftswunder“, sondern auch das Bewusstsein, dass der eben erst gegründete VdU zu einem ernstzunehmenden Gegner innerhalb des bürgerlichen Lagers werden könnte. Die „apertura a destra“ machte sich in der politischen Praxis vor allem durch die Orientierung am deutschen Modell der Sozialen Marktwirtschaft und durch den „Raab-Kamitz-Kurs“⁹ bemerkbar, fand neben dem Bekenntnis zu Christentum und Solidarismus aber auch Niederschlag in den ÖVP-Parteiprogrammen der Fünfzigerjahre.¹⁰ In „Alles für Österreich“, den programmatischen Leitsätzen der ÖVP von 1952 hieß es etwa:

„Eigentum macht frei, und je mehr Besitzende in einem Lande sind, desto mehr wahrhaft freie Menschen wird es dort geben. [...]“

Die österreichische Volkspartei tritt für die Beibehaltung der Privatinitiative ein, der ihr gebührender Spielraum in der Wirtschaft einzuräumen ist. Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf dürfen nur dort vorgenommen werden, wo diese im Interesse der Allgemeinheit zweckmäßig erscheinen. Der gleiche Grundsatz hat auch in der Frage der Verstaatlichung zu gelten: Jede Überführung von Produktionsmitteln in die öffentliche Hand ist abzulehnen, wenn daraus der Wirtschaft unseres Landes kein Vorteil erwächst.“¹¹

Nachdem durch den Staatsvertrag die gemeinsame Frontstellung der beiden Großparteien gegen die Besatzungsmächte obsolet geworden war und die Wirtschaftspolitik von Finanzminister Kamitz zu immer stärkeren Spannungen mit dem Koalitionspartner geführt hatte, vermeinte die ÖVP, sich ideologisch schärfer von der SPÖ abgrenzen zu müssen. Das Programm „Was wir wollen“ von 1958 baute in seinem die Wirtschaft betreffenden Abschnitt auf den Formulierungen von 1952 auf, betonte jedoch noch stärker das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft.¹²

„Wir sind der Auffassung, dass in letzter Instanz der Staat die Verantwortung für einen reibungslosen und krisenfreien Ablauf des Wirtschaftsgeschehens trägt.

⁷ Vgl. Karl Aiginger, Privatisierung in Österreich, in: Andreas Khol – Günther Ofner – Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996. Wien – München 1997, S. 349 – 360; Thomas Prinzhorn, Privatisierung, in: Andreas Khol u. a. (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2003. Wien – München 2004, S. 407–417; Veit Sorger, Privatisierungsschritte im Jahr 2004, in: Andreas Khol u. a. (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 2004. Wien – München 2005, S. 211–227; Stefan Karner, Die Österreichische Volkspartei. Ein Abriss ihrer Entwicklung 1945–1995, in: Andreas Khol – Reinhold Lopatka – Wilhelm Molterer (Hg.), ZUKUNFTSFEST. 60 Jahre Österreichische Volkspartei. Wien 2005, S. 23–67, hier S. 59f.

⁸ Die im Folgenden vorgenommene Reihung der Parteien entspricht – mit Ausnahme des Liberalen Forums, das aufgrund seiner Entwicklungsgeschichte in einem Kapitel mit FPÖ und BZÖ behandelt wird – ihrer aktuellen parlamentarischen Stärke.

⁹ Zum „Raab-Kamitz-Kurs“ siehe den Beitrag von Walter M. Iber in diesem Band.

¹⁰ Robert Kriechbaumer, Programme und Programmdiskussionen, in: Robert Kriechbaumer – Franz Schausberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Bd. 2. Wien – Köln – Weimar 1995, S. 103–136, hier S. 111f.; In der parteipolitischen Praxis mussten fortan das Bekenntnis zum Christentum und der Solidarismus marktwirtschaftlichen, ordo-liberalen Grundsätzen weichen. Erhard Busek, Die Österreichische Volkspartei, in: Wolfgang Mantl (Hg.), Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 10. Wien – Köln – Graz 1992, S. 349–367, hier S. 356; Zu dieser Entwicklung vgl. auch: Kurt Skalnik, Parteien, in: Erika Weinzierl – Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 2. Graz – Wien – Köln 1972, S. 197–228, hier S. 208–211; Dieter A. Binder, Von der „Rettung des christlichen Abendlandes“ und „Europa in uns“. Die österreichische Volkspartei nach 1945, in: Michael Gehler – Wolfram Kaiser – Helmut Wohnout (Hg.), Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 4. Wien – Köln – Weimar 2001, S. 399–424, hier S. 401–404; Karner, Die Österreichische Volkspartei, S. 36–38.

¹¹ „Alles für Österreich“. Programmatische Grundsätze der Österreichischen Volkspartei, 1952, abgedruckt in: Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, Dok. 58, S. 379–386, hier S. 383; Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, S. 699–705, hier S. 702.

¹² Kriechbaumer, Programme und Programmdiskussionen, S. 116.

[...] Es ist aber eine Irreführung, zu behaupten, dass der Staat seiner wirtschaftspolitischen Verantwortung nur gerecht werden kann, wenn er entweder selbst Eigentümer von Produktionsstätten ist oder alle anderen Eigentümer von Produktionsstätten zu Befehlsempfängern degradiert. [...]

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die unternehmerische Selbstverwaltung der bürokratischen staatlichen Verwaltung überlegen ist. Daher ist der Staat von der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen möglichst zu entlasten. Staatseigene Betriebe sind, soweit dies noch nicht geschehen ist, in den Zustand unternehmerischer Selbstverwaltung überzuführen und der Konzern verstaatlichter Unternehmungen ist verwaltungs- und eigentumsmäßig aufzulockern.¹³

Der durch die beiden Programme der Fünfzigerjahre vorgegebene Weg in der Wirtschaftspolitik wurde in den Programmen der folgenden Jahrzehnte fortgesetzt. Sowohl im „Klagenfurter Manifest“ (1965) als auch im „Salzburger Programm“ (1972) fand sich das Bekenntnis zu einer Marktwirtschaft, für deren Funktionieren der Staat die oberste Verantwortung trage.¹⁴ Die Oppositionsrolle in den Siebzigerjahren, der gesellschaftliche Wandel und die Richtungsänderung des Zeitgeistes brachten zwar eine Positionsverschiebung der ÖVP hin zu einer moderaten rechten Mitte, die neoliberalen Elemente der wirtschaftspolitischen Programmatik blieben dennoch unangetastet.¹⁵ Die Ideengeschichte der Sozialen Marktwirtschaft wurde seit den Achtzigerjahren noch um eine bedeutende Facette

reicher, nämlich um jene der „Ökosozialen Marktwirtschaft“.¹⁶ Schon das „Zukunftsmanifest“ der ÖVP aus dem Jahr 1985 erwies sich als Vorbote dieses von Parteiboss Josef Riegler 1989 vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der kommunistischen Systeme in Osteuropa präsentierten Konzeptes.¹⁷ Unter Berufung auf Alfred Müller-Armack hieß es darin:

„Er hat die notwendige Weiterentwicklung vorausgesehen und formuliert, dass, in der zweiten Phase der sozialen Marktwirtschaft gesellschaftspolitische Probleme vor die ökonomischen treten werden! Das Wesen einer ökologischen, einer umweltbewussten Sozialen Marktwirtschaft bestünde demnach darin, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit den Prinzipien des sozialen und des ökologischen Ausgleichs zu verbinden.“¹⁸

Im „Grundsatzprogramm“ der ÖVP von 1995 fand die programmatische Entwicklung ihren vorläufigen Abschluss. Der Ausbau von der Sozialen zur Ökosozialen Marktwirtschaft ist hier bereits vollzogen:

„Die Ökosoziale Marktwirtschaft beruht auf den Grundsätzen Freiheit, Leistung, Verantwortung und Solidarität. Sie verbindet den Leistungswillen des einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und einem schonenden Umgang mit der Umwelt.“¹⁹

Das Prinzip der Ökosozialen Marktwirtschaft verbindet sich unter anderem mit einem unter Bundeskanzler Wolfgang Schäussel seit 2000 bereits mehrfach in die Tat umgesetzten Bestreben, namentlich der Entstaatlichung von Unternehmen.²⁰

¹³ „Was wir wollen“, das Grundsatzprogramm der österreichischen Volkspartei, 1958, abgedruckt in: Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, Dok. 59, S. 386–397, hier S. 392; Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, S. 706–717, hier S. 712; Die Programmatik der Entstaatlichung lässt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ersten kleinen Privatisierungsphase in den Fünfzigerjahren sehen. Siehe dazu Aiginger, Privatisierung in Österreich, S. 351.

¹⁴ Das „Klagenfurter Manifest“, 1965, abgedruckt in: Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, Dok. 60, S. 397–402, hier S. 399; Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, S. 735–739, hier S. 736; Das „Salzburger Programm“ der Österreichischen Volkspartei, 1. Dezember 1972, abgedruckt in: Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, S. 758–778, hier S. 768. Obwohl die Soziale Marktwirtschaft seit 1952 zweifelsfrei das zentrale Element der wirtschaftspolitischen Programmatik der ÖVP darstellte, taucht der Begriff selbst interessanterweise erst im „Salzburger Programm“ auf.

¹⁵ Vgl. Kriechbaumer, Programme und Programmdiskussionen, S. 120–123.

¹⁶ Siehe dazu Wolfgang C. Müller, Die Österreichische Volkspartei, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3., völlig neubearb. Aufl. Wien 1997, S. 265–285, hier S. 281f.

¹⁷ Kriechbaumer, Programme und Programmdiskussionen, S. 129.

¹⁸ Das „Zukunftsmanifest der ÖVP“, beschlossen vom Bundesparteivorstand am 5. Juni 1985, abgedruckt in: Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, S. 779–813, hier S. 791.

¹⁹ Grundsatzprogramm der ÖVP, beschlossen am 30. Ordentlichen Parteitag, 22. April 1995, abrufbar unter: www.oevp.at, 9.6.2006, 10:45, MS Internet Explorer.

²⁰ Siehe dazu etwa Margarete Freisinger, Verkauf des „Familiensilbers“: Erfolge, Flops und Emotionen, in: Andreas Khol u. a. (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2004. Wien – München 2005, S. 229–250.

„Der Staat selbst soll, von Ausnahmefällen abgesehen, nicht als Unternehmer auftreten und durch eine entsprechende Monopol- und Kartellgesetzgebung sowie durch strukturfördernde Maßnahmen einen ausreichenden Wettbewerb dort sicherstellen, wo dieser gefährdet ist.“²¹

SPÖ

Die SPÖ knüpfte in ihrer Programmatik unmittelbar an das austromarxistische Parteiprogramm von 1926 an.²² In den wirtschaftspolitischen Abschnitten galten „Planwirtschaft“ und „Gemeinwirtschaft“ als die zentralen Schlagworte.²³ Noch im Parteiprogramm von 1978, als man unter Bruno Kreisky bereits den Weg von der klassischen Arbeiterpartei zur linken Volkspartei eingeschlagen hatte, wurde im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik festgehalten:

„Überbetriebliche Planung soll sicherstellen, dass die Produktion an Wohlfahrtskriterien ausgerichtet wird, nicht nur an Wachstum und Gewinn.

[...]

Welchen Beitrag ein gemeinwirtschaftlicher Sektor, vor allem die Verstaatlichung der Grundindustrie und Großbanken, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung der Vollbeschäftigung leisten kann, hat sich gerade in Österreich gezeigt. [...]

Die Alternative, vor die sich jede Wirtschaftspolitik gestellt sieht, heißt: Freiheit vernichtende und Regionen verödenende Wirtschaftskrisen oder eine demokratisch planende Gesellschaft.“²⁴

Das Scheitern ihrer austrokeynesianischen Wirtschaftspolitik,²⁵ das nicht zuletzt Mitte der Achtzigerjahre in der Krise der verstaatlichten Industrie seinen Ausdruck fand, führte innerhalb der SPÖ zu einem allmählichen, wenn auch heftig diskutierten Umdenken.²⁶ Bereits die wirtschaftspolitische Praxis unter Bundeskanzler Franz Vranitzky machte das Abstreifen des dogmatisierten Glaubens an das wirtschaftliche „Allheilmittel“ verstaatlichte Industrie und den endgültigen Abschluss der Entwicklung zu einer Art linken Volkspartei deutlich.²⁷ Das unter Viktor Klima beschlossene, aktuell noch gültige Parteiprogramm von 1998 gab diesem Wandel eine ideologische Grundlage. Somit existiert heute auch in der wirtschaftspolitischen Programmatik der SPÖ das Bekenntnis zu einer Sozialen Marktwirtschaft – freilich, ohne dass es zu einer völligen Ausklammerung gemeinwirtschaftlicher Prinzipien gekommen wäre:

„Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstandes durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir treten daher für offene Märkte und gegen bestehende und neue Monopole mit ihren Nachteilen und Kosten ein. [...] Wo die Bedürfnisse der Menschen durch den Markt nicht sozial gerecht befriedigt werden können, treten wir für die Regulierung der Marktkräfte beziehungsweise für die Erbringung oder Bereitstellung von Leistungen durch die öffentliche Hand ein.“²⁸

²¹ Grundsatzprogramm der ÖVP, 1995.

²² Vgl. Josef Taus, *Parteien und Wirtschaft*, in: Erika Weinzierl – Kurt Skalnik (Hg.), *Österreich. Die Zweite Republik*, Bd. 1. Graz – Wien – Köln 1972, S. 495–515, hier S. 499.

²³ Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs, beschlossen auf dem Parteitag Wien, 23. bis 26. Oktober 1947, abgedruckt in: Berchtold, *Österreichische Parteiprogramme*, Dok. 43, S. 268–277, hier S. 273; Kriechbaumer, *Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen*, S. 838–848, hier S. 843; Das „Neue Parteiprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs, 1958, abgedruckt in: Berchtold, *Österreichische Parteiprogramme*, Dok. 46, S. 286–306, hier S. 295–297; Kriechbaumer, *Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen*, S. 850–869, hier S. 858f.

²⁴ Das neue Parteiprogramm, beschlossen am Bundesparteitag der SPÖ am 20.5.1978, abgedruckt in: Kriechbaumer, *Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen*, S. 870–918, hier S. 888f.

²⁵ Siehe dazu Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1985, S. 169–177.

²⁶ Zu diesen parteiinternen Diskussionen siehe Kriechbaumer, *Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen*, S. 632–654; Zu den vorangegangenen Versuchen der Partei, eine neue wirtschaftspolitische Linie zu finden, siehe Taus, *Parteien und Wirtschaft*, S. 499–502; Patrick Minar, *Ideologisch-programmatische Entwicklung der SPÖ. Im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis*, in: Andreas Khol u. a. (Hg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2004. Wien – München 2005, S. 709–732, hier S. 720f.

²⁷ Gemeint sind vor allem die Privatisierungen und Teilprivatisierungen österreichischer Unternehmen in den Achtziger- und Neunzigerjahren. Siehe dazu: Aiginger, *Privatisierung in Österreich*, S. 351–355; Karl Ucakar, *Die Sozialdemokratische Partei Österreichs*, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*. 3., völlig neu bearb. Aufl. Wien 1997, S. 248–264, hier S. 263.

²⁸ Parteiprogramm der SPÖ, abrufbar unter: www.spoe.at, 9.6.2006, 9:35, MS Internet Explorer.

FPÖ/BZÖ

Was das Auftreten wirtschaftsliberaler Momente in der Programmatik der Parteien in Österreichs Zweiter Republik betrifft, so muss dem 1949 gegründeten VdU eine wesentliche Vorreiterrolle zugeschrieben werden. Der als Sammelbecken des ehemaligen nationalen Lagers und ehemaligen Nationalsozialisten, ebenso wie von Vereinen, Zeitungen und Wählergruppen mit liberalen Anliegen gedachte Verband,²⁹ aus dem 1955/56 die FPÖ hervorging, betonte schon in seinem ersten Parteiprogramm, dem „Verbandsprogramm des VdU“ von 1949 Folgendes:

„In einer planvollen Lenkung für die gesamte Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft sehen wir die beste Garantie zur Vermeidung von Wirtschafts- und Sozialkrisen. Eine bürokratische Bewirtschaftung lehnen wir ebenso ab wie eine schrankenlose Profitwirtschaft. [...]

Wir sind gegen die Verstaatlichung von Betrieben und Einrichtungen, welche ohne Gefährdung von Gesamtinteressen auf privatwirtschaftlicher Grundlage geführt werden können.“³⁰

Der VdU bekannte sich somit bereits vor der ÖVP in einem Programm zum Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft. Nicht umsonst bezeichnete Lothar Höbelt die in Österreich seit dem Beginn der Fünfzigerjahre praktizierte Liberalisierung der Wirtschaft als Erfolg für den

VdU.³¹ Innerhalb der Partei sollten sich jedoch bald Spannungen zwischen dem nationalen und dem liberalen Flügel bemerkbar machen.³² Das „Ausseer Programm“ von 1954 stellte sich als ein Versuch dar, das nationale Lager weiterhin in die Partei zu integrieren, und sorgte für eine Schwerpunktverschiebung von liberal-national hin zu national-liberal.³³ Wirtschaftspolitisch schlug der VdU in diesem Programm jedoch in dieselbe programmatische Kerbe wie schon 1949. Im „Ausseer Programm“ fand sich das erste Mal in einem österreichischen Parteiprogramm der Terminus „Soziale Marktwirtschaft“.³⁴ Die Nachfolgepartei FPÖ setzte in ihrem ersten Parteiprogramm³⁵ den wirtschaftspolitischen Weg fort, obwohl in diesem ansonsten liberale Elemente gegenüber konservativen eher in den Hintergrund traten.³⁶ Dagegen erwies sich das 1964 veröffentlichte „Salzburger Bekenntnis“ der FPÖ, an sich ein Kompromiss zwischen nationalem und liberalem Denken,³⁷ im Hinblick auf die Wirtschaftsprogrammatik als echter Entwicklungsbruch. Mit Ausnahme eines allgemein gehaltenen Verweises auf die Wirtschaft im Zusammenhang mit der freiheitlichen Tradition fanden sich darin keine wirtschaftsliberalen Momente, geschweige denn wirtschaftsliberale Konzepte.³⁸ Die Wiederbelebung der im national-liberalen Lager seit 1949 verankerten Tradition der Propagierung einer Sozialen Marktwirtschaft wurde jedoch bereits 1968 im Rahmen des „Ischler Parteiprogramms“³⁹ und in weite-

²⁹ Zur Geschichte des VdU siehe Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*. Graz – Stuttgart 1999.

³⁰ „Verbandsprogramm des VdU“, 1949, abgedruckt in: Berchtold, *Österreichische Parteiprogramme*, Dok. 68, S. 484–488, hier S. 486; Reiter, *Programm und Programmentwicklung der FPÖ*. Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft, Bd. 5. Wien 1982, S. 241–246, hier S. 243.

³¹ Lothar Höbelt, *Die „vierte Partei“: Der Verband der Unabhängigen (VdU)*, in: Stefan Karner – Gottfried Stangler (Hg.), *„Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg*. Horn – Wien 2005, S. 127–128, hier S. 127.

³² Zum Tauziehen zwischen liberalen und nationalen Kräften innerhalb des national-liberalen Lagers siehe Kurt Richard Luther, *Die Freiheitlichen*, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*. 3., völlig Neubearb. Aufl., Wien 1997, S. 286–303, hier S. 295–299.

³³ Reiter, *Programm und Programmentwicklung der FPÖ*, S. 70.

³⁴ Das „Ausseer Programm“ des VdU, 1954, abgedruckt in: Berchtold, *Österreichische Parteiprogramme*, Dok. 69, S. 488–492, hier S. 491; Reiter, *Programm und Programmentwicklung der FPÖ*, S. 247–250, hier S. 250.

³⁵ Erstes FPÖ-Parteiprogramm: „Vierzehn Punkte“ (Kurz-Programm) 1956/58 (in der endgültigen Fassung 1957), abgedruckt in: Reiter, *Programm und Programmentwicklung der FPÖ*, S. 255f., hier S. 255; Berchtold, *Österreichische Parteiprogramme*, Dok. 71, S. 492f., hier S. 493.

³⁶ Vgl. Reiter, *Programm und Programmentwicklung der FPÖ*, S. 69f.

³⁷ Ebd., S. 71.

³⁸ „Salzburger Bekenntnis“ der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1964, abgedruckt in: Berchtold, *Österreichische Parteiprogramme*, Dok. 72, S. 509–512; Reiter, *Programm und Programmentwicklung der FPÖ*, S. 276–279.

³⁹ „Ischler Parteiprogramm“. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, beschlossen am Bundesparteitag in Bad Ischl vom 11. bis 13. Oktober 1968; abgeändert am Bundesparteitag in Baden vom 7. bis 8. November 1970, abgedruckt in: Reiter, *Programm und Programmentwicklung der FPÖ*, S. 84–88, hier S. 87.

rer Folge im freiheitlichen „Manifest zur Gesellschaftspolitik“⁴⁰, das seit 1973 das Parteiprogramm in den Hintergrund drängte,⁴¹ vollzogen. Unter Norbert Steger und vor dem Hintergrund der kleinen Koalition mit der SPÖ gewann der Liberalismus endgültig wieder die Oberhand. Das Parteiprogramm von 1985⁴² berief sich nicht nur in wirtschaftspolitischen Belangen auf liberale Grundwerte.⁴³ Die wirtschaftsliberalen Anschauungen der FPÖ finden sich auch in ihrem aktuellen Programm wieder, und zwar einmal mehr in Form der hier kurzerhand zur „Fairen Marktwirtschaft“ umstilisierten Sozialen Marktwirtschaft, die man ganz klar von ausschließlich kapitalistisch orientierten Wirtschaftsstrategien abzugrenzen sucht:

„Faire Marktwirtschaft sichert durch freien Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Sie geht von der Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital aus. Faire Marktwirtschaft fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte. [...]“

Faire Marktwirtschaft ist die Antwort auf einen schrankenlosen Kapitalismus, der Mensch und Natur ausbeutet, wie auf den gescheiterten Sozialismus, der seine Werk­tätigen zu Verwaltungsobjekten herabwürdigte.“⁴⁴

Die wirtschaftsprogrammatischen Standpunkte des nach der Abspaltung der innerparteilichen Fraktion um Jörg Haider seit 2005 existierenden BZÖ sind, wenn auch wesentlich knapper gehalten, in ihren Grundsätzen wesentlich gleich mit jenen der FPÖ. Parallelen lassen sich vor allem bei der programmatischen Antwort auf einen „globalen, schrankenlosen Kapitalismus“ feststellen:

„Die soziale Marktwirtschaft ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass sowohl Bürger, Staat als auch Wirtschaft ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen und alle so-

zialen Gruppen Anteil am Wohlstand haben. In einer freisinnigen Gesellschaft darf es keine Umverteilung von unten nach oben geben. Vor allem die Wirtschaft muss sich ihrer Verantwortung für Standort und Arbeitsplätze stärker stellen. Der globale Kapitalismus in seinem ausschließlichen Profitstreben ist unverantwortlich und daher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.“⁴⁵

Das Liberale Forum, entstanden durch die Abspaltung von fünf Abgeordneten um Heide Schmidt und Friedhelm Frischenschlager von der FPÖ, war von 1993 bis 1999 im Nationalrat vertreten. Im Grundsatzprogramm von 1994 wurden gleichermaßen gesellschafts- und wirtschaftsliberale Positionen betont. Schon bei der Ausarbeitung des Programms machten sich die unterschiedlichen Tendenzen des linksliberalen und des wirtschaftsliberalen Flügels bemerkbar. Die „Linksliberalen“ waren gegen eine reine Marktwirtschaft, vielmehr sollten ihr durch soziale und ökologische Verantwortung Grenzen auferlegt werden. Die „Wirtschaftsliberalen“ hatten mit ihrem Widerstand letztendlich keinen Erfolg.⁴⁶ Somit fand sich auch im Programm des Liberalen Forums im Wesentlichen nichts anderes als das Bekenntnis zu einer (Öko-)Sozialen Marktwirtschaft:

„Der freie Wettbewerb darf weder durch staatliche Eingriffe verzerrt, noch durch private Machtkonzentration ausgeschaltet werden. [...] Die Schritte zur Liberalisierung und Deregulierung haben jedoch möglichst im internationalen Gleichklang zu erfolgen. Die Wirtschaftspolitik des Staates hat sich daher auf das Setzen von stabilen und langfristig wirksamen Rahmenbedingungen zu beschränken, die einerseits die Funktion der Marktwirtschaft gewährleisten, andererseits den ökologischen und sozialen Anforderungen gerecht werden.“⁴⁷

⁴⁰ „Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik“, beschlossen von der Bundesparteileitung am 5. und 6. September 1973 in Linz, abgedruckt in: Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ, S. 89–137, hier S. 108f.

⁴¹ Friedhelm Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs, in: Wolfgang Mantl (Hg.), Politik in Österreich, Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 10. Wien – Köln – Graz 1992, S. 368–404, hier S. 378; Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ, S. 73.

⁴² FPÖ-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), „Freiheit gilt uns als höchster Wert“. Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Wien 1985.

⁴³ Vgl. Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs, S. 387–390.

⁴⁴ Programm der FPÖ, abrufbar unter: www.fpoe.at, 10.6.2006, 18:15, MS Internet Explorer.

⁴⁵ Positionen des BZÖ, abrufbar unter: www.bzoe.at, 10.6.2006, 19:32, MS Internet Explorer.

⁴⁶ Barbara Liegl, Das Liberale Forum, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3., erweiterte und völlig neu bearb. Aufl. Wien 1997, S. 315–322, hier S. 320.

⁴⁷ Liberales Forum, Das Programm. Die Freiheit des Menschen und seine Verantwortung für die Gesellschaft. Wien 1994, S. 45.

Die Grünen

Die Grünen gingen und gehen in ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik naturgemäß vom Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie aus – eine Positionierung, die sich mittlerweile bei allen österreichischen Parteien erkennen lässt. In ihrem Programm „Ein morsches Haus braucht Fundamente“ von 1986 schlugen die Grünen noch raue Töne gegen den Wirtschaftsliberalismus an. Insbesondere wurde die Dominanz der Ökonomie gegenüber der Politik, in der man bereits einen „Wurmfortsatz der Ökonomie“ zu erkennen glaubte, angeprangert.⁴⁸ Dagegen zeigte das Grundsatzprogramm von 1990, dass sich die Grünen nach vier Jahren als Parlamentspartei mit dem „Sieg“ der kapitalistischen Produktionsweise beziehungsweise marktwirtschaftlichen Prinzipien bereits abgefunden hatten. Allerdings sollte die Politik der dominanten Wirtschaftslogik der Industriegesellschaft neue Ziele entgegenzusetzen, wobei der Partei eine Kombination aus Ge- und Verboten sowie ökonomischen Anreizen vorschwebte.⁴⁹

Das Programm von 2001 lässt zwar ein gewisses Maß an Akzeptanz gegenüber wirtschaftsliberalen Prinzipien erkennen, forciert letztendlich aber einen Mittelweg zwischen ökologisch-sozialer Marktwirtschaft und staatlichem Eigentum. Damit positionieren sich die Grünen zumindest in dieser Hinsicht nahe der SPÖ:

„Es ist eine zentrale politische Aufgabe, der Marktwirtschaft dort ihre Grenzen zu setzen, wo sie aus ihrer inneren Logik Nachteile für die Allgemeinheit produziert. [...] Die Wahrung von ökologischen und sozialen als dem Wirtschaften übergeordnete Zielsetzungen lässt sich nicht nur mit dem Druck der KonsumentInnen erreichen, sondern erfordert in diesen Bereichen staatliche Zielvorgaben, Steuerungen und Regulierungen. Soziales und ökologisches Wirtschaften braucht also einen starken Staat, der Rahmenbedingungen nicht nur erfassen, sondern auch durchsetzen kann. [...]

Darüber hinaus macht die Versorgungssicherheit Eigentum des Staates in einzelnen, klar definierten Bereichen erforderlich.“⁵⁰

Resümee

Zum Thema der Sozialen Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens in den Programmen österreichischer Parteien lassen sich zusammenfassend drei wesentliche Punkte festhalten:

Im Österreich der Zweiten Republik kam erstens keine der behandelten Parteien umhin, sich ideologisch früher oder später gegenüber wirtschaftsliberalen Prinzipien zu öffnen. In den Programmen äußerte sich dies in Form des Bekenntnisses zur Sozialen Marktwirtschaft beziehungsweise zumindest einer Akzeptanz derselben. Andererseits zeigt das Beispiel des Liberalen Forums, dass sich letztendlich nicht einmal in einer Partei von ausschließlich liberaler Prägung wirtschaftspolitische Positionen etablieren konnten, die über jene der Sozialen Marktwirtschaft hinausgereicht hätten.

Zweitens weisen über den gesamten Zeitraum der Zweiten Republik in dieser Hinsicht naturgemäß die bürgerlichen Parteien die größte programmatische Konstanz auf. Allen voran die ÖVP, die sich seit ihrem ideologischen Rechtsruck der Fünfzigerjahre bis in die Gegenwart in allen Programmen zu einer wirtschaftsliberalen Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft bekannte. Die allererste Partei, die sich diese ideologische Komponente an ihre Fahnen heftete, war jedoch der VdU. In der Programmatik des national-liberalen Lagers blieb die Soziale Marktwirtschaft – mit Ausnahme des FPÖ-Parteiprogramms von 1968 – bis in die Gegenwart ein wesentlicher Faktor: sowohl für die FPÖ als auch für das abgespaltene BZÖ. Anders die politische Linke: Die SPÖ musste dem Scheitern des Austrokeynesianismus und der von ihr mitgetragenen Privatisierungspolitik in den Achtziger- und Neunzigerjahren auch in ideologischer Hinsicht Rechnung tragen. Im Parteiprogramm von 1998 findet sich erstmals das Bekenntnis zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Die Programme der Grünen lassen ebenfalls einen Wandel, nämlich die allmähliche Aussöhnung der Partei mit dem Wirtschaftsliberalismus nachvollziehen. Sowohl SPÖ als auch Grüne sind jedoch nach wie

⁴⁸ Herbert Dachs, Grünalternative Parteien, in: Herbert Dachs u. a. (Hg), Handbuch des Politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3., erweiterte und völlig neu bearb. Aufl. Wien 1997, S. 304–314, hier S. 310f.

⁴⁹ Siehe dazu Franz Schandl – Gerhard Schattauer, Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. Wien 1996, S. 350–370.

⁵⁰ Grundsatzprogramm der Grünen, abrufbar unter: www.diegruenen.at, 13.6.2006, 12:02, MS Internet Explorer.

vor gegen eine völlige Entstaatlichung österreichischer Unternehmen.

Drittens wurden nicht nur der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ an sich, sondern auch ihre Prinzipien im Verlauf der Jahrzehnte adaptiert und ausgebaut. In der ÖVP führte dies zur Idee der „Ökosozialen Marktwirtschaft“, während im aktuellen Programm der FPÖ von einer „Fairen Marktwirtschaft“ die Rede ist. Andere Parteien umschrieben oder umschreiben den Terminus: Das Liberale Forum tat dies, indem es den „freien Wettbewerb“ mit „ökologischen und sozialen“ Rahmenbedingungen kombinierte. Im jüngsten Pro-

gramm der SPÖ scheinen die Schlagworte „fairer Wettbewerb“ und „offene Märkte“ auf.

Abschließend sei auf die naturgemäß vorhandene Kluft zwischen der Theorie der Programme und der tagespolitischen Praxis hingewiesen. Die Bedeutung der Programme darf jedoch keinesfalls unterschätzt werden, formulieren sie doch das Gesellschaftsverständnis und den Wertkodex einer Partei.⁵¹ Gerade der Blick auf die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens in den österreichischen Programmen zeigt, dass die Entwicklung der Programmatik einer Partei sich durchaus auch in deren tagespolitischen Handlungsweisen widerspiegeln kann.

⁵¹ Albert Kadan – Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumente und Analyse. St. Pölten 1979, S. 7.

DER VERSPÄTETE LIBERALISMUS IN ÖSTERREICH NACH 1945

Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

1. Einleitung: Kontinuitäten in der Geschichte des österreichischen Liberalismus

Erst 1993 wurde in Gestalt des Liberalen Forums (LiF) eine Partei gegründet, die sich ohne Wenn und Aber zum Liberalismus bekannte. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hatte zwar seit Mitte der 1970er Jahre ebenfalls den Anspruch erhoben, eine liberale Politik zu verfolgen, und war 1979 sogar der Liberalen Internationale (LI) beigetreten. Aufgrund der politischen und sozialen Einbettung der FPÖ in das dritte, deutsch-nationale Lager blieb die Charakterisierung der FPÖ als liberale Partei jedoch immer umstritten.

Warum es solange dauerte, bis sich in der Zweiten Republik eine dezidiert liberale Partei herausbildete, soll im vorliegenden Artikel detaillierter untersucht werden. Dabei ist es unumgänglich, die Geschichte des heimischen Liberalismus zumindest kursorisch nachzuzeichnen. Der Liberalismus hat in Österreich seit ungefähr 1780 trotz einiger Brüche und Stillstände eine insgesamt doch relativ kontinuierliche, indes immer verspätete und zögerliche Entwicklung genommen. Er fügt sich generell in das europäische Muster der Ausbildung des Liberalismus ein, konnte angesichts der verspäteten Industrialisierung und der stets schwachen Stellung des Bürgertums in Österreich allerdings

nie eine liberale Hochburg errichten.¹ Neben den sozial-, wirtschafts- und kulturliberalen Traditionslinien, die sich in den letzten knapp 225 Jahren herausgebildet haben, verbinden die Aufklärer, die 1848er Liberalen und die Liberalen des 20. Jahrhunderts insbesondere mentale Einstellungen und Ängste (Staats- und Technokratiegläubigkeit oder die Angst vor dem unkontrollierten Fortschritt).²

Dass der politische Liberalismus nach 1945 erst verspätet wirksam wurde, liegt ganz wesentlich am Einschnitt, den der Nationalsozialismus in der Geschichte des heimischen Liberalismus – wie in der Geschichte Österreichs generell – bewirkte: Durch die Vertreibung und Vernichtung der österreichischen Juden durch die Nationalsozialisten ging die wichtigste gesellschaftliche Trägerschicht des Liberalismus verloren.³

Eine zweite Ursache ist in der Politik zu suchen, mit der die beiden großen politischen Lager unmittelbar nach der Neugründung der Republik eine erneute politische Polarisierung bis hin zum Bürgerkrieg wie in der Ersten Republik verhindern wollten. Angesichts der traditionellen obrigkeitshörigen und sozialstaatlichen Einstellungsmuster der Bevölkerung – aber auch zahlreicher Liberaler – erwies sich die auf Konsens und Entscheidungsfindung im vorparlamentarischen Raum beruhende Konkordanzdemokratie als hinderlich statt als förderlich für einen liberalen Neubeginn.

¹ Brandt, Harm-Hinrich (1988): Liberalismus in Österreich zwischen Revolution und Großer Depression. In: Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen, S. 136–160, hier S. 136, und Hrubí, Franz Rupert: Was ist vom liberalen Erbe Österreichs geblieben? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (ÖJP) 1986, S. 495–505, hier S. 503. Vgl. Reinalter, Helmut (1995): Die Anfänge des Liberalismus in Österreich. Von der Aufklärung bis zur Revolution 1848/49. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Festschrift für Helmut Wagner zum 65. Geburtstag. Berlin, S. 131–146, und Frischenschlager, Friedhelm/Reiter, Erich (1983): Liberalismus in Europa. Wien.

² Siehe ausführlich: Gerstl, Alfred (im Erscheinen): Stichwort Liberales Gedankengut. Wien.

³ Pelinka, Anton (1996): Liberalismus und Judentum. In: Hauer, Nadine (Hrsg.) (1996): Liberalismus und Judentum. Wien, S. 125–136.

Drittens wurde der liberale Neustart noch dazu von hausgemachten programmatischen – und folglich politischen – Schwächen des politischen Liberalismus erschwert: Der parteipolitische Liberalismus lag – ein österreichisches Spezifikum – seit den 1890er Jahren brach, weshalb er in der Endphase der Donaumonarchie und in der Ersten Republik nicht zu einer konzisen und umfassenden Modernisierung der liberalen Programmatik fähig war. Da folglich keine einheitliche, verfestigte liberale Programmatik existierte, konnten andere Parteien einen Auswahl-Liberalismus betreiben und je nach Bedarf liberale Ziele und Instrumente übernehmen. Letztlich blieb der Liberalismus als solcher aber parteipolitisch unvertreten, was nach 1949 dazu führte, dass einige Exponenten des dritten, des deutschnationalen Lagers den Anspruch erhoben, den Liberalismus zu repräsentieren.

In Österreich dauerte es aus all den genannten Gründen bis zum zivilgesellschaftlichen Aufbruch in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts, ehe der Widerstand in der Bevölkerung gegen die auf Konsens und Proporz ausgerichtete Regierungspraxis der Großparteien einen ausreichenden Nährboden für eine liberal orientierte Opposition abgaben. Zu dieser Zeit schwenkte auch die Freiheitliche Partei auf einen liberaleren Kurs ein. Dennoch vermochte sich eine eindeutig als liberal positionierte Partei nicht vor 1993 zu etablieren. Die gesellschaftliche Basis des Liberalen Forums blieb jedoch stets prekär, und nach anfänglichen Erfolgen schied es 1999 wieder aus dem politischen Wettbewerb aus. Die Ursachen seines Scheiterns und die Konsequenzen seines Misserfolges für die Perspektiven des Liberalismus und einer liberalen Partei in Österreich bilden den Gegenstand des abschließenden Ausblicks dieses Artikels.

2. Streiflichter auf die Entwicklung des Liberalismus von 1780 bis 1945

2.1 Die „verordnete“ Aufklärung

Als politische wie gesellschaftliche Bewegung hatte es der Liberalismus in Österreich immer schwerer als in

anderen europäischen Staaten gehabt, sich in der Bevölkerung zu verankern. Eine Ursache für diese Schwierigkeit liegt darin begründet, dass bereits die Aufklärung nicht von einem politisch selbstbewussten Bürgertum gegen die Obrigkeit erkämpft, sondern von Kaiser Joseph II. „von oben“ verordnet worden war und gegen allerlei Widerstände aus dem Klerus und der Bürokratie, ja aus der Bevölkerung selbst durchgesetzt werden musste. Indes war die aufgeklärte Reformpolitik Josephs als Instrument zur Stärkung des Staates, der „Staatswohlfahrt“, konzipiert, nicht als ein liberales Befreiungsprojekt für das Individuum. Die Menschen sollten zwar von staatlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen, vor allem kirchlichen Zwängen befreit und zu Bürgern emanzipiert werden. Im Vordergrund stand jedoch ihre Nutz- und Dienstbarmachung für das Staatswesen. Modellhaft steht Josephs Judenpolitik: Gebildeter, emanzipierter, in die Gesellschaft und den Arbeitsteilungsprozess integriert, bringen die Juden dem Staat einen höheren Ertrag, lautete die Maxime.⁴

Sich der zahlreichen Widerstände gegen die Modernisierung und des fragilen Charakters der multinationalen, ökonomisch rückständigen Donaumonarchie voll bewusst, hielten die österreichischen Aufklärer einen starken Staat für unabdingbar. Die Aufklärer sahen sich in der Rolle als Berater in einem Tugendkabinett für den aufgeklärten Monarchen, der das Volk auf der Basis ihrer Ratschläge zu gebildeten, kritischen und eigenverantwortlichen Bürgern erziehen sollte. Erst als sie ihr verklärtes Bild von Joseph korrigierten, entwickelten sie radikalere Vorstellungen zu einer Verfassung und zur Demokratisierung des Staatswesens. Doch selbst Johann Friedel (1751/52–1789), einer der führenden protoliberalen Aufklärer, erarbeite kein systematisches Programm, was auch ihn zu politischer Wirkungslosigkeit verurteilte.⁵

Versteht man Liberalismus als eine aus der Aufklärung hervorgegangene breite Geistesströmung, die im 19. Jahrhundert allmählich eine politisch-gesellschaftliche Emanzipationsbewegung begründete und ideologisch legitimierte, die wiederum die politische Arena

⁴ Vgl. Gerstl, Alfred (1996): Judentum und Liberalismus in Österreich. Von der Aufklärung bis zum Ende der Ersten Republik. In: Hauer 1996, S. 49–98.

⁵ Friedel, Johann (1786): Historisch-philosophisch und statistische Fragmente, mehrentheils die österreichische Monarchie betreffend. Leipzig/Klagenfurt; ders. 1785: Briefe aus Wien verschiedenen Inhalts an einen Freund in Berlin. Band 2. Leipzig/Berlin, und ders. 21784: Briefe aus Wien verschiedenen Inhalts an einen Freund in Berlin. Leipzig/Berlin.

eroberte, dann überdecken die Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten die Brüche in der Geschichte des österreichischen Liberalismus. Hohe Staats- und Technokratiegläubigkeit, gepaart mit einem starken Machbarkeitsglaube, Elitenbewusstsein, Antiklerikalismus, die Wertschätzung der Bildung, Misstrauen gegenüber der Masse und einem allzu raschen, unkontrollierbaren Fortschritt und Wandel: diese Einstellungsmuster teilen die josephinischen Aufklärer mit den 1848er Revolutionären und den Liberalen der „liberalen Ära“ 1867 bis 1873 – und mit vielen Liberalen des 20. Jahrhunderts.⁶

Unter den Nachfolgern Joseph II. wurden liberale Einstellungen (anfänglich wohl mehr eine Lebens- denn politische Einstellung) mehr und mehr zurückgedrängt. Doch selbst im angeblich unpolitischen Biedermeier herrschte eine – wiewohl diffuse – Anti-Haltung: eine Unzufriedenheit mit Korruption und Schlendrian in Politik und Verwaltung, mit der Wirtschaftsmisere, mit der alles verdunkelnden Perspektivlosigkeit und Reformunfähigkeit des Regimes.⁷ In den 1830er Jahren wuchs mit „Jung Österreich“ langsam eine liberal inspirierte, politisch jedoch höchst heterogene Opposition heran.⁸ Die Revolution von 1848 bewirkte dann eine Ausdifferenzierung in eine liberale, demokratische und sozialistische Strömung. Diese Keime politischer Parteibildung wurden jedoch vom 1849 einsetzenden Neoabsolutismus verschüttet.⁹ Bezeichnenderweise waren etliche Liberale mit dem neuen Regime unter Franz Joseph gar nicht einmal so unzufrieden, hatte die Revolution, welche die Liberalen nicht zu steuern vermocht hatten, bei ihnen doch Angst vor dem Verlust von Leib und Leben und der Errichtung einer Herrschaft des Proletariats geweckt. Die Distanz zur Massendemokratie vieler Liberaler fußt also auch auf konkreten lebensweltlichen Erfahrungen. Das politisch schwache Bürgertum begnügte sich daher mit den schrittweisen Zugeständnissen des Monarchen, die 1867 in der Um-

wandlung des Kaiserreiches in eine konstitutionelle Monarchie mit garantierten Grund- und Freiheitsrechten gipfelten.

2.2 Der „unpolitische“ Liberalismus im „Wien um 1900“

In der Zeit von 1867 bis 1873 errangen die regierenden Liberalen ihre größten politischen Erfolge, und auch wirtschaftlich ging es in der Gründerzeit rasant aufwärts. Die liberale Ära währte jedoch nur kurz. Die vom Börsenkrach 1873 verschärfte Rezession wirkte sich politisch verheerend auf die als „Verwaltungsrätepartei“ titulierten Liberalen aus: weniger, weil sie in Opposition gehen mussten, als vielmehr, weil die Wirtschaftskrise den grundlegenden sozioökonomischen Wandel noch beschleunigte.

In Gestalt der Massen drangen in den 1880er Jahren die Politik und das Soziale machtvoll in die bürgerlich-liberale Welt ein – eine bis dahin „geordnete Welt mit klaren Schichtungen und gelassenen Übergängen, eine Welt ohne Hast“.¹⁰ Dieses Ereignis warf die auf der institutionellen Dominanz einer gesellschaftlichen Elite und dem Ausschluss der politisch unreifen Wählermassen beruhende liberale politische Ordnung aus dem Gleichgewicht. Die vordem als selbstverständlich erachtete politische und soziale Übersichtlichkeit wich einer Vielzahl von Ansprüchen von Menschen, die ihr Glück nicht länger durch die Übernahme bürgerlich-liberaler Normen verwirklichen wollten, sondern bewusst einen alternativen Lebensentwurf anstrebten.

Politisch vertreten wurden diese Gruppen von den Christlich-Sozialen, Sozialdemokraten und Deutschnational-Sozialen, die sich in den 1880er Jahren aus dem liberalen „Utlager“ als politisch-organisatorische Antithese zu diesem entwickelten.¹¹ Im alten liberalen Denken gefangen, vermochten es die Liberalen nicht, sich an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen, namentlich die soziale Frage mit zeitgemäßen Rezepten aufzugreifen oder Gegenkonzepte zu

⁶ Vgl. Gerstl (im Erscheinen), spez. Kap. 8.

⁷ „Politische Charaktere konnten sich in Oesterreich bisher nicht entwickeln, weil das System sie nicht vertrug und die Censur einen bestimmten Gesinnungsausdruck überhaupt nicht zuließ.“ Die politische Repression hätte das Entstehen radikaler Anschauungen jedoch geradezu herausgefordert. – Koch, Matthias (1847): Österreichs innere Politik mit Beziehung auf die Verfassungsfrage. Stuttgart, S. 291.

⁸ Siehe Rietra, Madeleine (1980): Jung Österreich. Dokumente und Materialien zur liberalen österreichischen Opposition. Amsterdam.

⁹ Zur Revolution aus Sicht der Liberalen vgl. Judson, Pieter M. (1998): Wien brennt. Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe. Wien.

¹⁰ Zweig, Stefan (332002): Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Frankfurt am Main, S. 41.

¹¹ Wandruszka, Adam (1954): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Benedikt, Heinrich (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien, S. 289–485, hier S. 293.

Populismus und Antisemitismus zu erarbeiten.¹² Anfang der 1890er Jahre implodierte die liberale Partei auf österreichischer wie Wiener Ebene.

Auch wenn nur wenige den verkrusteten Liberalen eine Träne nachweinten, so ließen sie doch eine soziale Gruppe politisch heimatlos zurück: Der Großteil der österreichischen Juden hatte nicht allein für die liberale Partei gestimmt, sondern wegen der Affinität zwischen Judentum und Liberalismus liberale Werte wie individuelle Freiheit, Moral, Leistungswille, Bildungsstreben verinnerlicht. Wie viele sozialliberal Orientierte wandten sie sich nach dem Scheitern des parteipolitischen Liberalismus hauptsächlich den Sozialisten zu.¹³

Wegen der Juden bis zur Verfassung von 1867 auferlegten gesetzlichen Beschränkungen und ihrer auch danach in vielen Bereichen real gegebenen gesellschaftlichen Diskriminierung boten Kunst, Kultur und Wissenschaft den assimilierungswilligen Juden die interessantesten Betätigungsmöglichkeiten. Dank ihrer starken Position im Journalismus, in Literatur, Operette oder Theater und des jüdischen Mäzenatentums trug das gesellschaftliche Leben Wiens schon bald einen „jüdischen Stempel“¹⁴. Freilich waren es nicht allein die Juden, die ihre Aktivitäten aus Desinteresse an der Politik auf vermeintlich ruhige, unpolitische Sphären, auf das Geistige wie auch auf die Wirtschaft verlagerten; der Generationenbruch der nach 1860 Geborenen war ein genereller.¹⁵ Speziell unter den Wiener Künstlern und Intellektuellen gab es im Fien de Siècle „unerschütterlich apolitische Gestalten im Überfluss“¹⁶ –

Angesichts der kulturellen Hochblüte des „Wien um 1900“ bezeichnet Albert Fuchs die Zeit von 1867 bis 1918 als „das liberale Zeitalter schlechthin“¹⁷. Die liberale Ideologie, so Fuchs, „(...) lieferte Meinungen, die von manchen Kreisen, besonders den gebildeten, nicht als Meinungen, sondern als Selbstverständlichkeiten angesehen wurden: ein klares Zeugnis für die Kraft einer Ideologie. Sie trat in den verschiedensten öffentlichen Institutionen hervor. Sie wurde an den Universitäten gelehrt, an allen Fakultäten, zuweilen selbst an der theologischen. Sie wurde in Zeitungen und politischen Schriften propagiert, oft auch in sozialdemokratischen. Sie erwies Fruchtbarkeit und Originalität noch in einer Phase, da der politische Liberalismus längst ins Sterile und Reaktionäre entartet war.“¹⁸

Abgekoppelt vom Niedergang des politischen und parteipolitischen Liberalismus bewahrte der Liberalismus über die Jahrhundertwende hinaus zwar auf wissenschaftlichem, kulturellen, wirtschaftlichen Gebiet seine führende Rolle. Das Dilemma bestand jedoch darin, dass es keinen politischen Liberalismus gab, der den rechtlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Liberalismus verbinden und damit wenn schon nicht für eine „Kodifizierung“, so doch wenigstens für eine Bestandesaufnahme hätte sorgen können.¹⁹ Die Liberalen waren nur mehr stille Beobachter der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Liberalität, Weltoffenheit und Fortschrittsglaube schlossen engstirnigen (Deutsch-)Nationalismus und Antisemitismus nicht aus. In der Wiener Moderne herrschte keine Entweder-oder-, sondern eine Entweder-und-Oder-Stimmung,

¹² Vgl. die Kritik an der programmatischen Rückständigkeit der Liberalen, besonders in der sozialen Frage, von N.N. (1892): Die deutsch-liberale Partei und die Zukunft des Liberalismus in Österreich. Wien, S. 13f., sowie, sehr ähnlich, Elbogen, Friedrich (1895): Die neue Aera. Ein Aufruf. Wien, S. 3. Elbogens Aufruf gipfelt in der Aufforderung, eine neue freisinnige Volkspartei mit der Bezeichnung Sozial-Liberale oder Jung-Liberale zu gründen (S. 10f.).

¹³ Eine Partei, die sich hauptsächlich auf die jüdische Wählerschaft gestützt hätte, wäre angesichts des Antisemitismus nicht erfolgreich gewesen. Auch so war die Konnotation Liberalismus – Ausbeutung – Judentum von Ende des 19. Jahrhunderts an stark genug.

¹⁴ Gold, Hugo (1966): Geschichte der Juden in Wien. Ein Gedenkbuch. Tel Aviv, S. 37.

¹⁵ Schorske, Carl (1982): Wien: Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle. Frankfurt am Main, S. 283.

¹⁶ Johnston, William M. (31992): Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938. Wien/Köln/Weimar, S. 22. – Kramer und Höll führen sehen die intensive Beschäftigung mit Kunst und Kultur statt mit Politik als Folge „des ‚verspäteten Industrialismus‘ und der praktisch-gesellschaftlichen Hindernisse für eine Durchsetzung fortgeschrittener (kapitalistischer) Modernität“. – Kramer, Helmut/Höll, Otmar (1992): Österreich in der internationalen Entwicklung. In: Dachs, Herbert et al. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Wien, S. 50–69, hier S. 57.

¹⁷ Fuchs, Albert (1996): Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918. Mit einem Essay von Friedrich Heer. Wien (Neudruck; Original: Wien 1949), S. 5.

¹⁸ Fuchs 1996, S. 10.

¹⁹ Hanisch, Ernst (1997): Aus den Tiefen der Zeit. Hypothesen über die historische Entwicklung der wirtschaftlichen Einstellungen in Österreich. In: Hanisch/Faulhaber 1997, S. 9–36, hier S. 28.

durch die die zunehmenden politischen und sozialen Spannungen nicht aufgelöst werden konnten und folglich nur darauf warteten, sich gewaltsam zu entladen.

2.3 Die Marginalisierung des Liberalismus in der Ersten Republik

Der politische Liberalismus spielte während der Ersten Republik praktisch keine Rolle²⁰ – wengleich sowohl das christlich-soziale als auch das sozial-demokratische und das deutschnational-soziale Lager Teile der liberalen Programmatik übernahmen. Während sich die Christlichsozialen im Wirtschaftsbereich einige liberale Prämissen zu eigen machten, betonten die Sozialdemokraten Bildung, Kultur, Antiklerikalismus und wandten sich gegen den zusehends virulenter werdenden Antisemitismus. Katholisch und agrarisch-kleinbürgerlich geprägt, repräsentierten die Christlichsozialen ein den Liberalen grundsätzlich wesensfremdes Milieu. Und auch der auf dem Patronage-Gedanken beruhende Kollektivismus der eigentlich urbanen, intellektuellenfreundlicheren Sozialdemokraten entfremdete viele Liberale dieser Partei.

Am deutlichsten lässt sich der instrumentelle Charakter liberaler Ziele am Beispiel der Deutschnationalen illustrieren, zu denen zur Jahrhundertwende nicht wenige Liberale der Post-1848er-Generation gewechselt hatten. Ihre Klientel – Vertreter des alten (Gewerbe und

Handel) und neuen Mittelstandes (Beamte, Lehrer und Angestellte) – deckte ein Spektrum ab, das in anderen Ländern für gewöhnlich für liberale Kräfte stimmte.²¹ Zwar verfolgte die Großdeutsche Volkspartei in ihrem Salzburger Pogramm teilweise recht fortschrittliche und liberale sozial-, demokratie- und bildungspolitische Anliegen. Doch diese, wie auch die individuelle Freiheit per se, wurden vollkommen vom Primat der deutschen Volksgemeinschaft überlagert.^{22,23} Das Bekenntnis zur parlamentarischen Ordnung sowie, mit Einschränkungen, zum bestehenden Wirtschaftssystem wurde angereichert um eine Mixtur aus Antiliberalismus, Antisemitismus, Antimarxismus, Antiklerikalismus und natürlich um die „Anschluss“-Forderung.²⁴ Die Deutschnationalen als Deutschnational-Liberale zu bezeichnen ist angesichts ihrer ideologisch-politischen Realität und ihres Antisemitismus irreführend – und entspräche auch gar nicht ihrem politischen Selbstverständnis.²⁵

Mangels einer starken liberalen politischen Grundströmung wurden liberale Errungenschaften und Werte sukzessive zurückgedrängt: aus der Bürokratie, der Presse, den Universitäten, generell aus der Kunst- und Geisteswelt.²⁶ Selbst die liberalen Anforderungen genügende Verfassung von 1920 wurde spätestens Ende der 1920er Jahre von der Real-Verfassung konterka-

²⁰ Vgl. Lichtblau, Albert (1995): Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton: (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933. Wien, S. 454–471, hier S. 458.

²¹ Dostal, Thomas (1995): Die Großdeutsche Volkspartei. In: Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton: (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933. Wien, S. 195–206, hier S. 197. Zu den Großdeutschen siehe weiters: Sauer, Manfred: Die „Großdeutsche Volkspartei“ und der „Landbund für Österreich“ in der Ersten Republik. In: Freie Argumente 2/1974, S. 20–38.

²² „Die Volksgemeinschaft ist demnach in politischer Hinsicht vorwiegend Pflichtengemeinschaft, und auch insofern sie politische Rechte begründet, sind es solche, deren Ausübung im Dienste der Gesamtheit und erst mittelbar zum Vorteil des Einzelnen erfolgt.“ – Zit. nach Berchtold, Klaus (1967): Österreichische Parteiprogramme 1868–1966. München, S. 450.

²³ Die Großdeutschen forderten Volkskindergärten, Spielschulen, behutsames Heranführen der Kleinkinder an die Schule, mehr Mitsprache für Schüler und Eltern, akademische Ausbildung für alle Lehrer, Gesamtschule bis zum 14. Lebensjahr usw. Was auf den ersten Blick erstaunlich modern klingt, ist nur Mittel zum (deutschnationalen) Zweck: „Im freien Volksstaate gehört die Schule dem Staate.“ Da das sonst einigende Band der allgemeinen Wehrpflicht in Österreich wegfiel, liege es primär an der Schule, „eine geschlossene geistige Wehrmacht zum Heile des ganzen Volkes“ heranzuziehen. – Berchtold 1967, S. 454.

²⁴ Vgl. die nicht in allem stimmige Interpretation: Pramstrahler, Werner/Ullmann, Iris (2002): Deutschnationale Parteien 1918–1934. In: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hrsg.): Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938. Innsbruck/Wien/München/Bozen, S. 227–235.

²⁵ Die Traditionslinie zwischen Liberalismus und Deutschnationalismus scheint folglich wesentlich dünner, als in Politik und auch Wissenschaft behauptet wird. So räumte Friedhelm Frischenschlager, ein LiF-Mitgründer, ein, während seiner Zeit in der FPÖ bewusst und kräftig an der Verklärung und Mythologisierung des deutschnationalen als deutschnational-liberalen Lagers mitgeholfen zu haben. – Gastvortrag beim Proseminar Politische Theorien des Liberalismus an der Uni Wien, geleitet von Joachim Giller; 25. Jänner 1995, eigene Mitschrift.

²⁶ Lichtblau, Albert (1995): Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Tálos et al. 1995, S. 454–471, hier S. 458.

riert. Letztlich führten politische Polarisierung, Intoleranz und Lagermentalität zum Bürgerkrieg, zur Errichtung eines austrofaschistischen Systems und zum „Anschluss“. Die liberalen politischen Institutionen und demokratischen Traditionen hatten sich als nicht tragfähig genug erwiesen.

3. Liberalismus in der Zweiten Republik

3.1 Ursachen für den verspäteten Liberalismus

Jedweder liberaler Neubeginn sah sich nach der Katastrophe des Nationalsozialismus vor mindestens vier gewaltige Herausforderungen gestellt. Beginnen musste er mit einer Katharsis: Denn spätestens in der NS-Zeit war, erstens, deutlich geworden, wie hoch der Anteil der jüdischen Geistes- und Bildungselite an der Wiener Moderne gewesen war, wie sehr die Juden die „Kerntruppe des Liberalismus“ (Hans Tietze) gestellt hatten.²⁷ Um mit Anton Pelinka zu argumentieren: Nach dem Holocaust trugen und tragen Liberale eine besondere Verantwortung im Umgang mit dem Antisemitismus und bei der Aufarbeitung des schlampigen Umgangs mit der NS-Vergangenheit,²⁸ zu dem auch das Versäumnis des offiziellen Österreich gehörte, die von den Nazis vertriebenen Überlebenden nie zur Rückkehr eingeladen zu haben. Schmerzlich war natürlich auch, dass sich eine liberale Partei nach dem Holocaust nicht länger auf das vom österreichischen Judentum verkörperte und geprägte liberale Milieu stützen konnte, sondern sich eine andere Wählerbasis suchen musste. Eine alternative „natürliche“ liberale Trägerschaft gab es unmittelbar nach dem Krieg jedoch nicht.

Die zweite massive Schwierigkeit für einen liberalen Neustart lag in den politischen Rahmenbedingungen, die liberalen Anliegen nicht eben förderlich waren. Unter dem Trauma des Bürgerkrieges in der Ersten Republik stehend, schufen die Politiker nach 1945 (unter Beibehaltung der Verfassung von 1920 in der Fassung von 1929) einen Parteien- und Verbändestaat. Dieser entwickelte sich zu einer von der politischen Elite getragenen Konkordanz- und Proporzdemokratie, in der

Konflikte und vitale politische Probleme zwar gewaltfrei, dafür aber in der Regel in der außer- respektive vorparlamentarischen Arena der Sozialpartnerschaft ausgetragen wurden.²⁹ Der Konzertation wurde aufgrund der negativen Erfahrungen der dreißiger Jahre also ein höherer Stellenwert beigemessen als dem Grundsatz der liberalen Wettbewerbsdemokratie. Mochte Österreich in politischer Hinsicht (gemeinsam mit Schweden) einen europäischen Sonderfall darstellen, so passte es sich in ökonomischer Hinsicht dem allgemeinen Trend an, setzten in der Wiederaufbauphase bis in die keynesianistisch geprägten frühen siebziger Jahre doch praktisch alle europäischen Staaten stärker auf staatliche Rahmenplanung denn auf freien Wettbewerb.

Negativ wirkte sich, drittens, die traditionelle Untertanenmentalität der Österreicherinnen und Österreicher aus, die in den wirtschaftlichen Krisenjahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit paternalistischen Zuwendungen gut leben konnten und nicht prioritär an einer Ausweitung ihrer persönlichen Freiheiten interessiert waren. Eine selbstbewusste Zivilgesellschaft bildete sich erst ab den siebziger Jahren heraus. Nach 1945 fehlten also sowohl, nachfrageseitig, ein ausreichend großes, vom Liberalismus ansprechbares Wählersegment als auch, angebotsseitig, glaubwürdige Persönlichkeiten, die eine liberale Partei hätten bilden können.

Denn hinzu kam, viertens, dass der Liberalismus auch in Österreich nach 1918 zwar intellektuell weiterentwickelt worden war; mangels der Existenz einer liberalen Partei fand jedoch keine programmatisch-politische Erneuerung statt. Obwohl seit Ende des 19. Jahrhunderts in Gestalt der in Wien kurzzeitig erfolgreichen Sozialpolitischen Partei eine sozialliberale und eine seit den zwanziger Jahren auch intellektuell ausgearbeitete marktliberale Traditionslinie (Ludwig Mises, Friedrich August von Hayek oder Joseph Schumpeter) bestand, konnten diese beiden aufgrund des Fehlens einer liberalen Partei lange Zeit nicht systematisch miteinander verknüpft werden.

²⁷ Vgl. Pauley, Bruce F. (1993): Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien, S. 79, und Bettauer, Hugo (1980): Gesammelte Werke. Die Stadt ohne Juden. Ein Roman von Übermorgen. Salzburg.

²⁸ Pelinka 1996, spez. S. 132.

²⁹ Pelinka, Anton (2005): Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. (Österreich-Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive. Band 6. Herausgegeben von Hubert Christian Ehalt.) Innsbruck – Wien – Bozen, S. 24.

Die Aktualisierung und Übersetzung in ein politisches Programm wäre jedoch eine dringende und originäre Aufgabe für eine liberale Partei gewesen. So argumentierte beispielsweise Mises noch im Geist des klassischen Liberalismus der „unpolitischen“ liberalen Wiener Gemeinderäte,³⁰ die politischen Gegensätze seien nicht weltanschaulicher Natur; vielmehr beruhten sie „lediglich“ auf unterschiedlichen Konzepten, wie das von allen Menschen angestrebte Ziel von Wohlstand und Reichtum am besten zu erreichen sei. Allerdings sei diese Frage nur von jedem Einzelnen zu lösen, weshalb laut Mises im politischen Spektrum für eine liberale Partei kein Bedarf bestünde.³¹ Der politische Liberalismus steckte also scheinbar in seinen elitären, demokratiskeptischen Traditionen fest, denen ja auch staatszentrierte und paternalistische Einstellungen nicht fremd waren.

Die programmatische Schwäche der liberalen Ideologie in Österreich zeitigte auch negative politische Folgen, konnten sich deswegen doch Parteien anderer ideologischer Provenienz aus dem ideologischen Erbe des Liberalismus jene Teile herauspicken, die in das eigene Programm passten. So verfolgte die ÖVP – wie schon in der Ersten Republik – auch nach 1945 in der Wirtschaftspolitik mit dem Raab-Kamitz-Kurs in den fünfziger Jahren liberale Anliegen, während die SPÖ unter Bruno Kreisky in den siebziger Jahren bei den Gesellschafts-, Bildungs- und Justizreformen liberal Gesinnten anbot, „ein Stück des Weges“ mitzugehen.³² Doch exklusiv vertreten wollte keine der beiden Großparteien den Liberalismus, sodass das deutschnationale Lager diesen Anspruch politisch für sich reklamieren konnte – was lange Zeit die politisch größte Problematik für den Liberalismus nach 1945 darstellte, weshalb

auf sie im Folgenden detaillierter eingegangen werden soll.

3.2 Das dritte Lager und der Liberalismus: Vom VdU zur FPÖ

Dem dritten Lager haftete nach 1945 ein Makel an. Während das sozialistische und, stärker noch, das christlich-soziale Lager den Nationalsozialismus relativ intakt überlebt hatten, war das deutschnationale durch die Verbrechen der Nazis belastet – immerhin hatten seine parteipolitischen Vertreter Landbund und Großdeutsche die meisten Funktionäre im Dritten Reich gestellt. Bis zur Aufhebung der meisten Entnazifizierungsgesetze im Jahr 1948 – sie waren von der Regierung weniger aus Überzeugung als auf Druck der Alliierten erlassen worden – standen die ehemaligen Nationalsozialisten unter beruflichen und politischen Auflagen.³³

Nach dem Ende der Entnazifizierung für die Minderbelasteten bemühten sich sowohl ÖVP wie SPÖ um deren politische Reintegration, handelte es sich bei dieser Gruppe doch um knapp eine halbe Million Wählerinnen und Wähler. Dabei verfolgten sie unterschiedliche Strategien: Vertrat die ÖVP den Standpunkt, „die Einbeziehung der ehemaligen Nationalsozialisten in die Volkspartei sei der Errichtung einer vierten, nur aus Nazi bestehenden Partei vorzuziehen“,³⁴ so trat die SPÖ für die Gründung einer eigenständigen Partei ein. Der Hintergedanke war, die Bürgerlichen dadurch zu schwächen, weshalb diese neue Partei von ihnen „sehr wesentlich mitgeschaffen“³⁵ wurde.

Neben den 1949 wieder wahlberechtigten Minderbelasteten gab es jedoch noch eine zweite, ebenso heterogene Gruppe, die sich gegen die Aufteilung der Republik in Herrschaftssphären der beiden Großparteien

³⁰ Vgl. Gerstl (im Erscheinen), Kap. 5, und Czeike, Felix (1962): Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien (1861–1934). Wien.

³¹ Mises, Ludwig von (1927): Liberalismus. Jena, besonders S. 167.

³² Auf das anfänglich eigentümliche Liberalismus-Verständnis der Volkspartei weist Anton Pelinka (2005, S. 26) hin: „Liberale waren, in der Anfangsphase der ÖVP, solche Anhänger und Sympathisanten der Partei, die sonntags nicht zur Kirche gingen. Und die Wahrscheinlichkeit war dann groß, dass es sich bei diesen Nicht-Kirchgängern um ehemalige Nationalsozialisten handelte.“ Zur SPÖ, genauer: zum Bund sozialistischer Akademiker, dem durch die Ermordung seiner jüdischen Mitglieder im Nationalsozialismus die Intellektuellen abhanden gekommen waren, hält er pointiert fest: „An die Stelle von Juden traten ehemalige Nationalsozialisten.“ (S. 25).

³³ Zur Entnazifizierung siehe ausführlicher Stiefel, Dieter (1981): Entnazifizierung in Österreich. Wien/München/Zürich. Zur Haltung der Parteien Stourzh, Gerald (2005): 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? (Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive. Band 1. Herausgegeben von Hubert Christian Ehalt.) Innsbruck – Wien – Bozen, Kap. 1.9.

³⁴ Stiefel 1981, S. 319.

³⁵ Rauchensteiner, Manfred (1987): Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien, S. 133–135.

wandte. Als erste griffen die beiden Journalisten Herbert A. Kraus und Viktor Reimann – Ersterer ein NS-Kritiker während der Nazi-Zeit, aber kein Widerstandskämpfer, Zweiterer ein geläuterter „Anschluss“-Befürworter – das Bedürfnis nach einer neuen oppositionellen Kraft auf. Der am 26. März 1949 in Salzburg gegründeten Verband der Unabhängigen (VdU), so ihre Intention, sollte weltanschaulich eine liberale Partei sein, welche die politisch Unzufriedenen vertreten sollte, jedoch auch als Vehikel für die Reintegration der ehemaligen Nazis und Minderbelasteten fungieren.³⁶ Schon bald jedoch übernahm eine der Zielgruppen – ehemalige Funktionäre der Großdeutschen Volkspartei und des Landbunds – innerhalb des VdU das Ruder. Ihre Priorität bestand in der Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Situation der Ehemaligen; den Liberalismus duldeten sie als ein mögliches Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, aber nicht als einen Wert an sich.³⁷

Beim ersten Antreten bei der Nationalratswahl im Oktober 1949 erzielte die als Wahlverband der Unabhängigen angetretene neue Partei 11,7 Prozent der Stimmen und 16 Mandate. Überraschenderweise verloren ÖVP wie SPÖ gleich viel. Vor der Wahl waren Politiker und Meinungsforscher davon ausgegangen, dass die ÖVP wahlpolitisch die Leidtragende der VdU-Gründung sei. Auch bei den nachfolgenden Landtags- und Gemeinderatswahlen schnitt der VdU erfolgreich ab, speziell in Westösterreich, und bei der Nationalratswahl 1953 erreichte er 11 Prozent und 14 Mandaten. Parteipolitisch war der VdU jedoch isoliert, obgleich auch SPÖ und ÖVP mit mitunter zweifelhaften Mitteln um die Wählerstimmen des dritten Lagers kämpften.³⁸

Nach der Wahl 1953 verschärfte sich die interne Krise des VdU. Mit der Gleichstellung der ehemaligen Nazis war das einigende Band weggefallen, und das übergeordnete Ziel der deutschnational Orientierten – der „Anschluss“ – stellte realpolitisch eindeutig ein Minderheitenprogramm für Ewiggestrige dar. Die Beto-

nung der Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft und die Akzentuierung der Minderheitenproblematik in Kärnten und Südtirol wiederum waren „zu nebulös“ und boten auch „nicht die für die Stärkung der Identität des deutschnationalen Lagers notwendige Trennschärfe“³⁹ gegenüber der politischen Konkurrenz. Mit dem am Bundesverbandstag im Mai 1954 verabschiedeten Ausseer Programm wollte die VdU-Führung die auseinanderstrebenden Flügel – der von Kraus und Reimann repräsentierte liberale; ein urbaner deutschnationaler unter Fritz Stüber und ein ultrakonservativer unter Karl Hartleb⁴⁰ – wieder integrieren. Faktisch akzentuierte das deutschnationale Programm („Österreich ist ein deutscher Staat“) aber die Spaltung, indem es die liberalen Kräfte der Partei noch stärker entfremdete.

Angesichts der Gefahr des Auseinanderbrechens des dritten Lagers starteten führende Funktionäre Einiigungsversuche, die im Oktober 1955 in der Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs kulminierten. Die FPÖ stellt eine Fusion aus VdU, geführt vom ehemaligen Oberst Max Stendebach, seit Oktober 1952 Nachfolger von Kraus, und der Freiheitspartei dar. Diese war Anfang 1955 von Anton Reinthaller, einem hochrangigen NS-Funktionär, aus der Taufe gehoben worden.⁴¹ Am Gründungsparteiabend im April 1956 wählten die Delegierten Reinthaller zum ersten Bundesparteiobmann. Programmatisch bekannte sich die FPÖ zur Freiheit wie zur sozialen Volksgemeinschaft.

Wie der VdU so wurde auch die FPÖ ausdrücklich nicht als liberale Partei gegründet. Wies der VdU trotz der Verankerung seiner meisten führenden Funktionäre im nationalen Lager zeit seines Bestehens doch auch einen liberalen Flügel auf, so dominierten in der neuen FPÖ anfänglich eindeutig die „Ehemaligen“. „Vor allem aber war es“, wie Anton Pelinka schreibt, „eine Kontinuität des Milieus, das – konkretisiert in schlagenden Verbindungen (Burschenschaften, Corps), in Landsmannschaften und Turnerbünden, die VdU und FPÖ

³⁶ Rauchensteiner 1987, S. 394.

³⁷ Vgl. Pittler, Alois P.: Deutschtölkische Tendenzen in der FPÖ. Diplomarbeit, Uni Wien 1992, S. 57.

³⁸ Stourzh 2005, Kap. 1.9.

³⁹ Pelinka 2005, S. 27.

⁴⁰ Wie Rauchensteiner (1987, S. 179) anmerkt, gab es in der Stüber- und Hartleb-Fraktion „verhältnismäßig viele ehemalige Nationalsozialisten“.

⁴¹ Bundeskanzler Julius Raab spielte bei der Initiierung der Freiheitspartei wie – indirekt – der FPÖ die Rolle eines Geburtshelfers. Raab hielt weder Krauss noch Stendebach für fähige Politiker, weshalb er Reinthaller, den früheren Minister im Kabinett Seyß-Inquart 1938, zum Wiedereintritt in die Politik überredete. – Rauchensteiner 1987, S. 298f.

charakterisierten und verstehen helfen, warum unter den Gründerinnen und Gründern 1949 beziehungsweise 1955 nur ganz wenige Personen waren, die nicht vom deutschnationalen Lager der Vergangenheit geprägt waren und damit dieses auch repräsentierten.“⁴² Milieu- und mentalitätsmäßig bot die neugegründete FPÖ Liberalen eigentlich keine politische Heimat.⁴³ Dass sich im Laufe der Jahre dennoch überzeugte Liberale ohne deutschnationalen Hintergrund innerhalb der FPÖ betätigten, hat seine Ursache darin, dass diese Persönlichkeiten in den anderen Parteien erst recht keine Zukunft für den Liberalismus sahen und, in vielleicht naiver Weise, hoffen mochten, dass sich das Problem der Ehemaligen mit der Zeit von selbst löst.⁴⁴ Die programmatischen und politischen Kompromisse, die sie im VdU beziehungsweise der FPÖ eingingen, waren deshalb groß.

Bei den ersten Wahlgängen konnte die FPÖ nicht an die Erfolge des VdU anschließen; so fiel das nationale Lager bei der Nationalratswahl 1956 auf 6,5% oder sechs Mandate zurück. Erst unter der insgesamt 20-jährigen Parteiführung Friedrich Peters, der nach dem Tod Reinthallers 1958 zum Obmann gewählt wurde, stabilisierte sich die Partei. Zwar verfügte Peter aufgrund seiner Vergangenheit als SS-Obersturmführer und einiger deutsch-nationaler Ansagen zu Beginn seiner Obmannschaft innerparteilich bei den Ehemaligen über ausreichend Glaubwürdigkeit und Ansehen. Dennoch widersetzten sich ihm viele Funktionäre bei seinem Versuch, „die FPÖ wieder auf einen liberalen und weniger deutsch-nationalen Kurs zu dirigieren“.⁴⁵ Die FPÖ brauchte deshalb „bis ca. 1975 (...), um sich als die liberale Partei in Österreich aufzufassen“, allerdings, so

Friedhelm Frischenschlagers Einschränkung, „(...) ohne sich formal als liberale Partei zu bezeichnen“.⁴⁶

Unter Peters zwanzigjähriger Obmannschaft schaffte die FPÖ den Ausbruch aus ihrer politischen Isolation: Sowohl die ÖVP als auch die SPÖ billigten ihr in den frühen sechziger Jahren prinzipiell die Regierungsfähigkeit zu – freilich nicht zuletzt deshalb, um sich eine zusätzliche Koalitionsoption zu erschließen. Peters zweites großes Verdienst war es, junge, liberal gesinnte Personen parteiintern gefördert zu haben. Intellektuelle wie Christian Allesch, Holger Bauer, Friedhelm Frischenschlager, Volker Kier betätigten sich seit Anfang der siebziger Jahre im Atterseekreis, einem sozialliberalen Think Tank der FPÖ, der nach 1993 als ein wichtiges Personalreservoir für das LiF fungierte.⁴⁷ Auf Bundesebene pendelte sich die FPÖ in der Ära Peter zwischen 5 und 7% ein, auf Landesebene behielt sie ihre traditionellen Hochburgen in Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich und Kärnten.

Angesichts der Krise unter Peters populistischem Nachfolger Alexander Götz übernahmen im März 1980 jüngere Kräfte rund um Norbert Steger die FPÖ-Führung. Ihr Ziel war, die FPÖ „in Richtung stärkerer Betonung der liberalen Position, des Wiederaufbaus einer Gesprächsbasis zur SPÖ und eines differenzierten Oppositionskurses“⁴⁸ zu steuern. Ein negatives Omen war, dass die vom liberalen Flügel um Steger geführte Wiener Landespartei ausgerechnet während ihrer liberalen Phase in den siebziger Jahren, als auch die Wiener ÖVP unter Busek eine durchaus liberale Stadtpolitik betrieb, in der Wählergunst nicht zulegen konnte.

⁴² Pelinka 2005, S. 23.

⁴³ Krauss und Reimann erklärten anlässlich des FPÖ-Gründungsparteitages, „dass ihnen die FPÖ nicht mehr tragbar erscheine, weil dort der Nazigeist fröhliche Urständ feiere“, und traten aus ihrer Partei aus. – Zit. nach Wiener Montag, 23.4.1956; zit. nach Eppel, Peter/Lotter, Heinrich (1981): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1955–1980. Wien, S. 87.

⁴⁴ Dies ist zumindest der Eindruck, den der Verfasser bei etlichen Gesprächen gewann, die er zwischen 1993 und 1998 für seine Dissertation führte.

⁴⁵ Rauchensteiner 1987, S. 140.

⁴⁶ Frischenschlager, Friedhelm (1981): Wie liberal ist die FPÖ? In: ÖJP 1980, S. 135–163, hier S. 141. Vgl. Kubinzky, Karl A. (1981): Wie liberal ist die FPÖ? Überlegungen zur österreichischen Parteienlandschaft. In: ÖJP 1980, S. 183–187. Er kritisiert das Fehlen eines „geradezu klassisch[en] Anwendungsbereich[es] liberaler Grundhaltungen“ im FPÖ-Programm, nämlich den „Schutz von Minderheiten im soziologischen Sinne“ (S. 184).

⁴⁷ Gerstl, Alfred (1998): Die Entstehung und Entwicklung des Liberalen Forums (LiF) 1993/94. Dissertation, Uni Wien, Kap. VIII.2.3.

⁴⁸ Frischenschlager, Friedhelm (1992): Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Mantl, Wolfgang (Hrsg.): Politik in Österreich, Wien, S. 368–404. Hier S. 381.

1983 erreichte die FPÖ trotz Verlusten bei der Nationalratswahl ihr lang ersehntes politisches Hauptziel: die Regierungsbeteiligung. In der Kleinen Koalition mit der SPÖ von 1983 bis 1987 vermochten sich die Freiheitlichen jedoch nur unzureichend zu profilieren, hinzu kam, dass der Widerstand der Basis gegen die Regierungspolitik und die liberale Grundausrichtung der Partei angesichts der existenzbedrohenden Umfragewerte immer stärker zunahm. Zudem kostete die Affäre um die Heimholung des aus italienischer Haft entlassenen NS-Kriegsverbrechers Walter Reder durch Verteidigungsminister Frischenschlager dem liberalen Flügel viel an Glaubwürdigkeit. Im September 1986 gelang es dem jungen Kärntner Landesrat Jörg Haider deshalb, auf dem Innsbrucker Parteitag Steger als Parteichef zu stürzen. Damit beendete er das kurze liberale Intermezzo der FPÖ, die immer nur maximal eine Auch-liberale-Partei gewesen ist. Politisch wie emotional erwies sich die deutschnationale Traditionslinie innerhalb der FPÖ als stärker als die liberale.

Bemerkenswerterweise erzielte die FPÖ denn auch erst nach 1986 wahlpolitische Erfolge: in einer Phase der österreichischen Geschichte, in der Katalysatoren wie die Waldheim-Debatte, die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft, das Ende des kalten Krieges und die verstärkte Globalisierung eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Öffnung bewirkten. Immer offener und selbstbewusster werdende Bürgerinnen und Bürger wünschten, ihre individuellen Handlungsspielräume zu erweitern und sich von der Patronage der Großparteien zu befreien. Als Folge verschwammen zusehends die traditionellen gesellschaftlichen Spaltungslinien und Parteibindungen.⁴⁹ Auf lokaler Ebene profitierten vom zivilgesellschaftlichen Aufbruch zahlreiche Bürgervereinigungen, auf Bundesebene die Ökologie-Bewegung (mit Zwentendorf und Hainburg als definierende Momente), der 1986 der Einzug in den Nationalrat gelang.

Als Protestpartei der so genannten Wohlstandsverlierer, die auf Populismus, gezielte Tabubrüche und Fundamental-Opposition setzte, strich die FPÖ nicht – wie eine liberale Partei dies getan hätte – die Chancen der Globalisierung und der europäischen Integration, sondern einseitig deren Gefahren heraus. Viele der unmittelbar nach der Wahl Jörg Haider zum Parteiohmann ausgetretenen Liberalen sahen sich durch diesen neuen Kurs in ihrer Entscheidung bestätigt; andere blieben in der Partei und machten, wie etwa Heide Schmidt, gar erst unter Haider Karriere. Doch auch die Spitzenfunktionärin und dritte Nationalratspräsidentin Schmidt konnte nicht verdecken, dass der liberale Flügel in den 1990er Jahren immer stärker marginalisiert wurde.

3.3 Der ganzheitliche Liberalismus des Liberalen Forums

Am 4. Februar 1993 verkündeten fünf FPÖ-Abgeordnete unter der Führung von Heide Schmidt und Friedhelm Frischenschlager auf einer Pressekonferenz ihren Austritt aus der Freiheitlichen Partei und die Gründung des Liberalen Forums. Als Gründe für ihren Absprung von der FPÖ nannten sie: die verschärften politischen Auseinandersetzungsformen der FPÖ; die Abkehr von traditionellen programmatischen Anliegen, speziell von der europäischen Integration; die Kritik an der Liberalen Internationale, die als Verzicht auf die Positionierung als liberale Partei gewertet wurde; sowie als konkreter letzter Anlass das von der FPÖ initiierte „Ausländer-Volksbegehren“.⁵⁰

In der eindeutigen Ablehnung dieser FPÖ-Initiative durch die Zivilgesellschaft beim „Lichtermeer“ am Heldenplatz zeigte sich, dass die Zeit nun endgültig reif für die Etablierung einer liberalen Partei geworden war.⁵¹ Spätestens 1989, als es kurz den Anschein machte, der Liberalismus würde weltweit triumphieren,⁵² war auch in Österreich der wohlfahrtsstaatlich-keynesianische

⁴⁹ Ulram, Peter A. (1992): Politische Kultur der Bevölkerung. In: Dachs 1992, S. 466–474. Hier S. 472.

⁵⁰ Zur Gründung und Entwicklung des LiF siehe ausführlich: Gerstl 1998, sowie Liegl, Barbara (1995): Das Liberale Forum auf dem Weg zu einer etablierten Partei? Diplomarbeit, Uni Wien, und Frischenschlager, Friedhelm (1994): Das Liberale Forum und das österreichische politische System. In: ÖJP 1993, S. 301–342.

⁵¹ Noch 1990 hatte Christian Allesch gemeint: „Die forcierte Gründung einer ‚Wirklich liberalen Partei (WLP)‘ wäre vermutlich der sicherste Weg, die Illiberalität des politischen Diskurses in Österreich zu reproduzieren.“ – Allesch, Christian G. (1989): Der Stellenwert des modernen Liberalismus in der österreichischen Politik. In: ÖJP 1988, S. 391–407, hier S. 407.

⁵² Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München.

Konsens zugunsten einer verstärkt individualistischen Sichtweise aufgebrochen.⁵³

Das LiF verkörperte den notwendigen Milieubruch in der Geschichte des Liberalismus der Zweiten Republik, stellte es im soziologischen Sinne doch keine Repräsentanz des deutschnationalen Lagers dar. Mehr noch, bewusst beriefen sich die LiF-Liberalen auf die Tradition des klassischen Liberalismus und der 1848er Revolution; sie knüpften zeitlich und programmatisch also am liberalen „Urlager“ an.⁵⁴ Dennoch waren viele Funktionäre, namentlich die Parteigründer, in der FPÖ und damit im dritten Lager sozialisiert worden – ganz anders als die LiF-Wählerschaft, die aufgrund der Merkmale jung, modern, weltoffen, gebildet und wohlhabend als „Traumzielgruppe“ (Fritz Plasser) bezeichnet wurde.

Ideologisch schaffte es das LiF, erstmals in der Geschichte Österreichs die verschiedenen Liberalismus-Stränge in einem konzisen Programm zu einem „ganzheitlichen Liberalismus“ (Heide Schmidt) zu verbinden. Die Parteiideologie stellt eine programmatische Weiterentwicklung in Richtung eines auf einem soliden marktwirtschaftlichen Fundament ruhenden modernen Sozialliberalismus dar, der der komplexer und ungleicher gewordenen sozialen Wirklichkeit (zumindest in der Theorie) adäquat Rechnung trug.⁵⁵ Dies zeigte sich auch am Leistungsbegriff, den das LiF nicht ausschließlich am Marktwert gemessen wissen wollte, sondern mit sinnvoll Tätigsein konnotierte. Das übergeordnete Ziel der Liberalen verkörperte nämlich eine selbstbestimmte Lebensführung, die die Übernahme von Verantwortung für sich und die Gesellschaft ermöglicht – doch wie das LiF erkannte, verfügt nicht jeder über die dafür erforderliche finanzielle Absicherung oder die bildungsmäßigen Voraussetzungen.⁵⁶

Entsprechend entwickelte sich die Grundsicherung zu einem liberalen Schlüsselkonzept, das die Freiheit von existenzieller Not garantieren sollte. Ganz generell sollte der Staat im LiF-Weltbild im Sinne der Förderung einer substantziellen Gleichberechtigung eine aktive Rolle spielen, etwa in der Minderheiten-, Frauen- und Gesellschafts- oder Umweltpolitik.

Hatte es unmittelbar nach der Parteigründung den Anschein gehabt, das LiF kämpfe um einen ähnlichen Wählermarkt wie ÖVP und FPÖ – weshalb beide nicht unberechtigte Vorwürfe an die SPÖ richteten, bei der Parteigründung mitgeholfen zu haben⁵⁷ –, so wechselten nach der Verabschiedung des Parteiprogramms im Herbst 1993 mehr und mehr SPÖ- und Grün-Anhänger zu den Liberalen. Im Vergleich zu den Grünen profilierten sich die Liberalen als sachorientierte, nicht-aktivistische, Europa-freundliche Opposition, die noch dazu mit Schmidt (bis zur Wahl Alexander van der Bellen zum grünen Bundessprecher 1997) über die profilierte und publikumswirksamere Parteiführerin verfügte.

3.3.1 Ursachen für das Scheitern des LiF

Bei der Nationalratswahl im Oktober 1999 strauchelten die Liberalen mit 3,6 Prozent knapp an der Vier-Prozent-Hürde. Die Ursachen für das Scheitern des LiF sind vielfältig; sie lassen sich in äußere und parteiinterne unterscheiden.

Eine der wesentlichen Schwierigkeiten für die Entwicklung des Liberalen Forums bestand darin, dass es als Parlamentspartei „von oben“, als eine Kopfgeburt Heide Schmidts und ihres langjährigen Vertrauten Gerhard Kratky gegründet worden war.⁵⁸ Deshalb musste in der Anfangsphase viel improvisiert werden, speziell bei der Kandidaten- und Mitarbeiterauswahl.

⁵³ Prisching, Manfred (1998): Im Lande der Ambivalenzen. Mentalitäten zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit. In: Kriechbaumer, Robert (Hrsg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. Band 1. Wien/Köln/Weimar, S. 639–676, hier S. 672–674.

⁵⁴ Frischenschlager sah das LiF „in der guten Tradition des österreichischen Liberalismus, beginnend mit 1848 bis zur Bundesverfassung 1920“ stehend. – Interview mit Die Furche, 4. November 1993.

⁵⁵ Vgl. Gerstl 1998, Kap. VIII, und Frischenschlager, Friedhelm (1996): Analyse der Entwicklung des Liberalen Forums. In: ÖJP 1995, S. 223–241, sowie Frischenschlager 1994.

⁵⁶ „Die Sicherheit der materiellen Existenz ist eine Voraussetzung persönlicher Freiheit. Daraus leitet sich die soziale Dimension liberaler Politik ab. Das Liberale Forum sieht in der Verhinderung von Armut und Not eine unteilbare Aufgabe des Einzelnen und der Gesellschaft. Niemand soll der Eigenverantwortung enthoben, aber auch niemand der Hilflosigkeit preisgegeben werden.“ – Liberales Forum (Hrsg.) (1999): Die Freiheit des Menschen und seine Verantwortung für die Gesellschaft. Wien, Kapitel Soziale Verantwortung und Existenzsicherung.

⁵⁷ Vgl. die Thesen zum Gründungsprozess in Gerstl 1998, S. 408–410.

⁵⁸ Sowohl organisatorisch wie programmatisch konnten die Parteigründer an Konzepte zurückgreifen, die von ihnen noch während ihrer FPÖ-Zeit ausgearbeitet worden waren; siehe Gerstl 1998, Kap. VIII und IX.

Lange Zeit zehrten die Liberalen erfolgreich von ihrem Image als Anti-Haider-Partei, das von Schmidt hervorragend verkörpert wurde. Wofür das LiF im positiven Sinne stand, konnte einer breiten Öffentlichkeit jedoch nur unzureichend vermittelt werden – dem umfangreichen Parteiprogramm zum Trotz. Dies war jedoch nicht allein die Schuld der Liberalen, sondern die politische Konkurrenz, die Medien und teilweise auch die Wissenschaft⁵⁹ stürzten sich auf Reizthemen wie Homosexuellen-Ehe, Sterbehilfe oder Kreuzifix-Debatte. So berechtigt diese Anliegen für eine liberale Parteien auch gewesen sein mögen – wesentlichere wirtschafts-, gesellschafts- oder bildungspolitische Forderungen gingen dagegen nahezu unter. Diese konnten auch im Wahlkampf 1999 angesichts der Themenfülle nicht richtig herausgestrichen werden, wie das den Nationalratswahlen 1994 und 1995 noch gelungen war. Das große Bild des ganzheitlichen Liberalismus aus den Augen verloren aber auch viele liberale Funktionäre: Das LiF wurde so immer sektiererischer, namentlich in der Frauenpolitik und bei der Gleichstellung von homosexuellen und lesbischen Paaren.

Als verhängnisvoll erwies sich ferner die Konzentration auf die Person Heide Schmidt: Beispielsweise kandidierte sie für die Bundespräsidentenwahl 1998, anstatt weiteres Führungspersonal aufzubauen. Eher schien das Gegenteil der Fall zu sein, war doch mit Friedhelm Frischenschlager 1996 einer der wenigen intellektuell ebenbürtigen Parteifreunde nach Brüssel abgeschoben worden. Dagegen rang sich Schmidt – immer loyal gegenüber ihren Vertrauten – erst unmittelbar vor der Wahl 1999 zur Ersetzung Kratkys als Bundesgeschäftsführer durch. Überhaupt betrieb das LiF eine mitunter fragwürdige Rekrutierung seines politischen Personals, speziell bei der Nationalratswahl 1999. Statt verdiente eigene Funktionäre mit einer Kandidatur zu belohnen, wurden mehr oder weniger bekannte Aktivistinnen oder Publizistinnen auf aussichtsreiche Listenplätze gereiht.

Schließlich ist noch die mangelnde parteiinterne Demokratie zu nennen, die viele Funktionäre der Partei entfremdete oder gar zum Austritt bewegte. Sie ist Resultat eines technokratischen Organisationsmodells, das der Parteiführung zahlreiche Kontrollmöglichkeiten bot.⁶⁰ Hier zeigt sich eine Parallele zu den Aufklärern und frühen Liberalen, die ebenfalls politische und mentale Angst vor einem Zuviel an Demokratie und einer unkontrollierbaren Masse hatten,⁶¹ ferner teilten viele LiF-Liberale deren Faible für Social-engineering und elitäres Selbstverständnis. – Auch wenn die politische und gesellschaftliche Basis des Liberalen Forums immer eine prekäre war, ist dessen Niedergang letztlich selbstverschuldet und selbstverursacht.

4. Ausblick

Anfang des dritten Jahrtausends sind in Österreichs Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zwar zahlreiche Strömungen und Tendenzen beobachtbar, die als modern, weltoffen, liberal beschrieben werden können und die sich aufgrund der Globalisierung und Europäisierung sogar noch verstärken werden. Doch auf der anderen Seite wachsen auch die Widerstände gegen die negativen sozialen Folgen der Globalisierung. Die Neoliberalismus-Debatte erweist sich dabei als ein großes Hindernis für jeden liberalen Neubeginn in Österreich, da „Neoliberalismus“ – fälschlich, aber publikumswirksam – ein schiefes Licht auf alles wirft, was die Bezeichnung „liberal“ im Namen führt. Eine liberale Kraft – nicht notwendigerweise eine Partei –, die einerseits Rezepte zur Überwindung der tatsächlich gegebenen negativen Effekte entwickelt, andererseits die politisch-intellektuelle Scheinheiligkeit dieses Diskurses aufzeigt (Stichwort BAWAG- und ÖGB-Skandal), wäre aus liberaler Sicht wünschenswert.

Das Scheitern des Liberalen Forums hat die Erfolgsaussichten für jede liberale Neugründung allerdings zumindest für ein Jahrzehnt verdüstert. Ohne die kritische Aufarbeitung des negativen Images des (Neo-)Liberalismus wie des LiF ist ein parteipolitischer liberaler

⁵⁹ Vgl. Brix, Emil/Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Liberalismus. Interpretation und Perspektiven. Wien/ Köln/Graz. – Den meisten der in diesem Sammelband erschienenen Beiträgen liegt eine eher konservative, ÖVP-nahe, einigen eine religiös verbrämte Liberalismus-Interpretation zugrunde, die sich mit dem vom LiF vertretenen Liberalismus naturgemäß schwer verträgt.

⁶⁰ Siehe ausführlicher: Gerstl 1998, Kap. IX.

⁶¹ Im Falle der LiF-Führung waren vermutlich die Erinnerungen an eine unkontrollierbare Basis am Innsbrucker FPÖ-Parteitag 1986 wachgeblieben – Gratzler, Christian (1994): Die Kandidatenauswahl der FPÖ, GABL, VGÖ und des Liberalen Forums anlässlich der Niederösterreichischen Landtagswahl 1993. In: ÖJP 1993, S. 239–266, hier S. 259.

Neuanfang undenkbar. Eine neue Gruppierung könnte zwar auf zahlreiche Traditionen des österreichischen Liberalismus zurückgreifen, zu denen auch das programmatische Erbe des LiF zählt, das eine wertvolle Weiterentwicklung des heimischen Liberalismus darstellt; sie müsste jedoch einen radikalen Bruch in Bezug auf die konkrete Politik und das Personal des LiF vollziehen. Der zumindest kurzzeitige politische Erfolg, den das Liberale Forum namentlich in den Großstädten genoss, sollte Mut machen.

Die anderen Parteien haben nach dem Scheitern des Liberalen Forums, dessen Wählerschaft ja weiterhin besteht, liberale Inhalte übernommen. Am stärksten ist dies bei den Grünen der Fall, die um ein ähnliches Wählersegment kämpf(t)en, doch auch das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) erhebt immer öfter den Anspruch, eine liberale Politik zu betreiben.⁶² Erneut zeigt sich, dass zwar der Liberalismus in der österreichischen Politik, Wirtschaft und Kultur auch dann wirksam ist, wenn im politischen Spektrum keine eigenständige liberale politische Partei existiert. Der Preis ist jedoch das Wiederentstehen eines Liberalismus à la carte. Ob mit einem solchen Liberalismus der – trotz der vielfältigen Modernisierungs- und Liberalisierungsfortschritte in den letzten Jahren – bestehende Bedarf nach einer liberalen Kraft abgedeckt werden kann, ist zweifelhaft. Wie schon in der Ersten Republik, wie schon während langer Zeit in der Zweiten Republik droht sich das Fehlen einer dezidiert liberalen politischen Partei ideologisch, programmatisch und politisch höchst negativ für den österreichischen Liberalismus auszuwirken.

5. Literatur

Allesch, Christian G. (1989): Der Stellenwert des modernen Liberalismus in der österreichischen Politik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (ÖJP) 1988, S. 391–407.

Andics, Hellmut (1981): Gründerzeit. Das schwarzgelbe Wien bis 1867. Wien.

Benedikt, Heinrich (Hrsg.) (1954): Geschichte der Republik Österreich. Wien.

Berchtold, Klaus (1967): Österreichische Parteiprogramme 1868–1966. München.

Berner, Peter/Brix, Emil/Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1986): Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne. Wien.

Bettauer, Hugo (1980): Gesammelte Werke. Die Stadt ohne Juden. Ein Roman von Übermorgen. Salzburg.

Brandt, Harm-Hinrich (1988): Liberalismus in Österreich zwischen Revolution und Großer Depression. In: Langewiesche 1988, S. 136–160.

Brix, Emil/Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Liberalismus. Interpretation und Perspektiven. Wien/Köln/Graz.

Czeike, Felix (1962): Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien (1861–1934). Wien.

Dachs, Herbert et al. (Hrsg.) (1992): Handbuch des politischen Systems Österreich. Wien.

Dostal, Thomas (1995): Die Großdeutsche Volkspartei. In: Tálos et al., S. 195–206.

Elbogen, Friedrich (1895): Die neue Aera. Ein Aufruf. Wien.

Eppel, Peter/Lotter, Heinrich (1981): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1955–1980. Wien.

Friedel, Johann (1786): Historisch-philosophisch und statistische Fragmente, mehrentheils die österreichische Monarchie betreffend. Leipzig/Klagenfurt.

(1785): Briefe aus Wien verschiedenen Inhalts an einen Freund in Berlin. Band 2. Leipzig/Berlin.

(?1784): Briefe aus Wien verschiedenen Inhalts an einen Freund in Berlin. Leipzig/Berlin.

Frischenschlager, Friedhelm (2000): Politischer Liberalismus in Österreich – Chancenlos als Partei? Die Entwicklung des Liberalen Forums 1996–2000. In: ÖJP 1999, S. 543–585.

(1996): Analyse der Entwicklung des Liberalen Forums. In: ÖJP 1995, S. 223–241.

(1994): Das Liberale Forum und das österreichische politische System. In: ÖJP 1993, S. 301–342.

(1992): Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Mantl 1992, S. 368–404.

(1981): Wie liberal ist die FPÖ? In: ÖJP 1980, S. 135–163.

⁶² Vgl. www.bzoe.at (zuletzt besucht am 7.7.2006).

- und Reiter, Erich (1983): Liberalismus in Europa. Wien.
- Fuchs, Albert (1996): Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918. Mit einem Essay von Friedrich Heer. Wien (Neudruck; Original: Wien 1949).
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München.
- Gerstl, Alfred (im Erscheinen): Stichwort Liberales Gedankengut. Wien (Reihe Enzyklopädie des Wiener Wissens).
- (1998): Die Entstehung und Entwicklung des Liberalen Forums (LiF) 1993/94. Dissertation, Uni Wien.
- (1996): Judentum und Liberalismus in Österreich. Von der Aufklärung bis zum Ende der Ersten Republik. In: Hauer 1996, S. 49–98.
- Gold, Hugo (1966): Geschichte der Juden in Wien. Ein Gedenkbuch. Tel Aviv.
- Gratzer, Christian (1994): Die Kandidatenauswahl der FPÖ, GABL, VGÖ und des Liberalen Forums anlässlich der Niederösterreichischen Landtagswahl 1993. In: ÖJP 1993, S. 239–266.
- Hanisch, Ernst (1997): Aus den Tiefen der Zeit. Hypothesen über die historische Entwicklung der wirtschaftlichen Einstellungen in Österreich. In: Hanisch/Faulhaber 1997, S. 9–36.
- und Faulhaber, Theo (Hrsg.) (1997): Mentalitäten und wirtschaftliches Handeln in Österreich. Wien.
- Hauer, Nadine (Hrsg.) (1996): Liberalismus und Judentum. Wien.
- Hrubi, Franz Rupert (1987): Was ist vom liberalen Erbe Österreichs geblieben? In: ÖJP 1986, S. 495–505.
- Johnston, William M. (1992): Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donaauraum 1848 bis 1938. Wien/Köln/Weimar.
- Judson, Pieter M. (1998): Wien brennt. Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe. Wien.
- Kubinzy, Karl A. (1981): Wie liberal ist die FPÖ? Überlegungen zur österreichischen Parteienlandschaft. In: ÖJP 1980, S. 183–187.
- Koch, Matthias (1847): Österreichs innere Politik mit Beziehung auf die Verfassungsfrage. Stuttgart.
- Kramer, Helmut/Höll, Otmar (1992): Österreich in der internationalen Entwicklung. In: Dachs et al. 1992, S. 50–69.
- Kriechbaumer, Robert (Hrsg.) (1998): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. Band 1. Wien/Köln/Weimar.
- Langewiesche, Dieter (Hrsg.) (1988): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen.
- Lichtblau, Albert (1995): Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Tálos et al. 1995, S. 454–471.
- Liegl, Barbara (1995): Das Liberale Forum auf dem Weg zu einer etablierten Partei? Diplomarbeit, Uni Wien.
- Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Politik in Österreich, Wien.
- Mises, Ludwig von (1927): Liberalismus. Jena.
- N.N. (1892): Die deutsch-liberale Partei und die Zukunft des Liberalismus in Österreich. Wien.
- Pauley, Bruce F. (1993): Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien.
- Pelinka, Anton (2005): Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. (Österreich – Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive. Band 6. Herausgegeben von Hubert Christian Ehalt.) Innsbruck – Wien – Bozen.
- Pelinka, Anton (1996): Liberalismus und Judentum. In: Hauer 1996, S. 125–136.
- und Reinalter, Helmut (Hrsg.) (2002): Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938. Innsbruck/Wien/München/Bozen.
- Pittler, Alois P. (1992): Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ. Diplomarbeit, Uni Wien.
- Pramstrahler, Werner/Ullmann, Iris (2002): Deutschnationale Parteien 1918–1934. In: Pelinka/Reinthal 2002, S. 227–235.
- Prisching, Manfred (1998): Im Lande der Ambivalenzen. Mentalitäten zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit. In: Kriechbaumer 1998, S. 639–676.

- Pulzer, Peter (1986): Liberalismus, Antisemitismus und Juden im Wien der Jahrhundertwende. In: Berner/Brix/Mantl 1986, S. 32–38.
- Rauchensteiner, Manfred (1987): Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien.
- Reinalter, Helmut (1995): Die Anfänge des Liberalismus in Österreich. Von der Aufklärung bis zur Revolution 1848/49. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Festschrift für Helmut Wagner zum 65. Geburtstag. Berlin, S. 131–146.
- Reiter, Erich (1982): Programm und Programmentwicklung der FPÖ. Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft (Hrsg. Felix Ermacova) Band 5. Wien.
- Reiter, Erich (1983): Der Attersee-Kreis innerhalb der Freiheitlichen Partei. In: Khol-Stirnemann, Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982.
- Reiter, Erich (1995): Zur Entwicklung der FPÖ vor und nach der EU-Volksabstimmung. In: Khol-Ofner-Stirnemann, Österreichisches Jahrbuch für Politik 1994.
- Rietra, Madeleine (1980): Jung Österreich. Dokumente und Materialien zur liberalen österreichischen Opposition. Amsterdam.
- Sauer, Manfred (1974): Die „Großdeutsche Volkspartei“ und der „Landbund für Österreich“ in der Ersten Republik. In: Freie Argumente 2, S. 20–38.
- Schorfke, Carl (1982): Wien: Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle. Frankfurt am Main.
- Stiefel, Dieter (1981): Entnazifizierung in Österreich. Wien/München/Zürich.
- Stourzh, Gerald (2005): 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? (Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive. Band 1. Herausgegeben von Hubert Christian Ehalt.) Innsbruck – Wien – Bozen.
- Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton: (Hrsg.) (1995): Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933. Wien.
- Tietze, Hans (21987): Die Juden Wiens. Geschichte, Wirtschaft, Kultur. Wien.
- Wandruszka, Adam (1954): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Benedikt 1954, S. 289–485.
- Zweig, Stefan (³³2002): Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Frankfurt am Main.

DER „RAAB-KAMITZ-KURS“: LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK?

Einleitung

Das österreichische „Wirtschaftswunder“ der Fünfzigerjahre trug in hohem Maße die Handschrift des von der ÖVP initiierten „Raab-Kamitz-Kurses“. Die Exponenten dieser Wirtschaftspolitik sahen in ihr die praktische Ausformung einer nach dem Zweiten Weltkrieg populär gewordenen Version wirtschaftsliberaler Politik, namentlich der Sozialen Marktwirtschaft. Der folgende Beitrag wirkt als Ergebnis einer kritischen Hinterfragung dieser Behauptung die Frage nach der Bedeutung des Wirtschaftsliberalismus im christlich-konservativen Lager in Österreich auf. Verdiente der „Raab-Kamitz-Kurs“ demzufolge überhaupt das Attribut „liberal“?

Um eine Antwort darauf geben zu können, wird es notwendig sein, den historischen Bogen vom 19. Jahrhundert bis in die Zeit des „Wirtschaftswunders“ zu spannen und die Entwicklungsgeschichte der Partei, beginnend bei ihren ideologischen Wurzeln, nach wirtschaftsliberalen Spuren zu durchleuchten.

Zur Tradition des Liberalismus im christlich-konservativen Lager

Der Börsenkrach des Jahres 1873 leitete die Abenddämmerung des bis dahin Politik und Wirtschaft domi-

nierenden Liberalismus in Österreich ein. Von den pauperisierenden Auswirkungen dieser Weltwirtschaftskrise waren nicht nur die niederen Klassen der Industrie, sondern auch jene der Landwirtschaft und des Handwerks betroffen. Der Führer der politischen Bewegung, welche mit einem christlichen Sozialprogramm diesen Zuständen entgegenzuwirken gedachte, war der ursprünglich aus Norddeutschland stammende Karl von Vogelsang,¹ der ideologische Begründer der Christlichsozialen Partei und somit auch Stammvater der ÖVP.

Vogelsangs sozialreformatorische Lehren, als deren Ziel eine berufsständische Gliederung der Gesellschaft nach mittelalterlichen Mustern definiert wurde, waren von Antikapitalismus und einer Bejahung des Staatsinterventionismus, aber auch von einem rüden Antisemitismus geprägt. Als Hauptfeind galten nicht etwa Sozialismus und Kommunismus, sondern vielmehr das liberalistische Wirtschaftssystem.² Im Liberalismus wurde der Auslöser für die Zersetzung einer ursprünglich harmonisierenden Gesellschaft und die Ursache für den Pauperismus erblickt, denn nach Vogelsang trugen die liberalen Begriffe von Gleichheit und Freiheit Schuld an den sozialen Übelständen des industriellen Systems und des Kapitalismus.³ Dies manifestierte sich nicht zuletzt in der Kritik an den Lehren

¹ Siehe dazu: Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Bd. 12. Wien - Köln - Weimar 2001, S. 243–252; Ernst Hanisch, Konservatives und revolutionäres Denken. Deutsche Sozialkatholiken und Sozialisten im 19. Jahrhundert. Veröffentlichungen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte am internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg, II. Serie, Studien 3. Wien - Salzburg 1975, S. 73–76; Zum Börsenkrach von 1873 siehe Helmut Rumppler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. Österreichische Geschichte 1804–1914. Wien 1997, S. 463–466.

² Siehe dazu: Alfred Diamant, Die österreichischen Katholiken und die Erste Republik. Demokratie, Kapitalismus und soziale Ordnung 1918–1934. Deutsche Übersetzung von Norbert Leser. Princeton 1960, S. 41–47; Ludwig Reichhold, Karl von Vogelsang. Die Grundlegung der österreichischen Sozialpolitik. Reihe Kurzbiographien Karl von Vogelsang-Institut. Wien 1987, S. 15; Erwin Bader (Hg.), Karl v. Vogelsang. Die geistige Grundlegung der christlichen Sozialreform. Wien 1990, S. 99–120; Walter Martin Iber, Vom Syllabus zum Ständestaat. Der Antimarxismus/Antisozialismus der Christlichsozialen Partei in seinen ideologischen Grundlagen und in ausgewählten Maßnahmen. DA Graz 2004, S. 13–18.

³ Diamant, Die österreichischen Katholiken, S. 52f.; Vgl. auch Wiard Klopp (Hg.), Die sozialen Lehren des Freiherrn Karl von Vogelsang. Grundzüge einer christlichen Gesellschafts- und Volkswirtschaftslehre aus dem Nachlaß desselben. St. Pölten 1894, S. 262–267.

Adam Smiths, eines der bedeutendsten Vertreter des Liberalismus:

„A. Smith belehrte uns, dass die fabrikmäßige Arbeit, die Teilung derselben, mehr Stecknadeln erzeugt, und da die Welt von der Überzeugung durchdrungen ist, dass der Mensch um der Produktion, und zwar um der möglichst billigen Produktion willen da ist, so wurde der Streit zugunsten der Nadeln und gegen den Menschen entschieden.“⁴

Vogelsang war aber nicht bloß rückwärtsgewandter Romantiker, sondern durchaus auch bereit – man bedenke dabei seine Einflussnahme auf die Sozialgesetzgebung⁵ –, innerhalb der bestehenden Ordnung sozialpolitisch aktiv zu werden. Allerdings galt ihm solcherlei Tätigkeit stets als etwas, das „zwischendurch passieren kann, bevor die große Gesellschaftsreform kommt.“⁶ Vogelsangs Programm beruhte somit nicht ausschließlich, jedoch in erster Linie auf der rückwärts gewandten Ständeideologie und entsprach damit weitgehend den antiliberalen Lehren der katholischen Kirche unter Papst Pius IX. (1846–1878).⁷ Diese fanden ihren Höhepunkt im „Syllabus errorum“ von 1864, einem der Enzyklika „Quanta Cura“ anhängenden Katalog mit 80 so genannten „Zeitirrtümern“, der eine Absage von Papsttum und Katholizismus an die Weltordnung des 19. Jahrhunderts bedeutete. Pius IX. trat darin gegen eine Aussöhnung zwischen Papsttum und Liberalismus ein.⁸

Nach Vogelsangs Tod im Jahre 1890 wurden seine radikal-sozialreformatorische Lehren von seinen Nachfolgern nicht weitergetragen.⁹ Unter dem ursprünglich aus dem liberalen Lager kommenden Karl Lueger erhielt die Christlichsoziale Partei zunehmend einen bürgerlichen Charakter.¹⁰ Als die Christlichsozialen sich noch vor dem Ersten Weltkrieg von einer Protest- zur staatstragenden Partei wandelten, musste die sozialreformatorisch-antikapitalistische Komponente zunehmend einer sozialpolitisch-liberalen und pro-kapitalistischen Hauptströmung, die sich gleichzeitig vom klassischen Liberalismus abzugrenzen suchte, Platz machen.¹¹ Das Auftreten eines liberalen Katholizismus sorgte zwar für eine Abschwächung der staatsinterventionistischen Tendenzen in den Lehren Vogelsangs, dennoch blieb das katholische Lager in Österreich gegenüber staatlichen Eingriffen im wirtschaftlichen oder sozialen Bereich vorerst aufgeschlossener als die meisten Katholiken Deutschlands und Westeuropas.¹²

Legitimiert sah man die Abkehr vom Antikapitalismus Vogelsangs durch den Gesinnungswandel in Rom: Papst Leo XIII. hatte in seiner Sozialenzyklika „Rerum novarum“ (1891) sozialromantischen Ideen eine klare Absage erteilt und war für eine Anpassung der Katholiken an die bestehende Gesellschaftsform eingetreten.¹³

„In der Vergangenheit haben die Korporationen von Handwerkern lange Zeit eine gedeihliche Wirkung ent-

⁴ Karl von Vogelsang, *Wirtschaftlich-soziale Metamorphosen. Eine social-politische Phantasie* (Monatsschrift für christliche Sozialreform IV (1882), S. 1–10), abgedruckt in: Bader, Karl v. Vogelsang, S. 255–261, hier S. 255.

⁵ In diesem Zusammenhang dürfen auch die Thesen, welche im Jahre 1883 bei einer Konferenz auf Schloss Haid in Böhmen von führenden Sozialkatholiken, unter ihnen Vogelsang, ausgearbeitet wurden, nicht außer Acht gelassen werden. Siehe dazu Karl von Vogelsang, Die „Haider Thesen“, in: *Christliche Demokratie* 2 (1991–92), S. 239–247.

⁶ Ernst Bruckmüller in seinem Beitrag zur Diskussion über Vogelsang und die geistige Grundlegung der christlichen Sozialreform, in: *Christliche Demokratie* 2 (1991–92), S. 183–186, hier S. 184; Alfred Diamant nimmt eine Unterscheidung zwischen den Richtungen „Sozialreform“ und „Sozialpolitik“ innerhalb des katholischen Lagers vor. Während die „Sozialreformer“ sich die Wiederherstellung mittelalterlicher Sozialordnung zum Ziel gesetzt hatten, traten die Exponenten der „Sozialpolitik“ für ein soziales Wirken im Sinne von Reformen innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems ein. Diamant, *Die österreichischen Katholiken*, S. 18.

⁷ Vgl. Iber, *Vom Syllabus zum Ständestaat*, S. 11–13.

⁸ Pius IX., *Sätze des Syllabus*. 1864, abgedruckt in: Heinrich Denzinger, *Kompendium der Glaubensbekenntnisse und kirchlichen Lehrscheidungen*. Verbessert, erweitert, ins Deutsche übertragen und unter Mitarbeit von Hemut Hoving, herausgegeben von Peter Hünermann. 37. Aufl. Freiburg im Breisgau u. a. 1991, S. 799–809, hier S. 809; Vogelsang verfolgte mit seiner Liberalismuskritik keineswegs rein intellektuelle Zwecke. Vielmehr ging es ihm darum, den Industriearbeitern eine Alternative zum Sozialismus anzubieten. Diamant, *Die österreichischen Katholiken*, S. 52.

⁹ Siehe dazu Diamant, *Die österreichischen Katholiken*, S. 125f.

¹⁰ Siehe dazu Reinhold Knoll, *Zur Tradition der Christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907*. Wien – Köln – Graz 1973, S. 211–245.

¹¹ Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*. Österreichische Geschichte 1890–1990. Wien 1994, S. 119f.

¹² Diamant, *Die österreichischen Katholiken*, S. 48.

¹³ Vgl. ebd., S. 26.

faltet [...]. In einer Zeit wie der unsrigen mit ihren geänderten Lebensgewohnheiten können natürlich nicht die alten Innungen in ihrer ehemaligen Gestalt wieder ins Leben gerufen werden; die neuen Sitten, der Fortschritt in Wissenschaft und Bildung, die gesteigerten Lebensbedürfnisse, alles stellt andere Anforderungen."¹⁴

In der von der Sozialdemokratie dominierten Frühphase der Ersten Republik agierte die Christlichsoziale Partei noch einmal im Sinne Vogelsangs, indem sie sich für die Verstaatlichung oder Kommunalisierung von Großbetrieben aussprach. Sie hielt aber gleichzeitig am Privateigentum an Produktionsmitteln fest. Nicht das kapitalistische System an sich sollte bekämpft werden, sondern lediglich dessen Auswüchse.¹⁵ Aufgrund der weiteren innenpolitischen Entwicklungen wurden innerhalb der Christlichsozialen Partei die antiliberalen Elemente immer stärker von der ideologischen Klammer des Antimarxismus in den Hintergrund gedrängt. Nach dem Bruch der großen Koalition mit den Sozialdemokraten und ihrem Wahlsieg 1920 orientierte sich die Partei immer stärker an den Interessen von Industrie und Kapital, die sich ihrerseits nach dem Ausfall der alten Eliten stärker auf die Christlichsoziale Partei hatten stützen müssen und dieser nun erhebliche Geldmittel zufließen ließen.¹⁶ Im Gegenzug fielen der

Industrie seit 1923 drei Mandate im Klub zu. 1929 stand mit Ernst von Streeruwitz sogar für kurze Zeit ein Industrievertreter als Bundeskanzler an der Spitze der Regierung.¹⁷ Eine Hinwendung zum Liberalismus entsprach zwar keineswegs den ideologischen Positionen der Partei des Politischen Katholizismus, ließ sich angesichts ihrer tagespolitischen Akzente allerdings kaum von der Hand weisen. Als Regierungspartei verfolgten die Christlichsozialen eine Politik der Ausgabenreduktion durch den Abbau von Staatsangestellten und die Einschränkung von Sozialleistungen.¹⁸ Nach Klemens von Klemperer, dem Biographen Ignaz Seipels, des bedeutendsten christlichsozialen Politikers der Ersten Republik, kam man dem „altliberalen Wirtschaftssystem“ zumindest recht nahe.¹⁹ Freilich muss berücksichtigt werden, dass den Regierungen angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen wenig wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum blieb.²⁰

Innerhalb des christlichsozialen Lagers existierten jedoch weiterhin Gruppen, die an den sozialromantischen Lehren Vogelsangs festhielten. Durch eine entsprechende Auslegung der Lehren Pius' XI. in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ von 1931, wo die „Erneuerung der ständischen Ordnung“ als gesellschaftspolitisches Ziel ausgegeben wurde,²¹ sollte sich schließlich ein Wandel zu ihren Gunsten vollziehen. Der Stände-

¹⁴ Leo XIII., *Rerum novarum*. 1891, abgedruckt in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands (Hg.), *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*. 5. erw. Aufl. Kevelaer 1982, S. 31–70, hier S. 59.

¹⁵ Anton Staudinger, *Christlichsoziale Partei*, in: Erika Weinzierl – Kurt Skalnik (Hg.), *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, Bd. 1. Graz – Wien – Köln 1983, S. 249–276, hier S. 255.

¹⁶ Hanisch, *Der lange Schatten des Staates*, S. 129; Vgl. auch: Staudinger, *Christlichsoziale Partei*, S. 256; Diamant, *Die österreichischen Katholiken*, S. 143; Helmut Wohnout, *Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche. Die Christlichsozialen in Österreich 1918–1934*, in: Michael Gehler – Wolfram Kaiser – Helmut Wohnout (Hg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Arbeitskreis Europäische Integration. Historische Forschungen, Veröffentlichungen* Bd. 4. Wien – Köln – Weimar 2001, S. 181–207, hier S. 184f.

¹⁷ Hanisch, *Der lange Schatten des Staates*, S. 129.

¹⁸ Hans Kernbauer, *Österreichische Währungs-, Bank- und Budgetpolitik in der Zwischenkriegszeit*, in: Emmerich Tálos u. a. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Erste Republik 1918–1933*. Wien 1995, S. 552–569, hier S. 558.

¹⁹ Klemens von Klemperer, *Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit*. Deutsche Übersetzung von Margreth Kees. Graz – Wien – Köln 1976, S. 174; Vgl. auch Wohnout, *Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche*, S. 186.

²⁰ Vgl. Fritz Weber, *Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit. Zum Investitionsverhalten der öffentlichen Hand 1918–1938*, in: Emmerich Tálos u. a. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Erste Republik 1918–1933*. Wien 1995, S. 531–551.

²¹ Pius XI., *Quadragesimo anno*. 1931, abgedruckt in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands (Hg.), *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*. 5. erw. Aufl. Kevelaer 1982, S. 91–152, hier S. 121; Einer der Hauptautoren der Enzyklika, der deutsche Jesuit P. Oswald von Nell-Breuning vertrat nach 1945 die Meinung, dass die Enzyklika kein Staatsprogramm, sondern ein Aufruf zur Gesellschaftsreform gewesen und von Österreich ständestaatlich missverstanden worden sei. Michaela Kronthaler – Rudolf Zinnhobler – Dieter A. Binder (Hg.), *Maximilian Liebmann. Kirche in Gesellschaft und Politik. Von der Reformation bis zur Gegenwart, Festgabe für Maximilian Liebmann zum 60. Geburtstag*. Graz 1999, S. 202f.; Ein autoritärer Ständestaat, wie er in Österreich entstand, entsprach zwar nicht den Vorstellungen Vogelsangs, doch lassen sich hierbei durchaus Widersprüchlichkeiten in seinen Lehren feststellen. Dazu Erika Weinzierl: „Wenn auch gegen jede autoritäre Lösung, so hat V. als konservativer Antikapitalist dem christlich-sozialen Staat (soziales Königtum) die Aufgabe zugeordnet, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu überwachen.“, zit. bei Bader, Karl v. Vogelsang, S. 134.

staat wurde zur Realität. Die auf der Grundlage der Enzyklika basierende ständische Verfassung von 1934 erwies sich letztlich aber als Pyrrhussieg für die Vertreter der Vogelsang-Schule, wurden die von den Romantikern ins Auge gefassten wirtschaftlichen Reformen doch niemals durchgeführt. Zum Zwecke einer autoritären Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme hatten christlichsoziale Politiker eine romantisch-ständische Fassade errichtet, hinter der sich in Wahrheit kapitalistische Strukturen verbargen.²² Trotz aller „ständestaatlichen Phraseologie“ war die Wirtschaftspolitik von liberalen Zielsetzungen geprägt: Stabilhaltung der Währung bei ausgeglichenem Staatsbudget.²³

ÖVP und Soziale Marktwirtschaft

Die 1945 gegründete ÖVP war bestrebt, sich ideologisch von ihrer Vorgängerpartei und damit auch vom Experiment des autoritären Ständestaates abzugrenzen. Ihre Gründerväter wollten der Partei den Standort der „linken Mitte“ zuweisen und orientierten sich an Ideologie und Politik des aus der französischen Résistance hervorgegangenen „Mouvement Républicain Populaire“ (MRP). Als Ergebnis dieser Positionierung präsentierte sich ein Sozialkatholizismus im Stile eines Ernst Karl Winter, der schon in der Zwischenkriegszeit für einen Brückenschlag zwischen konservativem und sozialistischem Lager eingetreten war.²⁴ Die „Österreichische Labour Party“, als welche sich die ÖVP in ihrer ersten Phase gerne bezeichnete, hatte jedoch nicht nur aufgrund der personellen Kontinuität zur Zwischenkriegszeit in Wirklichkeit niemals existiert.²⁵ Die Pro-

grammatik der ÖVP wies zwar zunächst zweifelsfrei starke christlich-sozialistische Elemente auf und ermöglichte ihr so die Zustimmung zu den Verstaatlichungsgesetzen der Jahre 1945 und 1946.²⁶ Tatsächlich aber wurden bereits damals marktwirtschaftliche Positionen in den wirtschaftspolitischen Teil der Programmatik übernommen.²⁷ Insofern war die Distanz zum Liberalismus damals weniger groß, als oft angenommen: sowohl zu den zwar in der Theorie nicht vorhandenen, jedoch in der Praxis durchaus erkennbaren wirtschaftsliberalen Tendenzen des christlichsozialen Lagers seit den Zwanzigerjahren als auch zur „neoliberalen“ ÖVP der Fünfzigerjahre.

Gegen Ende der Vierzigerjahre kam es nämlich zu einer ideologischen Akzentverschiebung in der Partei. Mit dem 1949 gegründeten VdU stand der ÖVP plötzlich ein ernstzunehmender Gegner im Kampf um die bürgerliche Wählerschaft gegenüber. In dieser Situation bot sich die im Aufstieg begriffene Idee der Sozialen Marktwirtschaft, eine Version neoliberaler Wirtschaftspolitik, die potentielle Berührungspunkte zwischen christlicher Soziallehre und Liberalismus vor Augen führte, als Lösungsvorschlag an.

Hatte der von Adam Smith geprägte klassische Wirtschaftsliberalismus die Freiheit noch weitgehend als Freiheit vom Staat und Marktwirtschaft als Wirtschaft ohne Staat angesehen, so führte die Kapitalismuskritik durch Marx schließlich zu einer Revision des Liberalismus, die in den Versuch mündete, die Marktprozesse durch Herstellung bestimmter politischer und sozialer Rahmenbedingungen mit dem gesamtgesellschaftlichen Interesse in Einklang zu bringen. Zu dieser Idee ei-

²² Diamant, Die österreichischen Katholiken, S. 147.

²³ Weber, Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit, S. 547f.

²⁴ Vgl. Kurt Skalnik, Parteien, in: Erika Weinzierl – Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 2. Graz – Wien – Köln, S. 197–228, hier S. 202 u. 208.

²⁵ Erhard Busek, Die Österreichische Volkspartei, in: Wolfgang Mantl (Hg.), Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 10. Wien – Köln – Graz 1992, S. 349–367, hier S. 353; Vgl. auch Dieter A. Binder, Von der „Rettung des christlichen Abendlandes“ und „Europa in uns“. Die Österreichische Volkspartei nach 1945, in: Michael Gehler – Wolfram Kaiser – Helmut Wohnout (Hg.), Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen Bd. 4. Wien – Köln – Weimar 2001, S. 399–424, hier S. 399 u. 403.

²⁶ Hinter dieser Zustimmung verbargen sich in erster Linie wirtschaftspolitische Zwänge und pragmatische Überlegungen. Aufgrund der chronischen Kapitalarmut der österreichischen Unternehmer schien ein rascher Wiederaufbau unter staatlicher Beteiligung eher durchführbar. Außerdem gedachte man, durch die Aufrüstung des „Deutsche Eigentum“ den Besitzrechtsansprüchen der Besatzungsmächte zu entziehen. Roman Sandgruber, Die Wirtschaft in der Nachkriegszeit, in: Stefan Karner – Gottfried Stangler (Hg.), „Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg. Horn – Wien 2005, S. 173–181, hier S. 176f.

²⁷ Robert Kriechbaumer, Programme und Programmdiskussionen, in: Robert Kriechbaumer – Franz Schaußberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Bd. 2. Wien – Köln – Weimar 1995, S. 103–136, hier S. 108f.

nes sozialen Liberalismus gesellte sich im Anschluss an die Weltwirtschaftskrise 1929 die von Walter Eucken geprägte Theorie der Verkehrswirtschaft (Marktwirtschaft).²⁸ Auf der Grundlage dieser Entwicklung gelang es den Christlichsozialen Parteien Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, mit der Idee der Sozialen Marktwirtschaft einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu finden. Die Vertreter dieser Konzeption gaben einerseits die historischen Fehler des Liberalismus des 19. Jahrhunderts zu, betonten andererseits jedoch auch seine sozialen Möglichkeiten. Sie forcierten einen Brückenschlag zwischen Neoliberalismus und katholischer Soziallehre, da sie zum einen in „Quadragesimo anno“ eine Bejahung des Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft zu erblicken glaubten.²⁹ Pius XI. hatte in seiner Enzyklika gemeint:

„Der Staat kann also – immer im Rahmen des natürlichen und göttlichen Gesetzes – mit Rücksicht auf wirkliche Erfordernisse des allgemeinen Wohls genauer im einzelnen anordnen, was die Eigentümer hinsichtlich des Eigentumsgebrauchs dürfen, was ihnen verwehrt ist. [...] Selbstverständlich darf die Staatsgewalt nicht willkürlich verfahren. Das naturgegebene Recht auf Sondereigentum, eingeschlossen das Erbrecht, muss immer unberührt und unverletzt bleiben, da der Staat es zu entziehen keine Macht hat [...] Indem jedoch die Staatsgewalt das Sondereigentum auf die Erfordernisse des Gemeinwohls abstimmt, erweist sie den Eigentümern keine Feindseligkeit, sondern einen Freundschaftsdienst.“³⁰

Zum anderen betrachteten die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft³¹ den Sozialismus als gemeinsamen Feind von Christentum und Liberalismus.³²

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zeigte sich tatsächlich in hohem Maße von der katholischen Sozi-

allehre beeinflusst: Es enthielt das Bekenntnis zum Privatbesitz an Produktionsmitteln, zur Schaffung entsprechender sozialer Rahmenbedingungen zur Erhaltung des Marktmechanismus und zur Bildung von Kapital in Arbeitnehmerhand. Die Rahmenbedingungen wurden von den Prinzipien des Personalismus, des Solidarismus und der Subsidiarität bestimmt, was in der österreichischen Politik die Ersetzung des Klassenkampfes durch den politischen Konsens in Form der Sozialpartnerschaft zur Folge hatte. Dennoch stieß das Konzept bei zahlreichen Vertretern der katholischen Soziallehre, vor allem innerhalb des ÖAAB, auf Ablehnung, da man in Zukunft eine Dominanz der neoliberalen gegenüber der sozialen Komponente befürchtete.³³ Die Vertreter sozialreformatorischer Vorstellungen innerhalb der ÖVP, wie Karl Kummer oder Karl Lugmayr, gerieten mit ihren den Lehren Vogelsangs entsprechenden Forderungen nach dem vollen Arbeitsertrag und der Umwandlung der Betriebsstruktur in eine völlige Partnerschaft innerhalb der Partei zusehends ins Hintertreffen.³⁴

Der Aufstieg der Sozialen Marktwirtschaft zur programmatischen Grundlage der Wirtschaftsbemühungen der ÖVP war Ausdruck einer ideologischen Neupositionierung im Hinblick auf die sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der damit verbundene Rechtsruck ließ sich nicht zuletzt als Antwort auf das Auftreten des VdU verstehen. Der Wirtschaftsband gewann die Oberhand gegenüber den anderen Bündeln, die Partei wurde zu einer bürgerlichen Sammelbewegung, in der fortan neoliberale Elemente eine starke Betonung fanden. Die ÖVP folgte damit dem Weg der CDU unter Konrad Adenauer. In personeller Hinsicht war dieser Kurswechsel untrennbar mit der

²⁸ Robert Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen. Die Programmdiskussionen und die Programme von ÖVP und SPÖ 1945–1986. Österreichisches Jahrbuch für Politik, Sonderband 3. Wien – München 1990, S. 244.

²⁹ Der Umstand, dass „Quadragesimo anno“ zuvor als Grundlage für den formell antikapitalistischen Ständestaat gedient hatte, macht in diesem Zusammenhang deutlich, welchen Interpretationsspielraum die Enzyklika offen lies.

³⁰ Pius XI., Quadragesimo anno, S. 108f.

³¹ Als solche sind etwa Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow oder Alfred Müller-Armack zu nennen. Nach Letzterem bestand das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft darin, „das Prinzip der Freiheit auf den Märkten mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“, zit. bei: Andreas Steidl, Der klassische Wirtschaftsliberalismus, die Soziale Marktwirtschaft und Grundformen des Neoliberalismus. Eine ideengeschichtliche Studie zur Gesellschaftstheorie der jüngeren Sozialökonomik. DA Graz 2004, S. 24.

³² Vgl. Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, S. 244–263.

³³ Ebd. S. 264; Nach Busek mussten in der parteipolitischen Praxis fortan tatsächlich das Bekenntnis zum Christentum und der Solidarismus marktwirtschaftlichen, ordo-liberalen Grundsätzen weichen. Erhard Busek, Die Österreichische Volkspartei, S. 356.

³⁴ Robert Kriechbaumer, Programme und Programmdiskussionen, S. 117; Kriechbaumer, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, S. 271.

herausragenden Persönlichkeit der Partei in den Fünfzigerjahren verbunden: Julius Raab.³⁵

Soziale Marktwirtschaft und wirtschaftspolitische Praxis: Der „Raab-Kamitz-Kurs“

Mit dem niederösterreichischen Unternehmer Julius Raab trat 1949 die dominierende Figur innerhalb der ÖVP als geschäftsführender Obmann an die Spitze der Partei. In dieser Funktion setzte Raab 1952 eine Regierungsumbildung durch, aus der der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Bundeswirtschaftskammer und Nationalökonom Reinhard Kamitz als neuer Finanzminister hervorging. Kamitz galt in Österreich als führender Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft. Nur wenige Tage nach der Regierungsumbildung beerbte Raab Leopold Figl auch definitiv als Parteiohmann, 1953 löste er diesen als Bundeskanzler ab.³⁶ Die von Raab und seinem Finanzminister Kamitz vorgegebene wirtschaftspolitische Marschroute bewirkte eine Liberalisierung der österreichischen Wirtschaft, die seit 1945 einen sehr hohen Staatsanteil aufwies. Die Eckpunkte dieser als „Raab-Kamitz-Kurs“ in die Geschichte eingegangenen Wirtschaftspolitik waren:³⁷

- marktwirtschaftliche Ausrichtung,
- Westorientierung,
- stabile Währung,
- ausgeglichenes Budget,
- Ausbau des sozialen Systems.

Als Raab im April 1953 die Kanzlerschaft übernahm, war die österreichische Wirtschaft in eine Krise geraten. Das Kamitz'sche Wirtschaftsprogramm der Budgetsanierung, das sich an Sparsamkeit und einer stabilen Währung orientierte, schien als Mittel zur Krisenbewältigung nicht zu taugen. Vielmehr hatte es zunächst zum Bruch mit dem Koalitionspartner SPÖ und zu den vorzeitigen Neuwahlen vom 22. Februar 1953 geführt, bei denen die ÖVP stimmenmäßig an zweite Stelle hinter die SPÖ zurückgerutscht, aufgrund der Wahlarithmetik jedoch mandatsstärkste Partei im Parlament geblieben war.³⁸ In dieser Situation galt es, trotz des Auslaufens der Marshallplan-Hilfe die österreichische Wirtschaft unter dem propagierten Motto „Zuerst verdienen, dann ausgeben“ in eine Aufschwungphase zu bringen.³⁹

Eingeleitet wurde der große wirtschaftliche Aufschwung zwischen 1953 und 1963 durch die zwei Steuersenkungen der Jahre 1954 und 1955, die Einführung der indirekten Investitionsförderung 1955, den Beginn des Autobahnbaus und die Ausgabe von „Volksaktien“⁴⁰ 1956. In weiterer Folge gesellten sich als Maßnahmen eine weitere Steuerabsenkung, die Konvertibilität des Schillings und eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs hinzu. Das österreichische „Wirtschaftswunder“ wurde zum einen durch eine für ausreichende Nachfrage sorgende Wirtschaftsentwicklung der anderen Industriestaaten begünstigt,⁴¹ zum anderen erwies es sich als Folge der Industrialisierung eines Niedriglohnlandes. Bei Produktion und Export wurde das Hauptaugenmerk auf Stahl, Magnesit, Holz, Holzfasernplatten und Papier gerichtet. Daneben nahm

³⁵ Binder, Von der „Rettung des Christlichen Abendlandes“ und „Europa in uns“, S. 403f.; Aufgrund der Anlehnung an die CDU spricht Kurt Skalnik in diesem Zusammenhang von der „deutschen Phase“ der ÖVP. Skalnik, Parteien, S. 208–210; Zu dieser Neupositionierung der ÖVP siehe weiters Kriechbaumer, Programme und Programmdiskussionen, S. 11f.; Stefan Karner, Die Österreichische Volkspartei. Ein Abriss ihrer Entwicklung 1945–1995, in: Andreas Khol – Reinhold Lopatka – Wilhelm Molterer (Hg.), ZUKUNFTSFEST. 60 Jahre Österreichische Volkspartei. Wien 2005, S. 23–67, hier S. S. 36–38.

³⁶ Robert Kriechbaumer, Die Geschichte der ÖVP, in: Robert Kriechbaumer – Franz Schaußberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Bd. 2. Wien – Köln – Weimar 1995, S. 11–101, hier S. 38–40.

³⁷ Die folgenden Punkte werden angeführt bei Sandgruber, Die Wirtschaft in der Nachkriegszeit, S. 179.

³⁸ Karner, Die Österreichische Volkspartei, S. 38f.; Kriechbaumer, Die Geschichte der ÖVP, S. 39.

³⁹ Karner, Die Österreichische Volkspartei, S. 39.

⁴⁰ Diese „Volksaktien“ kennzeichneten die erste kleine Privatisierungswelle in Österreich. Einzelne Betriebe aus dem früheren „Deutschen Eigentum“ wurden restrukturiert und ebenso auf dem Aktienmarkt verkauft wie Minderheitsanteile der großen verstaatlichten Banken. Karl Aiginger, Privatisierung in Österreich, in: Andreas Khol – Günter Ofner – Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996. Wien – München 1997, S. 349–360, hier S. 351.

⁴¹ Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1985, S. 121.

die Ansiedlung von Niedriglohn-Industrien aus der Textil-, Bekleidungs- und Schuhbranche in Österreich, wo das Lohnniveau im Verhältnis zur Qualifikation der Arbeiterschaft niedrig war, zu.⁴²

Zu Beginn der Sechzigerjahre machte sich in der österreichischen Gesellschaft ein zunehmender Gewöhnungseffekt an das mit dem „Raab-Kamitz-Kurs“ verbundene „Wirtschaftswunder“ bemerkbar. Während die Ansprüche stiegen, nahm die Flexibilität ab. Trotz einer wachsenden Konjunktur konnten die Budgetdefizite immer weniger in Grenzen gehalten werden.⁴³ Die Wahlniederlage des Jahres 1959 führte schließlich zu einer Krise der ÖVP. Julius Raab wurde nicht zuletzt deshalb kritisiert, weil sich die programmatischen Positionen der Partei mittlerweile auf den „Raab-Kamitz-Kurs“ reduziert hatten.⁴⁴ Als Reinhard Kamitz 1960 aus der Regierung ausschied und in die Nationalbank wechselte, verlor der „Raab-Kamitz-Kurs“ endgültig an Bedeutung.⁴⁵

Der „Raab-Kamitz-Kurs“ stellte eine Art freiheitlicher Weltanschauung dar und hatte sich als solche zur dominierenden Geisteshaltung seiner Zeit entwickelt. Zu seinen Verdiensten gehörte die Etablierung marktwirtschaftlicher Positionen; insofern behaupteten seine Befürworter nicht zu Unrecht, dass mit diesem Kurs die Soziale Marktwirtschaft in Österreich eingeführt wurde. Hans Seidel hat jedoch jüngst auf die Kehrseite hingewiesen: die in den bisherigen Darstellungen des „Raab-Kamitz-Kurses“ vernachlässigte Unvollkommenheit der damaligen Marktwirtschaft, die sich m. E. aus nach wie vor existenten christlich-sozialen Positionen der ÖVP und aus dem Bekenntnis zur großen Koalition mit der SPÖ ableitete:⁴⁶

- Verstaatlichte Industrie und verstaatlichte Großbanken spielten eine große Rolle.

- Sowohl die bestehende agrarische Marktordnung (der Agrarmarkt wurde von der heimischen Landwirtschaftspolitik autonom geregelt, die konkreten Bestimmungen der Marktordnung lagen in den Händen der Sozialpartner) als auch das Kartellrecht (anstatt eines Verbots- gab es ein Missbrauchsgesetz) und die Gewerbeordnung (der Zugang zum Gewerbe wurde durch Beschränkungen eingedämmt) schränkten die Wettbewerbsfreiheit ein.

- Mit der im Rahmen der Sozialpartnerschaft erfolgten Errichtung der „Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen“⁴⁷ im Jahr 1957 wurden wirtschaftspolitische Entscheidungen Gremien ohne verfassungsmäßige Kompetenz übertragen, deren Mitglieder ein Vetorecht hatten.

- Der Prozess der Importliberalisierung wurde zunächst lange hinausgezögert. Obwohl dieses Manko schließlich in relativ kurzer Zeit beseitigt wurde, blieb die Industrie in Österreich stark geschützt, waren die Liberalisierungslisten doch ein Produkt der Zusammenarbeit von Ministerien und Interessensverbänden.

Die österreichische Wirtschaftspolitik zur Zeit des „Raab-Kamitz-Kurses“ war zweifellos wirtschaftsliberaler als in der Wiederaufbauphase, jedoch unterschied sie sich stark von der wirtschaftspolitischen Praxis in Westdeutschland, wo man dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wesentlich näher kam. Allerdings ließ die Theorie der Praxis in einer Hinsicht sehr viel Spielraum: Die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft forcierten die soziale Sicherung marktwirtschaftlicher Abläufe, ohne eine theoretische Fundierung des Ausmaßes zu liefern.⁴⁸

⁴² Gunther Tichy, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik*, in: Wolfgang Mantl (Hg.), *Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Studien zu Politik und Verwaltung*, Bd. 10. Wien – Köln – Graz 1992, S. 707–722, hier S. 709f.; Vgl. auch: Butschek, *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, S. 119–128; Hanisch, *Der lange Schatten des Staates*, S. 437–439; Hildegard Hemetsberger-Koller, *Die Wirtschaftspolitik Julius Raabs als Bundeskanzler*, in: Alois Brusatti – Gottfried Heindl (Hg.), *Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen*. Linz 1986, S. 279–292, hier S. 286–289.

⁴³ Tichy, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik*, S. 709f.

⁴⁴ Kriechbaumer, *Die Geschichte der ÖVP*, S. 42.

⁴⁵ Tichy, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik*, S. 710.

⁴⁶ Zum Folgenden vgl. Hans Seidel, *Österreichische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*. Wien 2005, S. 564–584.

⁴⁷ Zur „Paritätischen Kommission“ siehe Gerald Schöpfer – Irmgard Hagenhofer, *Staatliche Sozialpolitik und Sozialpartnerschaft 1945–1955*, in: Stefan Karner – Gottfried Stangler (Hg.), *„Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg 2005*. Horn – Wien 2005, S. 201–205, hier S. 203.

⁴⁸ Vgl.: Butschek, *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, S. 110; Seidel, *Österreichische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 564.

Unabhängig von seiner rudimentären marktwirtschaftlichen Praxis war der „Raab-Kamitz-Kurs“ insofern für die Geschichte der Zweiten Republik von entscheidender Bedeutung, als er in hohem Maße für die Konsolidierung der Wirtschaft und die Bildung eines Staatsbewusstseins verantwortlich zeichnete. Durch seine Auswirkungen konnte der Beweis für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit Österreichs angetreten werden, jene Komponente also, deren Fehlen sich so verheerend auf die politischen Geschehnisse der Ersten Republik ausgewirkt hatte.⁴⁹

Resümee

Der Wirtschaftsliberalismus hatte im christlich-konservativen Lager durchaus Tradition. Mit der Abkehr vom sozialromantischen Ideengut Vogelsangs hatte er noch vor dem Ersten Weltkrieg erste Wurzeln geschlagen, und mit der Regierungstätigkeit der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik avancierte er zu einem deutlich erkennbaren Instrument der politischen Praxis, das in der Programmatik aufgrund der dogmatisch bedingten Abgrenzung des Katholizismus vom klassischen Liberalismus allerdings nicht rezipiert wurde. Diese Tendenz setzte sich auch hinter dem antikapitalistischen Anstrich des Ständestaates fort.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bot sich der ÖVP die Idee der Sozialen Marktwirtschaft, eine Synthese aus Neoliberalismus und christlicher Soziallehre, als Mittelweg zwischen Liberalismus und Sozialismus an. Im Gegensatz zur Christlichsozialen Partei wies die Programmatik ihrer Nachfolgerpartei von Anfang an – in ihrer Frühphase zugegebenermaßen noch zaghafte – wirtschaftsliberale Positionen auf. Der „Raab-Kamitz-

Kurs“ symbolisierte schließlich den vorläufigen Abschluss einer Entwicklung, die durch NS-Herrschaft und Zweiten Weltkrieg unterbrochen, durch deren Folgen gleichzeitig aber auch begünstigt wurde. Aus dem politischen Arm der Kirche war eine Sammelpartei bürgerlicher Prägung geworden, die ihre wirtschaftsliberale Gesinnung in Theorie und Praxis offen zur Schau tragen konnte. Dass der „Raab-Kamitz-Kurs“ das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft letztlich aber doch recht unvollkommen in die Praxis umsetzte, hatte er einerseits einer Kontinuität zum christlich-sozialen Denken, andererseits einem entscheidenden Wandel im Vergleich zur Ersten Republik zu „verdanken“. Im österreichischen Sondermodell der Sozialpartnerschaft spiegelte sich ein Element der christlichen Soziallehre wieder, das sowohl den Intentionen Karl von Vogelsangs als auch jenen Leos XIII. und Pius' XI. entsprach: das Streben nach Konfliktfreiheit und Harmonie. Auf dieser Grundlage basierte auch der Einfluss des Koalitionspartners SPÖ, der sich im Gegensatz zur Ersten Republik der Regierungsverantwortung nicht versagte, jedoch mit einer liberalen Wirtschaftspolitik ideologisch nicht konform ging und die ÖVP zu Kompromissen zwang. Daraus ergab sich eine Einschränkung marktwirtschaftlicher Positionen.

In Anbetracht der liberalen Tradition im christlich-konservativen Lager und der durch ihn vollzogenen Wende in der österreichischen Wirtschaftspolitik nach 1945 handelte es sich beim „Raab-Kamitz-Kurs“ zweifellos um eine Art liberaler Politik, wenn auch in einer speziellen, österreichischen Ausformung. Er wurde daher am ehesten dem Attribut „austro-liberal“ gerecht.

⁴⁹ Tichy, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik*, S. 710.

Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter

Teilweise überarbeitete Auszüge aus:

LIBERALISMUS IN EUROPA

(Herold: Wien/München, 1984)

Zum Begriff des Liberalismus

Viel einfacher als die Beantwortung der Frage, was denn der Liberalismus sei, fällt eine Erinnerung daran, was er einmal war. Mit den geistigen Grundlagen der Philosophie der Aufklärung war er Antriebskraft für Revolutionen, die die Emanzipation des Bürgertums zur Überwindung des absolutistischen Fürstenstaates zum Ziel hatten. Als gesamteuropäische Bewegung des frühen 19. Jahrhunderts hat sich der Liberalismus historische Verdienste um die Ausbildung des modernen Verfassungsstaates, um eine die persönliche Freiheit und die Rechte des Einzelnen garantierende Rechtsordnung, um die Meinungs- und Pressefreiheit und die Entstehung einer marktorientierten Industriegesellschaft unter Wahrung des Privateigentums erworben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bildete er in mehreren Ländern die staatstragende Macht. Der klassische Kanon liberaler Forderungen war um die Jahrhundertwende weitgehend zur Selbstverständlichkeit geworden, was sich bis heute nicht geändert hat: Die Grundsätze des Liberalismus bilden die Grundlage aller westlichen politischen Systeme.

Zunächst hatte der Kampf um politische Freiheits- und auch Gleichheitsrechte Liberale und Sozialisten zusammengeführt, während die Erhaltung des Privateigentums gemeinsames Interesse von Liberalen und Konservativen war. Schon hier liegt eine Wurzel für die in der liberalen Bündnispolitik zum Ausdruck kommende Ambivalenz. Als Selbstverständlichkeiten hatten die liberalen Prinzipien außerdem aufgehört, als spezifisch liberal zu gelten, was sich fraglos zum Nachteil des parteipolitisch organisierten Liberalismus auswirkte. Da sich Konservative und Sozialdemokraten wesentliche Momente seines klassischen programmatischen Kapitals „gleichsam parasitär“ aneigneten,

„standen die Liberalen – schon damals – da als eine Partei mit nobler Vergangenheit, aber ohne Zukunft“.

Diese These von der historischen Erschöpfung des Liberalismus sollte sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts nicht immer nur aus dem politischen Kalkül seiner Gegner noch häufig wiederholen, wenn auch unter verschiedenen Etiketten: „Existenzunfähigkeit“, „Identitätskrise“ oder „Überflüssigkeit“.

Zwar gelten die liberalen Parteien als die ersten Programmparteien, doch musste nach der geschilderten Entwicklung die Programmatik verblasen, konnte weniger präzise als jene rivalisierender Ideologien formuliert werden und besaß nicht jene Systematik, wie sie etwa besonders dem Marxismus zu Eigen ist. War zum Beispiel die katholische Sozialbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch als Reaktion auf den liberalen Vorstoß zu werten, wurde der Liberalismus später seinerseits von den Konservativen als lästiger Konkurrent im bürgerlichen Läger in die Defensive gedrängt. Eine „Entideologisierung“ und die Ausbildung von „Volksparteien“ in der politischen Mitte nützten der Sozialdemokratie am meisten, da sie ihre Abgrenzung gegenüber liberalen, konservativen und christlich-demokratischen Parteien verringerte, jene gegenüber kommunistischen Parteien aber verschärfte. Im Konkurrenzkampf zwischen Konservatismus und Sozialdemokratie drohte der Liberalismus in vielen Ländern aufgegeben zu werden, hielt sich aber schließlich doch fast überall zumindest als dritt- oder viertstärksten politische Kraft.

Wenn liberale Parteien trotz der These von der Erfüllung der historischen Mission des Liberalismus und in Anbetracht der oben geschilderten Grundbedingungen in Europa bis zum heutigen Tag politisch „überlebten“, so muss nach den Funktionen gefragt werden, die von

diesen Kräften ausgeübt werden. Obwohl eine systematische Unterscheidung von aktiven und passiven, subjektiv gewollten und objektiv erfüllten Funktionen schwerlich zu treffen sein wird und im Einzelfall erst durch Nachwahlenanalysen oder das Urteil von Historikern erfolgen kann, lassen sich doch einige Haupttypen anführen und durch Beispiele illustrieren.

Korrektiv-Funktion: Die Rolle eines „liberalen Korrektivs“ kann immer nur im Hinblick auf eine in Aussicht genommene oder bereits bestehende Zusammenarbeit mit einem der großen Parteiblöcke gesehen werden. Für die bundesdeutsche F.D.P., die oft für eine Regierungsbildung benötigt wurde, bedeutete diese Funktion in den fünfziger und sechziger Jahren konkret das Korrektiv zur CDU und meinte erstens die –Verhinderung einer SPD-geführten Bundesregierung, zweitens die Begrenzung der wirtschafts- und sozialpolitischen Einflussmöglichkeiten der „linken“ Sozialausschüsse in der CDU-geführten Bundesregierung. Von 1969 bis 1982 war die Korrektiv-Funktion – man könnte sie auch „Bremser-Funktion“ nennen – auf die Sozialdemokraten bezogen. Eine Nachwahlenanalyse der Bundestagswahlen vom März 1983 lieferte empirische Belege dieser staatspolitischen Korrektivrolle. Danach waren Inhalte und Aussagen der F.D.P. im Wahlkampf für die Entscheidung ihrer Wähler relativ belanglos, vielmehr schien die Einschätzung der Partei als „politikneutrales Korrektiv“ das Stimmverhalten geleitet zu haben, weshalb die Wahlforscher von einer Verankerung der F.D.P. als „Ausgleichsfaktor im Parteienspektrum der Bundesrepublik“ sprachen.

Funktion der „dritten Kraft“: Im Selbstverständnis mancher liberaler Parteien – so auch der Freiheitlichen in Österreich bis zur Zeit der ersten freiheitlichen Regierungsbeteiligung – zielt diese Funktion auf „Äquidistanz“, also gleichen ideologischen Abstand zu den beiden politischen Hauptströmungen. Da sich die Konzeption der dritten Kraft (und nach dem Einzug der Grünen ins Parlament auch der vierten Kraft) später allenfalls mit Gegenpositionen zu sachpolitischen Einzelthemen, aber kaum mehr schlüssig mit einer eigenständigen und umfassenden ideologisch-programmatischen Alternativhaltung begründen ließen, ist hinter dieser Rolle politischer Pragmatismus im Sinne der strategischen Maximierung des politischen Einflusses zu vermuten. Das Ziel war – wie bei der FPÖ bis 1983 – ein Offenhalten für jede Koalition. Die deutsche F.D.P.

trachtete diese Funktion durch wechselnde Koalitionen aufrechtzuerhalten. Im Vordergrund stand dabei nicht die Vergrößerung des Wähleranteils zum Zweck der Einflussmaximierung, sondern umgekehrt die Sicherung der Einflussmöglichkeit durch allseitige Koalitionsfähigkeit. Das Modell der dritten Kraft bildet bei ohnehin geringer Parteistärke besonders im Falle von Prozentklauseln eine ständige Existenzgefahr. Eng verbunden ist mit einer solchen Funktion der vom politischen Gegner geprägte Begriff der „Umfaller-Partei“.

Funktion der Protestpartei: Unzufriedenheit mit versteinerten Strukturen in „alteingesessenen“ Großparteien prädestinierte die Liberalen nicht selten als Auffangbecken für die Stimmen von „Protestwählern“. Diese Rolle bekleideten beispielsweise lange die Liberalen in Großbritannien. Auch Sonderfälle wie große Koalitionen erhöhen durch Überdruß von Wechselwählern am „Proporz“ oder an der Unbeweglichkeit der Entscheidungsträger diesbezügliche Chancen von kleineren Oppositionsparteien. Seit dem Auftreten von neuen, meist ökologischen und direkt-demokratisch orientierten Parteigruppierungen und populistischen Parteien in vielen Ländern dürfte diese Rolle obsolet werden. Außerdem ist klar, dass mit der Häufigkeit von Regierungsbeteiligungen die Funktion der Protestpartei überhaupt verloren geht.

Die Ursprünge des Liberalismus: Die Liberalen als Verfassungspartei

Die Ursprünge des Liberalismus als politische Bewegung liegen zweifellos im Zeitalter der Aufklärung. Zwar gab es auch in früheren Epochen der Geschichte Gesellschaftssysteme, die liberalen Wertvorstellungen zuweilen eine gewisse Entfaltungsmöglichkeit geboten hatten, doch erst das 18. Jahrhundert und die Ideen der Aufklärung schufen die Grundlagen für eine die führenden Schichten fast ganz Europas umspannende Bewegung, die eine systematische Verwirklichung rationaler Ordnungsprinzipien auf ihre Fahnen geschrieben hatte, darunter, um nur die wichtigsten zu nennen, Gewaltentrennung, religiöse Toleranz, Befreiung der Wirtschaft von ihren merkantilistischen Schranken und des Individuums von der Willkür staatlich-bürokratischer Apparate und ständisch-korporativer Gewalten. Das Zeitalter der Aufklärung stellte die Reformer allerdings zugleich vor ein ernstes Dilemma. Sollte die Verwirklichung ihrer Anliegen vom Reformeifer

aufgeklärt-absolutistischer Herrscher erhofft werden oder barg nicht vielmehr die Ausdehnung der staatlichen Lenkungsfunktionen auf immer weitere Bereiche der Gesellschaft die größeren Gefahren in sich? Den ständischen Repräsentativorganen wiederum, die einst berufen gewesen waren, dem Machtanspruch des Herrschers Einhalt zu gebieten, und nunmehr bestrebt waren, im Sinne der Gewaltenteilung diese Funktion zurückzugewinnen, haftete zumeist der Schönheitsfehler an, dass sie sich in der Hand jener Gruppen befanden, deren Privilegien ebenfalls Zielscheibe aufklärerischer Kritik geworden waren: Feudaladel, Staatskirche, zünftische Korporationen und merkantile Monopolisten.

Dem Dilemma des zwischen der Skylla des monarchischen Regierungsmonopols und der Charybdis des ständischen Privilegienschachers hindurchsteuernden Frühliberalismus folgte die Flurbereinigung nach 1789. Weder die Französische Revolution, die ihre liberalen Anfänge bald verließ und in eine Terrorherrschaft entartete, noch die Ära Napoleons, ein in Gigantomanie gesteigerter aufgeklärter Absolutismus, waren geeignet, den Idealen des Frühliberalismus Genüge zu tun. Indem die revolutionäre Ära das Ende des aufgeklärten Absolutismus brachte, machte sie jedoch die Stoßrichtung der folgenden Jahrzehnte deutlich. Den misstrauisch gewordenen Staatsapparaten des Biedermeiers, die nur mehr die bürokratischen Formen, nicht jedoch den aufklärerischen Inhalt ihrer Vorgänger übernommen hatten, wurden keine Reformhoffnungen entgegengebracht. Im Gegenteil: die aus einer übersteigerten Revolutionsfurcht geborenen Versuche einer immer stärkeren Kontrolle der Untertanen mit all ihren Schikanen und ihrer Misswirtschaft entfremdeten einen großen Teil gerade der gebildeten Schichten dem Staate. Das Ziel aller liberalen Bewegungen auf dem europäischen Kontinent musste hinfort lauten, dem Staatsapparat Fesseln anzulegen und ihn unter öffentliche Kontrolle zu bringen, mit einem Wort, die monarchische Gewalt an eine Verfassung zu binden. Die Erlassung einer Konstitution war den Völkern Europas 1815 noch unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Aussicht gestellt worden; nicht überall wurde das Versprechen auch eingehalten und selbst dort, wo es zu einer Wiederbelebung alter ständischer Repräsentationsformen oder neu geschaffenen Substituten kam, waren die Befugnisse der präparla-

mentarischen Körperschaften meist auf eine beratende Funktion beschränkt. Minimalforderungen der liberalen Opposition überall in Europa waren die Garantie der Grundrechte und die Verwirklichung der Forderungen der Gewaltentrennung: eine unabhängige Rechtsprechung und frei gewählte Repräsentativkörperschaften, denen die Teilhabe an der Gesetzgebung und als zentrales Druckmittel gegenüber der Regierung das Steuerbewilligungsrecht zukommen sollte. Offen blieb zumeist noch die Frage, ob der Monarch als Oberhaupt der Exekutive seine Regierung aus dem Kreis oder zumindest nach dem Willen der Parlamentsmehrheit zu ernennen gezwungen sein sollte oder ob die liberale Parlamentsmehrheit bereit war, ihm im Sinne der Gewaltentrennung bei der Auswahl seiner Ratgeber freie Hand zu lassen – ein Problem, das in fast allen konstitutionell regierten Staaten Europas Anlass zu Verfassungskonflikten bieten sollte. Über das verfassungsrechtliche Problem der Ministerverantwortlichkeit hinaus kam bei der Frage der Parlamentarisierung konstitutioneller Monarchien (wie sie im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn scheiterte, in den meisten übrigen europäischen Staaten sich aber durchsetzte) jedoch auch der Parteienstruktur eine Schlüsselrolle zu. Gab es solide Majoritäten, die ihr Budgetrecht rücksichtslos auszunutzen verstanden, oder war ein zersplittertes Parteienspektrum unfähig, einem verfassungsrechtlich bedenklichen Vorgehen der Regierung eine geeinte Abwehrfront entgegenzustellen wie etwa in Österreich-Ungarn?

Wortführer der Liberalen waren im Allgemeinen Repräsentanten des akademisch gebildeten Bürgertums. Zu Berühmtheit gelangten etwa die „Göttinger Sieben“, Universitätsprofessoren im Konflikt mit der Hanoverschen Regierung, unter ihnen auch die Gebrüder Grimm; eine große Rolle spielten naturgemäß Juristen. Die Sympathien eines großen Teils des Wirtschaftsbürgertums, von Kaufleuten bis hin zu den ersten Industriellen, waren den Liberalen wohl zumeist sicher, ohne dass es eine seiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Rolle auf der parlamentarischen Bühne übernommen hätte, doch umfassten die Reihen der Liberalen vor allem in Mitteleuropa auch eine Reihe von Gutsbesitzern, Kleinadeligen und Beamten. Das waren Schichten, ohne deren Kooperation das Regieren für die Herrschenden recht mühsam werden konnte (ein Gradmesser etwa war die Bereitschaft des Publikums,

Staatsanleihen zu zeichnen), die aber in den seltensten Fällen durch revolutionären Elan glänzten. Änderungen des Systems im Sinne der Liberalen ergaben sich daher zumeist auch nicht als Folge direkter revolutionärer Umstürze, wie sie als Zeichen des auch wirtschaftlich motivierten Massenprotests etwa am Beginn der Revolution von 1848 standen, sondern als Folge äußerer Ereignisse, einer Schwächung beziehungsweise des Zusammenbruchs des Staatsapparates durch militärische Niederlagen, oder als „vorweggenommene Revolution“ aufgrund der Beispielwirkung der Ereignisse in anderen Hauptstädten. So ergab sich etwa die paradoxe Situation, dass die Revolution von 1848 bleibende Auswirkungen gerade in jenen Staaten zeitigte, die von ihr fast unberührt geblieben waren, nämlich den Niederlanden und Dänemark, während etwa in Frankreich und Österreich ihre politischen Errungenschaften in Kürze wiederum verloren gingen.

In weiten Teilen Europas wurde der Kampf um die Verfassung jedoch noch von einem weiteren Problem in den Schatten gestellt. Nicht nur, dass es die Verfassung, die die Liberalen anstrebten, noch nicht gab, es gab auch jenen Staat noch nicht, den sie ersehnten, den gemeinten Nationalstaat nämlich, der alle Angehörigen einer Nation (definiert als Sprach- oder Kulturnation) in seinen Grenzen beherbergte. Zwischen liberalem und nationalem Gedankengut ist nachträglich, teils durch eine bewusst diffamierende Gleichsetzung mit rassistischer Diskriminierung und religiöser Intoleranz, oft ein prinzipieller Widerspruch konstruiert worden. Dieser wird jedoch nicht nur durch die historische Entwicklung empirisch widerlegt, wo beide Strömungen nicht zuletzt unter dem Einfluss der Romantik zu einer nationalliberalen Bewegung verschmolzen, die sich schwerlich in Einzelbestandteile zerlegen lässt; auch auf der grundsätzlichen Ebene ergab sich das nationalstaatliche Prinzip mit logischer Konsequenz aus den Prämissen der Liberalen: Je mehr sich die Liberalen nämlich dem Gedanken der Volkssouveränität verbunden fühlten, um so weniger mussten ihnen die alten Staatengebilde, die gerade in Mitteleuropa zumeist das Resultat zufälliger dynastischer Erbfolge und willkürlicher Territorialverschiebungen darstellten, als auf ewig verbindlich erscheinen. Nicht der Untertanenverband, sprich die „Staatsnation“, sondern die unabhängig von staatlichem Einfluss entstandene kulturell-sprachliche Einheit eines Volkes bot sich als Kriterium

und Abgrenzungsmerkmal an! Zwar waren die Liberalen des 19. Jahrhunderts nur zu einem kleinen Teil überzeugte Republikaner; sie relativierten das monarchische Prinzip der Legitimität jedoch und versuchten es dem nationalen Einheitsstreben unterzuordnen. Wie sehr in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dann das nationale Gedankengut von den nationalliberalen Parteien – und als solche lassen sich zu Beginn fast alle liberalen Gruppierungen in Europa bezeichnen – in den Vordergrund gerückt wurde, bis es schließlich in vielen Fällen wirklich mit liberalen Grundsätzen in Konflikt geriet, hing vor allem davon ab, wie groß die Widerstände waren, die sich der Verwirklichung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit entgegenstellten. Handelte es sich bei den „älteren“ Nationalstaaten Westeuropas wie zum Beispiel Frankreich und Großbritannien nahezu um Selbstverständlichkeiten, so ergaben sich im ethnisch zersplitterten Mittel- und Osteuropa eine Kette von Verwicklungen, die keine so unproblematische Entwicklung zuließen. Am schärfsten traten die Zielkonflikte zwischen liberalen und nationalen Idealen dabei in den gemischtsprachigen Gebieten etwa der österreichisch-ungarischen Monarchie zutage, wo die Frage der nationalen Abgrenzung zudem meist untrennbar mit weiteren (sozialen, religiösen, machtpolitischen) Problemkreisen verwoben war. Beispiele für derartige Sprachkonflikte bietet jedoch selbst die im übrigen äußerlich so ruhig verlaufende skandinavische Geschichte wie etwa jene der eine Zeitlang dominanten schwedischen Minderheit in Finnland; ja selbst in Norwegen entwickelte sich der Streit um die Anerkennung und Durchsetzung verschiedener Regionaldialekte zu einer der Determinanten der politischen Struktur des Landes.

In der Außenpolitik schließlich machten die Liberalen, als sie zur herrschenden Partei aufgestiegen waren, die heute kaum mehr verwundernde Erfahrung, dass von der internationalen Solidarität in den Anfangsjahren der Bewegung, von der vielgerühmten „*fratellanza dei popoli*“ (Mazzini), angesichts der Eigendynamik des Staatensystems nicht mehr viel übrig geblieben war.

Auch verfügten die zur Macht gelangten „Verfassungsparteien“ nur über begrenzte Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Maximen, da die Kräfte der alten Ordnung im Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen, einschließlich der Sicherheitspolitik – zum Teil formell durch die Verfassungen

gedeckt, zum Teil informell über die Rekrutierungsmodalitäten für Spitzenpositionen –, ein relativ großes Maß an Einfluss behaupten konnten. Geleitet von dem Bestreben, sich als „Staatsparteien“ zu profilieren, gaben sich überdies die Liberalen vielfach mit einer bloß oberflächlichen Parlamentarisierung der außenpolitischen und militärischen Sphäre zufrieden und leisteten damit der Geheimdiplomatie und undurchsichtigen Aktivitäten der Generalstäbe Vorschub. Aus den Ambitionen, nationale Interessen entsprechend vertreten zu wollen, lässt sich aber auch zum Teil erklären, warum gerade das dynamisch-expansive Moment des Imperialismus zu einer Versuchung werden sollte, der die Liberalen ebensowenig widerstehen konnten wie Vertreter anderer weltanschaulicher Positionen.

Die Freisinnigen Parteien Kontinentaleuropas

Wenn auch die Unzufriedenheit mit den politischen Systemen des Vormärz dazu angetan war, auf Seiten der Gegner des alten Regimes ein Gefühl der Solidarität entstehen zu lassen, so erwies sich die integrative Wirkung dieser Protesthaltung in der Folgezeit nur allzu schnell als zu schwach. Denn für die generellen Forderungen der Liberalen nach einer Konstitution und der Garantie der Grundrechte engagierten sich auch Anhänger politischer Strömungen, die Teilen der darüber hinaus reichenden gesellschaftspolitischen Programmatik, wie etwa dem Verlangen nach wirtschaftlicher Freizügigkeit oder der Trennung von Kirche und Staat, skeptisch oder sogar ablehnend gegenüberstanden. Das stellte sich in größerem Ausmaß erstmals bereits im Verlauf des Revolutionsjahres 1848 heraus, als der um die politische Berechtigung des gehobenen Bürgertums kämpfende Liberalismus zwischen zwei Fronten geriet. Auf der einen Seite formierten sich die Kräfte der Gegenrevolution zum Widerstand, auf der anderen Seite ließ eine von Massenprotesten der handarbeitenden Schichten getragene zweite Welle der Revolution die bürgerlichen Honoratioren um das Erreichte fürchten. Unter diesen Bedingungen gelang es der Gegenrevolution binnen kurzem, das Heft wiederum in die Hand zu bekommen. (Nur in jenen Territorien, wo der Kampf gegen den Absolutismus zugleich auf eine Befreiung von nationaler Fremdherrschaft abzielte, bewahrte die revolutionäre Bewegung ein hohes Maß an Einheit und scheute auch vor einem bewaffneten Kon-

flikt nicht zurück, erwies sich jedoch letzten Endes ebenfalls als unterlegen.)

Trotz des Triumphes der gegenrevolutionären Waffen ließ sich das Rad der Geschichte allerdings nicht mehr zurückdrehen. Dieser Einsicht konnten sich auch die als Überwinder der Revolution etablierten semikonstitutionellen oder neoabsolutistischen Regimes nicht verschließen, weshalb sie einige der Errungenschaften von 1848 beibehielten und durch Reformen, vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiet, den Forderungen der Liberalen entgegenzukommen trachteten. So wurden die Abkehr vom Protektionismus und der schrittweise Übergang zum Freihandel gerade in den größeren ökonomischen Einheiten Europas schon von den nachrevolutionären konservativen Regierungen eingeleitet. Die daran geknüpften Hoffnungen, einerseits die Leistungsfähigkeit des Staatsapparates zu steigern, andererseits die liberale Opposition zu neutralisieren, gingen allerdings nur zum Teil in Erfüllung. Letztlich setzte sich die konstitutionelle Regierungsform in allen Staaten Europas mit Ausnahme Russlands in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts durch, wobei liberalen Parteien im neu entstandenen parlamentarischen Leben in der Regel eine dominierende Stellung zufiel.

Allerdings herrschten in den Reihen der „Verfassungsparteien“ erhebliche Differenzen über die weitere Ausgestaltung des Staatswesens. Während die konstitutionelle „Rechte“ dahin tendierte, die Exekutive nur der Kontrolle durch die legislativen Versammlungen zu unterwerfen und dem Monarchen eine Reihe von Prärogativen zu belassen, drängte die demokratische „Linke“ auf eine möglichst weitreichende Parlamentarisierung aller Sphären des Staatsapparates einschließlich des militärischen Bereichs. Entsprechende Unterschiede kennzeichneten auch ihre Einstellung zur Frage der Ausgestaltung des Wahlrechts. Den liberalen Honoratioren erschien eine Repräsentanz des Volkes durch Vertreter von „Besitz und Bildung“ vorerst durchaus hinreichend, um die Absicherung und Weiterentwicklung der liberalen Errungenschaften zu gewährleisten. Sie zeigten nur geringe Bereitschaft, das Wahlrecht durch einen Abbau des Zensus auszuweiten, und stützten sich dabei auf die Überlegung, erst ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit verbürge eine wirklich freie Wahlentscheidung. Diese Behauptung konnte angesichts der immer noch stark patriarchali-

schen Herrschaftsverhältnisse insbesondere in ländlichen Gebieten auch auf eine gewisse Plausibilität verweisen, sie war jedoch zweifellos auch nicht frei von taktischen Erwägungen. Die linksliberalen demokratischen Gruppierungen hingegen verfolgten nicht nur im Hinblick auf politische Mitbestimmung einen egalitären Kurs, sondern entwarfen auch sozialreformatorsche Programme, die eine aktive staatliche Hilfestellung für unterprivilegierte Bevölkerungsschichten einschlossen.

An die Macht gelangt, verstrickten sich die Verfassungsparteien in fast allen Staaten Kontinentaleuropas überdies in einen Konflikt mit der katholischen Kirche, der über viele Jahrzehnte mit einer noch viel größeren, für die Nachwelt oft unverständlichen Erbitterung geführt wurde, als sie die „soziale Frage“ hervorrief, und seine Nachwirkungen bis weit ins zwanzigste Jahrhundert zeitigte. Dieser so genannte „Kulturkampf“ erreichte seinen ersten Höhepunkt mit dem päpstlichen „Syllabus Errorum“ von 1864, welcher den Liberalismus in Bausch und Bogen verdammt, und tobte in einem zähen Ringen vor allem um den beherrschenden Einfluss auf das Unterrichtswesen, bisher meist ein Monopol des Klerus. Gegen den Versuch kirchlicher Einflussnahme auf ihr nach liberaler Auffassung nicht zustehende Belange – nur in Einzelfällen jedoch im Kampf gegen die Kirche selbst – profilierten sich die liberalen Parteien in all jenen Ländern, die entweder überwiegend katholisch waren oder zumindest starke katholische Minderheiten aufwiesen (wie das Deutsche Reich oder die Niederlande) als freisinnige Parteien – eine Bezeichnung, die in Zukunft für alle Parteien dieses Typs unabhängig von ihrem offiziellen Namen Verwendung finden soll. Die Gegnerschaft der katholischen Kirche verband sich auf weite Strecken zudem mit der Abwehrreaktion der ab den siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts von massiven Agrarimporten betroffenen Bauernschaft (und zum Teil auch der kleinen Gewerbetreibenden, welche der Konkurrenz der Industrie nicht gewachsen waren). Ihr Protest gegen die städtische, von Beamten und Unternehmern maßgeblich bestimmte Repräsentanz der Liberalen fand seine Wortführer nicht selten im niederen Klerus. Ursprünglich vom Zensuswahlrecht benachteiligt – mit Ausnahme Frankreichs und des Deutschen Reiches –, gewannen die agrarisch orientierten katholischen Volksparteien Hand in Hand mit der Ausweitung des

Wahlrechts zunehmend an Bedeutung und lösten in den Jahren unmittelbar vor beziehungsweise nach dem Ersten Weltkrieg in Gestalt der christdemokratischen Massenparteien die Liberalen in fast allen europäischen Staaten als führende politische Kraft ab.

Erst als Reaktion auf die Bedrohung ihrer Stellung begannen auch die liberalen Parteien, sich auf eine stabilere organisatorische Grundlage zu stellen, während sie in der Zeit ihrer größten Erfolge wenig mehr gewesen waren als lose parlamentarische Vereinigungen von Abgeordneten, die sich allenfalls auf lokale Honoratiorenverbände (wie z.B. ad hoc gegründete Wahlvereine) stützen konnten. Dieser Versuch, es der Konkurrenz nunmehr im Aufbau des strukturellen Gerüsts moderner, zentralisierter Parteien gleichzutun, trug einen ausgesprochen defensiven Charakter, lief ihren individualistischen Traditionen zuwider und war nicht selten mit inneren Widerständen verbunden.

Das oft schlagartig vor sich gehende Erstarken der sozialistischen Bewegungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges machte die Liberalen zwar in der Zwischenkriegszeit in den meisten Staaten zu unabdingbaren Koalitionspartnern, die starren Fronten des stark polarisierten politischen Systems boten ihnen in der Regel jedoch wenig Möglichkeiten, ein eigenständiges Profil zu entwickeln. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung ging daher selbst dort deutlich zurück, wo ihnen nicht wie in Italien und Deutschland von den faschistischen Bewegungen die Basis entzogen wurde.

Die Phase des Wiederaufbaus unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum stand anfangs stark im Zeichen sozialreformatorsch-dirigistischer Vorstellung beziehungsweise aus der Widerstandsbewegung heraus geborener „Großer Koalitionen“ zwischen Sozialisten und Katholiken (Christdemokraten), bei denen die Mitarbeit der Liberalen – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle spielte. Erst nach der Überwindung der Notsituation der ersten Nachkriegsjahre vermochte sich die Forderung nach größeren individuellen Freiheitsrechten und Gestaltungsmöglichkeiten wiederum Gehör zu verschaffen. So erlebten die liberalen Parteien gegen Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre eine unübersehbare Renaissance. Diese aufsteigende Linie erfuhr gegen Ende der sechziger Jahre einen Bruch, ausgelöst durch die ideologische Polarisierung der so genannten „68er-Generation“, die

zu heftigen Konflikten gerade innerhalb jener Bildungselite Anlass gab, die einen wichtigen Teil der liberalen Klientel ausmacht. Wieweit ein diesen Strömungen Rechnung tragender Linksliberalismus sich gegenüber radikaleren Richtungen behaupten und eine eigenständige Existenz sichern kann, erschien infolge des Entstehens neuer „alternativer“ wie „grüner“ Bewegungen aufs neue in Frage gestellt. Parteien, deren Kurs mehr den klassischen Rezepten des Liberalismus folgt, konnten hingegen angesichts der Krise einer staatlichen Verteilungs- und Bevormundungspolitik, die nur bei stetigem Wachstum auch finanzierbar ist, ab der Mitte der siebziger Jahre mit ihrer oberflächlich als unpopulär geltenden „Entstaatlichungspolitik“ in einigen Ländern erstaunlich große Wahlerfolge verbuchen.

Entwicklung liberaler Parteien im Deutschen Reich und in Österreich (bis etwa 1980)*

Auf dem Gebiet des Deutschen Bundes hatten die liberalen Strömungen vor 1848 nur in einigen der kleineren Territorien über wirklichen politischen Spielraum verfügt. In Österreich, das sowohl ihren liberalen als auch ihren nationalen Aspirationen misstraute, fanden sie gar keine legalen Einflussmöglichkeiten vor, nur sehr eingeschränkte in Preußen. Ein Kristallisationspunkt für die liberale Opposition bot sich dort erst mit dem Vereinigten Landtag des Jahres 1847, der erstmals einberufen werden musste, um eine große Eisenbahnleihe bewilligen zu lassen, welche von den liberalen Deputierten vor allem aus Ostpreußen und dem Rheinland jedoch zu Fall gebracht wurde.

Die von der ökonomischen Notsituation (Hungersnöte 1844 bis 1847) und dem französischen Vorbild angeheizte Volksbewegung der Märztage des „Sturmjahres“ 1848 führte zwar binnen weniger Tage in fast allen deutschen Staaten zur Bildung von Kabinetten, die im Ruf standen, den konstitutionellen Forderungen der Liberalen aufgeschlossen gegenüberzustehen. Ein gesamtdeutsches Parlament trat in der Frankfurter Paulskirche zusammen, vermochte jedoch keine eigene Exekutive ins Leben zu rufen. Es gelang den liberalen Honoratioren nicht, die Volksbewegung unter ihrer Füh-

rung in geordnete Bahnen zu lenken und die Errungenschaften des „Völkerfrühlings“ 1848 zu stabilisieren. Radikal-demokratische Kräfte am linken Flügel, neuerliche Unruhen und das prompte militärische Einschreiten der Gegenrevolution, die auf die Passivität eines Großteils der ländlichen Bevölkerung setzte, ließen sie den Boden unter den Füßen verlieren. Selbst der auf die Lösungsvorschläge der preußischen Regierung eingeschwenkten Mehrheit der gemäßigten kleindeutschen Gruppierungen des Frankfurter Parlaments, die sich im darauf folgenden Jahr in Gotha zusammenfand, wurde als halbrevolutionäre Institution die Anerkennung versagt.

Anstelle der Verfassungsentwürfe, welche die auf Grund eines erstaunlich breit gestreuten Wahlrechts entsandten Abgeordneten der „Paulskirche“ beratschlagt hatten, traten in den einzelnen deutschen Teilstaaten von oben oktroyierte Konstitutionen in Kraft, die den monarchischen Prärogativen breiten Raum ließen. In Preußen wurde das bis 1918 bestehende Dreiklassenwahlrecht eingeführt (ohne eine liberale Mehrheit im Landtag deshalb auf Dauer verhindern zu können), in Österreich 1851 selbst die ohnehin schon oktroyierte Verfassung formell aufgehoben, während ein Konkordat die Schulen der rigorosen Kontrolle des Klerus unterwarf. Nicht einmal der Neoabsolutismus konnte freilich umhin, auf die Zeichen der Zeit zu reagieren und zumindest auf manchen Gebieten den Wünschen der Liberalen nachzukommen: So erfolgte zum Beispiel noch unter seiner Ägide 1859 die Einführung der Gewerbefreiheit in Österreich und die weitgehende Liberalisierung des Außenhandels.

Die außenpolitischen Niederlagen der Habsburger 1859 und 1866 gaben auch den Anstoß zu einer inneren Umgestaltung des Reiches im konstitutionellen Sinn: Sehr bald stellte sich dabei heraus, dass der Neoabsolutismus sich auf Armee und Kirche hatte stützen können, schon Adel („verfassungstreuer Großgrundbesitz“) und Beamenschaft aber weitgehend dem Lager der Liberalen zuzuordnen waren. Während die Liberalen in den oberen Rängen der Gesellschaft – mit Ausnahme des Hofes – dominierten, stießen sie auf Widerstand bei den nichtdeutschen Nationalitäten der Habsburgermonarchie, die eine Föderalisierung der

* Zur neuen Geschichte des Liberalismus in Österreich siehe den Beitrag von Alfred Gerstl: „Der verspätete Liberalismus in Österreich nach 1945“, in diesem Heft.

Monarchie anstrebten, und bei den deutschen Klerikalen auf dem flachen Land, vor allem als mit der Aufhebung des Konkordats und der Einführung der allgemeinen Schulpflicht 1871 die österreichische Version des Kulturkampfes einsetzte, dessen Nachwehen auf Hochschulboden noch bis ins 20. Jahrhundert reichten.

Zum Unterschied von Österreich bildeten in Preußen die „Junker“, die Gutsbesitzerklasse in den ostelbischen Gebieten, die auch Offizierskorps und Bürokratie dominierte, die Hauptstütze der monarchischen Gewalt und der Konservativen Partei. Der Überhang der Liberalen in den höheren Steuerklassen, wie er sich auf Grund des Dreiklassenwahlrechts schön ablesen lässt, war hier zwar ebenfalls vorhanden, aber nur ein sehr schmaler. Demgemäß entwickelte die preußische Fortschrittspartei, die sich im Kampf gegen Bismarcks verfassungswidriges Vorgehen in den Jahren 1862 bis 1866 herausgebildet hatte, eine weitaus kritischere Haltung gegenüber der gesellschaftlichen Machtverteilung in ihrem Lande als ihre freisinnigen Gesinnungsgenossen in katholischen Staaten, die primär mit der römischen Kirche als einem exogenen Faktor im Streit lagen.

Anders als in Preußen lagen die Verhältnisse auch in Baden und Bayern, wo liberale Ministerien von den Herrschern gegen den Druck katholisch-populistischer Parteien („Patriotenpartei“ in Bayern, ab 1871 Zentrum) gehalten wurden, oder im 1866 von Preußen annektierten Hannover, wo die Liberalen den legitimistischen „Welfen“ gegenüberstanden. Vertreter dieser Landstriche waren es auch, die zusammen mit den Rheinländern das Gros der Nationalliberalen Partei ausmachten, die Bismarck seine Rolle im Verfassungskonflikt vergeben hatte (Indemnitätsvorlage vom September 1866), den Weg zur nationalen Einigung (kleindeutsche Lösung) mit ihm gemeinsam ging und aus den ersten Reichstagswahlen 1871 als stärkste Partei hervorging.

Der „entschiedene Liberalismus“ der Fortschrittspartei unter Eugen Richter, deren Skepsis gegenüber Bismarck die Reichsgründung überdauert hatte, verkörperte hingegen den Widerstand der ostelbischen Mittelschichten gegen das Regiment der Junker und entwickelte sich zumal in Berlin und in Sachsen auch zu einem Vehikel des Protests der Arbeiterklasse – eine Unterstützung, die jedoch schlagartig wegfiel, sobald die Sozialdemokraten von ihrem Grundsatz abgegangen

waren, das preußische Dreiklassenwahlrecht zu boykottieren. Eine Variante des deutschen Liberalismus sui generis bildeten die Frankfurter und Württemberger Demokraten (Deutsche Volkspartei), die – aus Gebieten ohne feudale Traditionen und ohne katholisches Kirchenwesen stammend – partikularistischen und egalitären Protest gegen das in ihren Augen von den preußischen Junkern dominierte neue Reich kombinierten. (Ihr jährlicher Parteikongress, das Stuttgarter Dreikönigstreffen, spielt heute noch im Veranstaltungskalender der F.D.P. eine große Rolle.)

Der Blütezeit des Liberalismus in den siebziger Jahren folgte im Deutschen Reich wie in der westlichen Hälfte der Habsburgermonarchie gegen Ende des Dezenniums ein Umbruch: Im Reich waren die nationalliberalen Ansprüche auf parlamentarische Mitwirkung im öffentlichen Leben Bismarck, der immer unverhüllt darauf abzielte, sie einfach nur gegen die katholische Zentrumspartei auszuspielen, zunehmend unbequemer geworden. An der von Bismarck im Verein mit den Konservativen ab 1878 forcierten Schutzzollpolitik mit ihren unvermeidlichen Gegensätzen zwischen Handel und Exportindustrien auf der einen, Landwirtschaft und Grundstoffindustrie auf der anderen Seite zerbrach die nationalliberale Partei. Während sich die freihändlerischen „Sezessionisten“ mit der Fortschrittspartei zum Freisinn zusammenschlossen (und sich 1893 wiederum trennten), blieb der Rest der Nationalliberalen unter dem langjährigen preußischen Finanzminister Miquel als städtischer Flügel des wilhelminischen Establishments erhalten und verfolgte in der Regel eine bürgerliche Sammlungspolitik, erreichte aber nie wieder seine alte Stärke.

Der Druck der stark angewachsenen Sozialdemokratie, des stabilen Zentrums und der sich zu einer agrarischen Interessenspartei wandelnden Konservativen führte nach der Jahrhundertwende zu einem neuerlichem Zusammenrücken unter den zersplitterten Liberalen, das 1907 im Bülow-Block gipfelte (gemeinsame Kandidatur aller liberalen Gruppierungen zusammen mit den Konservativen gegen Zentrum und Sozialdemokraten) und nach dem Zerfall des Bülow-Blocks 1910 immerhin zum Zusammenschluss aller liberalen Gruppierungen links von den Nationalliberalen in der Fortschrittlichen Volkspartei führte. Ihr Ziel bestand darin, zur immer deutlicher das Geschehen beherrschenden blauschwarzen Allianz (Konservative und Zentrum) durch

eine Front „von Bassermann bis Bebel“ (d.h. unter Einschluss sowohl der Sozialdemokraten als auch der Nationalliberalen) eine Alternative aufzubauen; ideologischer Wegbereiter dieser Bestrebungen war Friedrich Naumann mit seinem „Nationalsozialen Verein“.

In Österreich fiel das letzte liberale Ministerium 1879 ebenfalls auf Grund innerer Differenzen. Noch blieb in den Jahren der Oppositionszeit gegen das folgende slawisch-klerikale Kabinett Taaffe ein gewisses Maß an Einheit erhalten, die Verfassungspartei zerfiel jedoch unter dem Eindruck der sich verschärfenden Nationalitätenkämpfe (Badenikrawalle etc.) Mitte der neunziger Jahre in eine Reihe einander heftig befehdender Fraktionen, sobald die Spannung zwischen der Interessenvertretung deutscher Wähler und der verantwortlichen Leitung eines Vielvölkerstaates zu groß zu werden drohte. Während die deutsche Minderheit in den Sudetenländern mit Georg Ritter von Schönerer und seinen Alldeutschen bisweilen sogar zum Irredentismus zu neigen schien und das alpenländische Bürgertum mit der Gründung der Deutschen Volkspartei 1895 eigene Wege ging, verkümmerte das antisemitischen Anfeindungen ausgesetzte großbürgerliche Establishment Wiens und Brünns zu einem Generalstab ohne Armee und war als Deutsche Fortschrittspartei zunehmend auf Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten angewiesen. Die Effektivität des nach einem turbulenten Jahrzehnt 1910 endlich zustande gekommenen Dachverbandes aller sich auf das Erbe des Liberalismus berufenden Gruppierungen, des „Nationalverbandes der Deutschfreiheitlichen Abgeordneten“, war dementsprechend nicht allzu hoch.

Nicht vergessen werden darf dabei, dass sich liberale Parteien auch bei den nichtdeutschen Nationalitäten der Habsburgermonarchie herausbildeten, deren Wirksamkeit allerdings spätestens mit 1945, wenn nicht schon vorher, abgeschnitten wurde – so zum Beispiel die tschechische National-Freisinnige Partei („Jungtschechen“) oder die stark vom Kleinadel („Gentry“) geprägte ungarische Liberale Partei unter den Tiszas.

Der Verlust des Weltkrieges und der Sturz der Monarchie ließen die Parteienstruktur des Deutschen Reiches (bis auf die neu entstandene KPD) im Wesentlichen unangetastet. Die ursprünglich als liberale Einheitspartei konzipierte Deutsche Demokratische Partei erweckte auf Grund ihrer führenden Rolle in der Gründungs-

phase der Weimarer Republik zu viele Assoziationen an Niederlage und Revolution, um allgemein akzeptabel zu sein. So kam es in der Deutschen Volkspartei mit Gustav Stresemann als führendem Kopf zu einer Wiederbelebung der alten Nationalliberalen Partei, der es gelang, die DDP an Stimmen bald zu überflügeln. Doch hatten beide liberalen Parteien unter fortwährenden Flügelkämpfen zu leiden, die sich vor allem an der Bindung zur SPD einerseits, zur konservativen DNVP andererseits entzündeten.

In Österreich kam es zu einer Vereinigung aller getrennt marschierenden Gruppierungen der Vorkriegszeit in der Großdeutschen Volkspartei, während sich als Interessensvertreter des protestantischen beziehungsweise mit den Christlichsozialen unzufriedenen Teils der Bauernschaft der Landbund für Österreich herauskristallisierte, der ebenfalls in der Tradition der Liberalen Altösterreichs stand (wenn auch naturgemäß mit stark protektionistischen Zügen). Die in fast allen europäischen Staaten zu beobachtende Erosion des liberalen Wählerpotentials durch Nachkriegswirren, Inflation und Weltwirtschaftskrise nahm unter dem Einfluss des Nationalsozialismus galoppierende Formen an: Sowohl DDP und DVP als auch die Großdeutsche Volkspartei in Österreich verkümmerten 1931/32 zu Splitterparteien. Ihre Rolle in der Reichsregierung war schon seit 1930, seit dem Ende der Großen Koalition und dem Einsetzen der Präsidialkabinette, ausgespielt; in Österreich schieden die Großdeutschen nach dem Scheitern der Zollunionspläne 1931 aus der Regierung aus. Der Landbund, der bei den letzten Nationalratswahlen vom November 1930 in den meisten Bundesländern mit ihnen zusammen als ‚Schober-Block‘ kandidiert hatte, versuchte noch bis zum Herbst 1933, zwischen der einen zunehmend autoritären Kurs steuernden Regierung Dollfuß und dem „nationalen Lager“ Brücken zu schlagen, bevor er auf Drängen militanter Heimwehrführer ebenfalls ausgebootet wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden die liberalen Kräfte in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands trotz der endlich erfolgten Vereinigung in einer Partei, der F.D.P., einer nicht mehr konfessionell gebundenen bürgerlichen Sammlungspartei wie der CDU/CSU gegenüber weit schwierigere Ausgangspositionen für eine parteipolitische Profilierung vor als ehemals gegenüber dem Zentrum. Dennoch gelang es der F.D.P., in der Gunst der protestantischen Mittel-

schichten Deutschlands die Union stellenweise noch zu überflügeln, auch wenn sie in der Regierung nur noch die Rolle eines Juniorpartners zu spielen vermochte. Deutlicher als die Union vom Anfang an am marktwirtschaftlichen Modell orientiert, vertrat sie vor allem auch eine aktivere Linie in der Deutschlandpolitik. Zweimal, 1956 und 1966, kündigte sie der Union während einer Legislaturperiode die Gefolgschaft auf – das erste Mal folgte nach dem Wahlsieg Adenauers eine schwarze Alleinregierung, das zweite Mal die große Koalition (die bis 2006 einzige in der Geschichte der Bundesrepublik). Ihren größten Erfolg erzielte die F.D.P. unter Erich Mende 1961 (12,8% der Stimmen), doch wurde ihr die Zustimmung zur neuerlichen Kanzlerkandidatur Adenauers anstelle des von den Liberalen favorisierten Ludwig Erhard weithin als Inkonsequenz ausgelegt, wiewohl es rückblickend plausibel erscheint, dass weltpolitische Gefahrenmomente (die sich abzeichnende Kubakrise) dafür mit ausschlaggebend waren. Während ihrer zweiten Oppositionsperiode nach 1966 begann sich vor dem Hintergrund einer ideologischen Polarisierung in der deutschen Öffentlichkeit zwischen NPD und APO („Außerparlamentarischer Opposition“) ein Kurswechsel der F.D.P. abzuzeichnen. Nach dem von den Unmutsäußerungen der am linken Flügel angesiedelten Jungdemokraten geprägten Parteitag in Hannover 1967 und dem Verzicht Mendes auf die Obmannschaft kam es zu einer deutlich erkennbaren Präferenz für eine Koalition mit der SPD, wie sie nach dem knappen Wahlergebnis von 1969 auch vollzogen wurde. Manche der dabei aufgebrochenen Konflikte spiegelten deutlich den alten Zwist zwischen Nationalliberalen (DVP) – etwa in Form der Nationalliberalen Aktion in Nordrhein-Westfalen oder der überwiegend protestantisch-konservativ geprägten bayerischen Landespartei – und zumeist schwäbischen oder hanseatischen Linksliberalen (DDP) wider.

Der F.D.P. gelang es in den folgenden 13 Jahren der Regierungen Brandt und Schmidt vor allem in ihren Schwerpunktbereichen Außen- und Wirtschaftspolitik („Lambsdorff- Kurs“) Akzente zu setzen, um den Preis allerdings, dass nennenswerte Teile der Partei (unter ihnen auch Mende) wegen des heißen Eisens der Ostverträge Anfang der siebziger Jahre mit der Partei brachen. Die F.D.P. überstand diese Belastungsprobe jedoch ebenso wie die Abspaltungstendenzen am entgegengesetzten Flügel der Partei nach der „Wende“

zur CDU/CSU im Herbst 1982, nachdem der Druck auf die SPD von links die Erlangung einer Majorität für die Fortsetzung des bisherigen Koalitionskurses unmöglich erscheinen lassen musste. Die einschneidenden politischen Veränderungen, deren auslösendes Moment die F.D.P. 1969 und 1982 war, ließen ihre Rolle als staatstragendes Element hervortreten, das auch in wechselnden Konstellationen Stabilität verbürgte, wiesen mit ihren unvermeidlichen Spekulationen, ob es der F.D.P. wiederum gelingen würde, die Hürde der Fünf-Prozent-Klausel zu nehmen, von der sie sich seit 1969 (mit Ausnahme der „Strauß-Wahl“) nie mehr überzeugend zu lösen vermocht hatte, aber auch auf die Gefährdung ihrer Stellung im deutschen parlamentarischen Alltag hin.

Weit ungünstiger als in der Bundesrepublik waren die Startbedingungen für eine freiheitliche Partei in Österreich, wo das nationalliberale Lager auf Grund seiner großdeutschen Tradition oft pauschal mit dem Nationalsozialismus identifiziert wurde, die Massenparteien in der Großen Koalition über zwei Jahrzehnte ein Kartell der Machtträger aufrechterhielten und mittels einer für westeuropäische Verhältnisse beinahe grotesken Verpolitisierung von Wirtschaft und Verwaltung viele aus liberalen Kreisen stammende Angehörige der Bildungsschichten zum Eintritt in ihre Reihen zu bewegen vermochten. Dem als Sammelbewegung von mit der christlichsozialen Dominanz innerhalb der ÖVP Unzufriedenen gegründeten „Verband der Unabhängigen“ (VDU), der unter anderem auch Elemente des bundesdeutschen BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) aufwies, gelang es daher ebenso wenig wie seiner Nachfolgeorganisation, der FPÖ, einer im engeren Sinn auf die Tradition des nationalliberalen Lagers zurückgreifenden Bewegung, stärkeren Einfluss auf die Regierungspolitik zu gewinnen, auch wenn ihre parlamentarische Existenz nie in Frage stand und durch eine Wahlrechtsreform 1971 arithmetisch aufgewertet wurde. Der Tendenz, nach dem Muster der F.D.P. und der stärkeren Nähe in Wirtschaftsfragen in erster Linie eine Koalition mit der ÖVP anzustreben, folgten nach diversen Enttäuschungen 1963 erste Kontakte mit den Sozialisten, die in den siebziger Jahren weiter ausgebaut wurden. Die Eventualität einer sozialliberalen Koalition unterlag dem Odium eines Verrats an der bürgerlichen Sache, ohne dass allerdings von seilen der ÖVP je ernsthaft eine bürgerliche Koali-

tion mit der FPÖ angestrebt worden wäre; die einzige derartige Chance wurde 1979 durch die Wahlniederlage der ÖVP zunichte gemacht. Spektakuläre Stimmengewinne erzielte die FPÖ auf Landesebene in den späten sechziger Jahren als Alternative zur ÖVP-Alleinregierung; auf Bundesebene gelang ihr 1979 unter der betont antisozialistischen Regie ihres neuen Obmanns Alexander Götz eine Trendumkehr nach Jahrzehnten der Stagnation. Ob der seither unter dem Stichwort „Generationenablöse“ erfolgte Wechsel im Stil der Partei imstande sein wird, alte Vorurteile abzubauen und über das Medium einer erstmaligen Regierungsbeteiligung neue Wählerschichten anzusprechen, welche die auftretenden Reibungsverluste kompensieren können, bleibt abzuwarten. Die ambivalente Situation in einer Regierung, die Sanierungspolitik in einer Koalition nach links zu betreiben versucht, bietet offensichtlich sowohl Chancen als auch Gefahren.

Exkurs: Liberalismus und nationale Idee

Die enge Verknüpfung des Liberalismus mit der nationalen Idee wird verständlich aus dem liberalen Gedanken der Volkssouveränität, der Selbstbestimmung und Freiheit. Verbunden mit dem Begriff der Nation im Sinne eines neuen Verständnisses von Staat und Volk lag darin der Ursprung der modernen Demokratie, aber auch die Wurzel eines aggressiven Nationalismus.

Der revolutionäre Nations-Begriff bedeutete zunächst, dass der Mensch nicht mehr als Untertan eines dynastischen Herrschers oder nur als Angehöriger eines Staates verstanden wird:

„Vielmehr beinhaltet die Volkssouveränität, dass Nation eine Gruppe von Menschen ist, die unter einem gleichen gemeinsamen Recht lebt und von einer gesetzgebenden Versammlung vertreten wird, vor der sich eine Regierung verantworten muss. Nation ist also entsprechend der liberalen Theorie von der Entstehung des Staates dem Staat vorgeordnet. Hierin lag die politische Sprengkraft des Nationalismus, weil er allen bisherigen geschichtlich gewordenen politischen Herrschaftsverhältnissen und staatlichen Gebiets Herrschaften die rechtliche Grundlage absprach. Da alle bestehenden Regierungen und Staaten ihre Souveränität nicht von der Nation herleiten konnten, war ihnen auch niemand Gehorsam und Anerkennung schuldig. Dieser Grundsatz wurde innen- und außenpolitisch wirksam.“ (Lothar Döhn: Liberalismus, in: F. Neumann

(Hrsg.). Handbuch politischer Theorien und Ideologien. Reinbek 1981.)

In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung fand diese Auffassung ihren ersten bedeutenden Niederschlag. Die europäischen Liberalen hielten die Durchsetzung eines freiheitlichen Verfassungssystems und einer an ihren Vorstellungen orientierten dynamischen Wirtschaftsordnung nur im Rahmen eines starken, einheitlichen Nationalstaates für möglich. Freilich wurde dabei auch an den notwendigen ersten Schritt hin zu einer universalen Friedensordnung gedacht. Noch heute gibt es liberale Parteien mit bedeutender pazifistischer Tradition, so etwa die Radikale Venstre in Dänemark.

Als sich aber die Nationalidee längst von der ursprünglichen Konzeption eines im demokratischen Staat friedlich geeinten, freien Volkes entfernt hatte und nationales Pathos mit machtpolitischen und schließlich unverhüllt imperialistischen Elementen versetzt wurde, kam es in manchen Ländern zur Übersteigerung einer nationalistischen Sammlungs-ideologie, was dort dem Liberalismus später den Vorwurf einbrachte, den Faschismus wenigstens indirekt begünstigt zu haben. Tatsächlich zeigten weite Kreise des Bürgertums diesbezügliche Anfälligkeit, und manche liberalen Parteien verloren ihre Anhängerschaft in der Tat an faschistische Gruppierungen. Diese Entwicklung trifft besonders für Deutschland zu, wo der aggressive Nationalismus allerdings zuvor, während des Kaiserreiches, in erster Linie gegen die Sozialdemokratie („vaterlandslose Gesellen“) gerichtet war. Auf der anderen Seite war es der Liberale Friedrich Naumann, der im Deutschland des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Gedanken des bis heute aktuellen „sozialen Liberalismus“ entwickelte und damit in jene Richtung wies, in der die Idee des Nationalstaates nur noch in dem Sinne bejaht wird, als die Nation sich selbst lediglich durch ihre Leistungen für die Menschheit rechtfertigt (Hans Reif).

Nationale Appelle zielen heute in Westeuropa in den emotionalen Bereich, gewinnen aber namentlich in ökonomischen Krisenphasen immer wieder an Bedeutung, die über den Ausdruck von Loyalität und Identität zu einer Gemeinschaft – etwa im Sport – oder über die Formulierung von kollektiven Vorurteilen hinausgehen kann.

Danach sind aber nationale Elemente heute nicht mehr Relikte altliberaler Ideologien, sondern können Bestandteil der Politik jeder Partei und vor allem jeder Regierung in Europa sein. Die lange Agonie der Europäischen Gemeinschaft in Bezug auf wirtschaftspolitische Anliegen und Probleme gibt dafür gerade in jüngster Zeit ein eindrucksvolles Beispiel. Und wenn Anton Pelinka verallgemeinert, dass „sozialdemokratische Parteien in ihrer Außenpolitik nationale Parteien sind“, so müsste der anrühige Beigeschmack, den die „national-liberale“ Etikettierung manchen liberalen Parteien verleiht, eigentlich einigermaßen erstaunen. (Anton Pelinka, Sozialdemokratie in Europa, Wien 1980.)

Die mangelnde Unterscheidbarkeit der „nationalen“ Komponente nach Parteiströmungen nimmt auf höherer Ebene noch zu: dort nämlich, wo es um die europäische Politik gegenüber der Dritten Welt und – in jüngster Zeit – teilweise sogar gegenüber den Großmächten geht. Der „Eurozentrismus“ findet seine Traditionen keineswegs nur im „national-liberalen“ Lager; auch die europäische Sozialdemokratie hat sich „mit der Rolle Europas als Nutznießer der weltweiten Teilung in arm und reich eingelassen. Es waren auch sozialdemokratische Politiker Europas, die, gestützt auf sozialdemokratische Parteien, Kolonialkriege führten. Nicht die regierende Sozialdemokratie, sondern der regierende Gaullismus hat nach einem blutigen Ringen Algerien in die Unabhängigkeit entlassen. Die regierenden Sozialdemokraten der Gegenwart unterscheiden sich in ihrer Politik gegenüber der Dritten Welt nicht signifikant von ihren liberalen, konservativen, christlich-demokratischen Konkurrenzparteien. Die europäische Sozialdemokratie gibt sich durchaus als Repräsentantin privilegierter Interessen, die es zu verteidigen gilt.“ (Anton Pelinka, a.a.O.)

Im (damals – 1984 – geltenden) Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs als Repräsentantin des „rechten“ Randes im Spektrum westeuropäischer liberaler Parteien ist denn auch von der „Schaffung eines europäischen Bundesstaates“ und von einer „selbständigen europäischen Außenpolitik“ die Rede, deren Ziel das Eintreten „für die Weltgeltung der abendländischen Völker“ sei.

Es kann nicht weiter verwundern, wenn auch andere liberale Parteien an ihrer nationalen Hypothek, als diese noch nicht auf die Europa-Ebene verlagert war, zu tra-

gen hatten. So war beispielsweise die Aufnahme der holländischen VVD in die Liberale Internationale nach 1945 fragwürdig, weil man ihr eine eindeutig kolonialistische Haltung in der Vergangenheit vorwarf. Selbst die F.D.P. hatte vor 1969 wegen rechtskonservativer Tendenzen mit ähnlichen Problemen zu tun. Heute mutet es fast unwahrscheinlich an, dass die Freien Demokraten bei der Ratifizierung der Römischen EWG-Verträge im Deutschen Bundestag eine ablehnende Haltung eingenommen hatten, auch wenn dies hauptsächlich mit der damaligen Oppositionsrolle zu erklären ist. Eine „gefährliche Nähe zum Faschismus“ warf man gar bis 1976 dem Partito Liberale Italiano (PO) vor, ehe dort eine rechtsextreme Gruppe im Parteikongress unterlag. Für Deutschland und Italien gelten in diesem Zusammenhang besondere Umstände, wie sie Theo Schiller treffend auf einen Nenner bringt: „Der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus stellen die totale Negation der tragenden Prinzipien des europäischen Liberalismus dar und kommen daher dessen größter Herausforderung im 20. Jahrhundert gleich. Da diese reaktionären diktatorischen Systeme jedoch in eben den Ländern entstanden sind, in denen der Liberalismus schwach und in seiner demokratischen Substanz nur labil entwickelt war, wäre es in sich widersprüchlich, einen wesentlichen Beitrag des Liberalismus zum Sturz der faschistischen Herrschaften zu erwarten.“ (Theo Schiller, Liberalismus in Europa, Bonn 1979.)

Wie die F.D.P. in Deutschland, wo drei nördliche Landesverbände 1952 einen „Aufruf zur Nationalen Sammlung – Das Deutsche Programm“ einbrachten und wenig später sogar eine nationalsozialistische Unterwanderung zum Zweck einer neuen „Machtergreifung“ aufgedeckt wurde, hatte sich auch die FPÖ – freilich Jahre später und wenigstens bis Ende der sechziger Jahre – mit dem Vorwurf des „Deutschnationalismus“ auseinanderzusetzen, wobei entsprechende Aktivitäten von politischen Gegnern genährt und von den meisten Medien getragen wurden, ohne von wissenschaftlich begründeten Analysen gestützt noch von der politischen Praxis der FPÖ unter Beweis gestellt zu werden. Ansatzpunkt dafür war und ist das im Programm verankerte, aber nirgendwo konkretisierte Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“. Im später ausgearbeiteten „Freiheitlichen Manifest“ zur Gesellschaftspolitik wird diese Aussage zwar nicht widerru-

fen, aber doch insofern eine Klarstellung vorgenommen, als eine klare Absage an die überholte Nationalstaatsideologie, das Bekenntnis zur Gleichwertigkeit der Völker und ein Eintreten für ethnische Minderheitenrechte formuliert sind. Hieraus kann – wie schon früher an anderer Stelle angemerkt – nur der Übelwollende Chauvinismus, Rassismus oder auch nur eine „Anschlussideologie“ herauslesen. (Das gilt vor jedenfalls für die FPÖ vor Jörg Haider.)

Nicht umsonst hat Berchtold bereits vor fast zwei Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass sich das zur Rede stehende nationale Gedankengut der FPÖ zum Europa-

gedanken hinentwickelt hat, zur Forderung nach der wirtschaftlichen Integration Europas führte und sich auf diese Weise mit dem liberalen Element verband. (Klaus Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967.)

Als Fazit dieses Exkurses ist festzuhalten, dass der Liberalismus in Europa heute den historischen Ballast nationalistischer Elemente in seiner Ideologie abgeworfen und durch eine proeuropäische Integrationspolitik ersetzt hat, in der die nationale in einer gesamteuropäischen Perspektive aufging.

Anhang:

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE POSITIONEN DER ÖSTERREICHISCHEN PARTEIEN SEIT 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ UND DIE GRÜNEN

Zusammengestellt von Walter M. Iber

ÖVP

„In wirtschaftspolitischer Hinsicht will die ÖVP:

[...]

Staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft nur, soweit dies vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus zweckmäßig ist. [...] Sozialisierung und Kommunalisierung lebenswichtiger Betriebe nur innerhalb wohlüberlegter, sozial und wirtschaftlich tragbarer Grenzen.“

(aus den „programmatischen Leitsätzen“ der Österreichischen Volkspartei, 1945)

„Wir sind der Auffassung, dass in letzter Instanz der Staat die Verantwortung für einen reibungslosen und krisenfreien Ablauf des Wirtschaftsgeschehens trägt. [...] Es ist aber eine Irreführung, zu behaupten, dass der Staat seiner wirtschaftspolitischen Verantwortung nur gerecht werden kann, wenn er entweder selbst Eigentümer von Produktionsstätten ist oder alle anderen Eigentümer von Produktionsstätten zu Befehlsempfängern degradiert.

[...]

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die unternehmerische Selbstverwaltung der bürokratischen staatlichen Verwaltung überlegen ist. Daher ist der Staat von der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen möglichst zu entlasten. Staatseigene Betriebe sind, soweit dies noch nicht geschehen ist, in den Zustand unternehmerischer Selbstverwaltung überzuführen und der Konzern verstaatlichter Unternehmungen ist verwaltungs- und eigentumsmäßig aufzulockern.“

(aus „Was wir wollen“, dem „Grundsatzprogramm“ der Österreichischen Volkspartei, 1958)

„Die ÖVP versteht Wirtschaftspolitik nicht als Selbstzweck oder Machtinstrument, sondern als Voraussetzung zur Sicherung und Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse. Instrument dieses Strebens ist die soziale Marktwirtschaft.

[...]

Die soziale Marktwirtschaft wird dann ein Mittel zur Erreichung der Ziele einer partnerschaftlichen Gesellschaft sein, wenn die Prinzipien der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl, der freien Konsumwahl und des freien Wettbewerbs angewandt werden und die Freiheit der Unternehmensentscheidung sowie der Verbände und Gewerkschaften gesichert ist.“

(aus dem „Salzburger Programm“ der Österreichischen Volkspartei, 1972)

„Wir sind die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft.

[...]

Die Ökosozialen Marktwirtschaft beruht auf den Grundsätzen Freiheit, Leistung, Verantwortung und Solidarität. Sie verbindet den Leistungswillen des Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und einem schonenden Umgang mit der Umwelt.

[...]

Der Staat selbst soll, von Ausnahmen abgesehen, nicht als Unternehmer auftreten und durch eine entsprechende Monopol- und Kartellgesetzgebung sowie durch diverse strukturfördernde Maßnahmen einen ausreichenden Wettbewerb dort sicherstellen, wo dieser gefährdet ist.“

(aus dem „Grundsatzprogramm“ der Österreichischen Volkspartei, 1995)

SPÖ

„Die restlose Ausnützung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes kann nur gelingen, wenn sie im Interesse der Gesamtheit geplant und gesellschaftlich gelenkt wird.“

Der verstaatlichte Teil der österreichischen Wirtschaft wird zusammengefaßt, rationalisiert und ausgebaut werden. Er soll durch Einführung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungsformen und voller Betriebsdemokratie zur Sozialisierung weiterentwickelt werden.“

(aus dem „Aktionsprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs, 1947)

„Die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit erfordert eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, in der die privatkapitalistische oder staatskapitalistische Macht beseitigt und durch einen demokratischen Ausgleich persönlicher und gemeinwirtschaftlicher Interessen ersetzt wird.“

Die SPÖ erstrebt daher eine gerechtere Eigentumsordnung und ein besser funktionierendes Wirtschaftssystem, in denen der Gemeinschaft die volle Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsfaktoren zukommt.“

(aus dem „Neuen Parteiprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs, 1958)

„Überbetriebliche Planung soll sicherstellen, dass die Produktion an Wohlfahrtskriterien ausgerichtet wird, nicht nur an Wachstum und Gewinn.“

[...]

Welchen Beitrag ein gemeinwirtschaftlicher Sektor, vor allem die Verstaatlichung der Grundindustrie und Großbanken, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung der Vollbeschäftigung leisten kann, hat sich gerade in Österreich gezeigt.

[...]

Die Alternative, vor die sich jede Wirtschaftspolitik gestellt sieht, heißt: Freiheit vernichtende und Regionen verödenende Wirtschaftskrisen oder eine demokratisch planende Gesellschaft.“

(aus dem „neuen Parteiprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs, 1978)

„Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstandes durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im In-

teresse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir treten daher für offene Märkte und gegen bestehende und neue Monopole mit ihren Nachteilen und Kosten ein. [...] Wo die Bedürfnisse der Menschen durch den Markt nicht sozial gerecht befriedigt werden können, treten wir für die Regulierung der Marktkräfte beziehungsweise für die Erbringung oder Bereitstellung von Leistungen durch die öffentliche Hand ein.“

(aus dem „Grundsatzprogramm“ der SPÖ, 1998)

FPÖ/BZÖ

„In einer planvollen Lenkung für die gesamte Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft sehen wir die beste Garantie zur Vermeidung von Wirtschafts- und Sozialkrisen. Eine bürokratische Bewirtschaftung lehnen wir ebenso ab wie eine schrankenlose Profitwirtschaft.“

[...]

Wir sind gegen die Verstaatlichung von Betrieben und Einrichtungen, welche ohne Gefährdung von Gesamtinteressen auf privatwirtschaftlicher Grundlage geführt werden können.“

(aus dem „Programm des Verbandes der Unabhängigen“, 1949)

„Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft, die ohne Behinderung durch Kartelle, ungerechtfertigte Monopole und Diktatur der Kammern der Gemeinschaft in echtem Leistungswettbewerb dient.“

(aus dem „Kurzprogramm“ der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1955)

„Wir Freiheitlichen stehen auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft. Ein genügend großer Spielraum des eigenverantwortlichen Unternehmers ist eine wichtige Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, die von der gemeinsamen Arbeit aller getragen wird. Die Wirtschaftspolitik hat dem Gesamtwohl zu dienen.“

[...]

Der moderne Staat greift tief in den Wirtschaftsprozeß ein. Wir bejahen diese Eingriffe, soweit sie darauf abzielen, eine funktionierende soziale Marktwirtschaft zu sichern. Hingegen lehnen wir jede staatliche Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstätigkeit ab, die eine Verstaatlichung der Wirtschaft oder ihre Umwandlung in eine staatlich gelenkte Planwirtschaft bezwecken.“

(aus dem „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“, 1973)

„Faire Marktwirtschaft sichert durch freien Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Sie geht von der Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital aus. Faire Marktwirtschaft fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte.

[...]

Faire Marktwirtschaft ist die Antwort auf einen schrankenlosen Kapitalismus, der Mensch und Natur ausbeutet, wie auf den gescheiterten Sozialismus, der seine Werktätigen zu Verwaltungsobjekten herabwürdigte.“

(aus dem „Parteiprogramm“ der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1997, mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg)

„Die soziale Marktwirtschaft ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass sowohl Bürger, Staat als auch Wirtschaft ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen und alle sozialen Gruppen Anteil am Wohlstand haben. In einer freisinnigen Gesellschaft darf es keine Umverteilung von unten nach oben geben. [...] Der globale Kapitalismus in seinem ausschließlichen Profitstreben ist unverantwortlich und daher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.“

(aus dem „Programm“ des BZÖ, 2005)

Die Grünen

„Das Wirtschaftssystem ist menschenfeindlich. Kurzfristig müssen wir seine schlimmen Folgen mildern. Langfristig müssen wir es umbauen.

Zerschlagung der Verstaatlichten, rücksichtslose Einführung neuer Technologien und eine Steuerpolitik, die unter dem Titel ‚leistungsfreundlich‘ die Reichen reicher, die Armen ärmer macht – das fordert die ÖVP, und das verwirklicht die SPÖ.

[...]

Unsere Alternative zu den Privatisierungs- und Zusperrkonzepten der Parteien ist der ökologische Umbau. Wir wollen der Verstaatlichten ein verbindliches Rahmenkonzept geben, in dem sich die Betriebe und ihre Belegschaften frei entfalten können.“

(aus dem „Offenen Kurzprogramm“ der Grünen Alternative, 1986)

„Die Grünen erkennen an, dass der Markt das effizienteste bisher bekannte Steuerungsinstrument für wirtschaftliche Aktivitäten ist; nicht weniger, aber auch nicht mehr.

[...]

Es ist eine zentrale politische Aufgabe, der Marktwirtschaft dort ihre Grenzen zu setzen, wo sie aus ihrer inneren Logik Nachteile für die Allgemeinheit produziert. [...] Die Wahrung von ökologischen und sozialen als dem Wirtschaften übergeordnete Zielsetzungen lässt sich nicht nur mit dem Druck der KonsumentInnen erreichen, sondern erfordert in diesen Bereichen staatliche Zielvorgaben, Steuerungen und Regulierungen. Soziales und ökologisches Wirtschaften braucht also einen starken Staat, der Rahmenbedingungen nicht nur erfassen, sondern auch durchsetzen kann.

[...]

Darüber hinaus macht die Versorgungssicherheit Eigentum des Staates in einzelnen, klar definierten Bereichen erforderlich.“

(aus dem „Grundsatzprogramm“ der Grünen, 2001)

Die Autoren dieses Heftes:

Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dr. iur., hochschulpolitische Tätigkeit, 1969 Stv. Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft, danach Universitätsassistent an den Instituten für Völkerrecht und Politikwissenschaft der Universität Salzburg, 1972–1977 Gemeinderat und Mitglied des –Stadtsenats der Stadt Salzburg, 1977–1996 Abgeordneter zum Nationalrat, bis 1993 Abgeordneter der FPÖ, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 1979–1983, 1986–1990 Klubobmann bzw. Parlamentarischer Geschäftsführer der FPÖ-Fraktion, 1983–1986 Bundesminister für Landesverteidigung in der Bundesregierung Sinowatz/Steger, 1993 Austritt aus FPÖ und Mitbegründer des Liberalen Forums, Klubobmann bzw. Geschäftsführender Klubobmann, 1996–1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, 1999–2001 Vorstand des Liberalen Bildungsforums (Politische Akademie des Liberalen Forums), 1995–2000 Mitglied des ORF-Kuratoriums. 2001–2003 OSZE Mission im Kosovo (Director Department Democratisation), seit 2003 Member of Board of Directors RTK (Radio Television Kosovo). Seit 2004 Generalsekretär der Union Europäischer Föderalisten (Brüssel).

Mag. Dr. Alfred Gerstl, MIR, geboren 1971 in Wien, hat in Wien Politikwissenschaft und in Sydney Internationale Beziehungen studiert. Seine Schwergebiete sind politische Ideengeschichte (speziell Liberalismus, Neoliberalismus, Kommunitarismus und Konservatismus), europäische Parteiensysteme und EU-System sowie internationale Politik (vor allem Regionalisierungsprozesse mit Schwerpunkt Ostasien). Von 1993 bis 1999 arbeitete Gerstl für das Liberale Forum, zuerst als parlamentarischer Mitarbeiter von Dr. Friedhelm Frischenschlager, später als Referent im Liberalen Bildungsforum. Von 1999 bis 2001 arbeitete er als Pro-

jektassistent am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Seit 2001 ist Gerstl Universitätslektor am Institut für Politikwissenschaft an der Uni Wien, seit 2006 Lektor am Institut für Südostasienwissenschaften an der Uni Passau.

Prof. Dr. Lothar Höbelt, ao. Prof. für neuere Geschichte an der Universität Wien, geb. 1956, Schüler und Assistent von Heinrich Lutz, Habilitation 1991, Gastprofessur an der University of Chicago 1992, 1992–2002 auch Konsulent an der Freiheitlichen Akademie.

Mag. Walter M. Iber, geb. 1979; Historiker; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien-Klagenfurt; Forschungsschwerpunkte: Der Vatikan und die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg; Der christlichsoziale Antimarkismus in Österreichs Erster Republik; Österreichische Geschichte 1945–1955; März 2006: Forschungsaufenthalt in Rom; Archivio Segreto Vaticano.

Hon.Prof. DDR. Erich Reiter ist Sektionschef im Bundesministerium für Landesverteidigung, Honorarprofessor für Internationale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen an der Karl-Franzes-Universität Graz und derzeit Präsident des ILP.

em.o.Univ.Prof. Dr. Manfred Welan, geb. 1937 in Wien; Jurist und Politologe; Tätigkeiten an der Technischen Universität Wien 1960/62; im Verfassungsgerichtshof 1962/66; in der Wirtschaftskammer Österreichs 1967/68; ab 68/69 bis 2005 Univ.Prof. für Rechtslehre an der Universität für Bodenkultur; mehrmals Rektor; 79–81 Präsident der Rektorenkonferenz. In der Bundeshauptstadt Wien mehrere Funktionen, zuletzt 88–91 Dritter Präsident des Landtags; wieder Rektor 91/93 der BOKU; 1993 Dr.hc. der westungarischen Universität; seit 1993 Präsident der UNESCO-Arbeitsgemeinschaft in Wien.

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE – BISHER ERSCHIENEN

HEFT 1 (1981)

Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland
Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

Wilhelm Brauner: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen.
Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ
Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP
Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Franco Algieri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung

Oliver Ginthör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

KAMPF DER KULTUREN? EUROPA UND DER ISLAM

Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Herbert Scheibner: „Kinder und Gewalt: Opfer und Täter“

Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Astrid v. Friesen: „Kinder und Gewalt. Opfer und Täter“, Tagung des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien und des Freiheitlichen Parlamentsklubs am 30.5.2006

